

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Reichenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verreisungs-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 4.

Inhalt: Die Landarbeiterfrage. — „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“. — Arbeiter, „Leute“. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Unionen. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Wahlregelungen, Differenzen. — Männliche Streikbrechergewalt. — Bekanntmachung des Verbandes zur Bekämpfung des Diebstahls. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiter-Tätigkeit, Submissionsen u. a. — Aus anderen Verufen. — Generatversammlungen. — Gewerbliche Nachschlage- und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Konferenz der Fliesenleger.

Die erste Konferenz der im Zentralverband der Maurer Deutschlands organisierten Fliesenleger, die wir hiermit einberufen, findet Montag, den 30., und Dienstag, den 31. Dezember d. J., zu Hamburg statt. Sie tagt im Gewerkschaftshaus und beginnt Montag Vormittag 9 Uhr.

Die Tagesordnung wird, vorbehaltlich der Genehmigung der Konferenz, wie folgt festgelegt:

1. Berichterstattung.
2. Agitation und Organisation.
3. Lohn- und Arbeitsbedingungen.
4. Anträge, soweit sie bei den vorstehenden Punkten nicht erledigt wurden.

Für die Wahl der Delegierten zur Konferenz sind die an anderer Stelle in dieser Nummer bekannt gegebenen Wahlabschnitte und das beigelegte Wahlreglement maßgebend.

Der Verbandsvorstand.
J. A. Th. Bömelburg.

Die Landarbeiterfrage.

Diese Frage bildet einen integrierenden Teil der großen Arbeiterfrage, der sozialen Frage überhaupt. Sie ist ihrem ganzen Inhalt nach nicht neu. Die Behandlung freilich, die ihr unsere Agrarier angedeihen lassen, könnte zu der Annahme verleiten, daß erst die moderne Zeit sie geschaffen hat, daß der moderne Industrialismus für ihre Entstehung verantwortlich ist. Allerdings ist dieser Faktor engstens mit ihr verbunden, aber sie ist nicht lediglich aus ihm erwachsen. Bereits das sechzehnte Jahrhundert, das nur die ersten schwachen Anfänge des Industrialismus kannte, hatte seine Landarbeiterfrage, die sich in ihren Grundcharakter von der heutigen nicht unterscheidet. Auch damals war es die Landflucht der Arbeiter mit ihren für die Großgrundbesitzer so unangenehmen Konsequenzen, woraus sie entstand. Und dieselbe Ursache, aus der heute diese Landflucht resultiert, bewirkte sie damals: die schlechte, menschenunwürdige Behandlung der Arbeiter durch die Grundherren; die Tyrannei, genannt „patriarchalisches System“, der diese Arbeiter unterworfen waren, die Sehnsucht nach Freiheit und einer besseren Existenz trieb sie an, der gutsherrlichen Scholle zu entfliehen und zu industrieller Beschäftigung überzugehen.

Seitdem sind etwa vier Jahrhunderte verstrichen. Während der sich die Entwicklung der Industrie immer rapider vollzog. Aber das Grundherrentum ist sich in dieser ganzen langen Zeit gleich geblieben. Immer hat es über die Landflucht der Arbeiter, über die Leutenot geklagt — aber niemals und nirgend hat es sich dazu verstanden, der Landflucht durch gute und gerechte Behandlung der Arbeiter zu begegnen. Es ist ein brutales, ungerechtes Herrentum geblieben, das von freien, mit Menschenrechten ausgestatteten Landarbeitern nichts wissen will, sondern nur schollenfeste Agrarflaven gelten läßt und für sich ein unverjährbares Recht auf „patriarchalisches Regiment“ in Anspruch nimmt.

Studieren wir die Schilderungen der Lage der Landarbeiter in Preußen, die bis zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts zurückreichen, so ergreift uns Schauer und Enttäuschung über das schreckliche Los, zu dem das Grundherrentum diese Menschen verurteilt hat.

Wie sich unter dem patriarchalischen Regiment der Junker das Leben der Landarbeiter gestaltete, davon kann man sich eine erbauende Vorstellung machen nach einer Schilderung schlesischer Dorfzustände im achtzehnten Jahrhundert: „Danach war die Kost dieser Arbeiter „fünf- bis achtmal im Jahre Fleisch, oft von kranthem oder halbtierischem Vieh, sonst Graupen, Hirse und Erbsen, nicht immer satt zu essen. Gamster, das Fleisch von krepierendem Vieh, ein paar Beinkleider an. Weiber, alte wie junge, gehen noch im Oktober ohne Hemd und haben bloß einen schlechten Weiberrock an und eine Joppe auf ihrem Leibe, so daß man die bloße Brust und den Leib bis auf die Hüfte sehen kann.“ Wenn sie dann ihr Leben unter einer Herrschaft vollbracht haben, von der sie sagen, daß sie „lieber zehn Jahre im Zuchthaus, als zwei Jahre bei ihr arbeiten würden“, so ist das Ende des Voraufgegangenen würdig: „Die meisten werden, wenn sie gestorben sind, in eine von Mistbrettern zusammengeackelte Riste gelegt und dann begraben.“

Um dieselbe Zeit schrieb ein Herr von Wendendorf, der Landarbeiter sei „nach Vernunft — und Naturrecht verpflichtet“, der Herrschaft so viele Dienste zu verrichten, als er leisten könne, „ohne dabei zu Grunde zu gehen.“ Ein anderer adliger Schriftsteller meinte 1806: es sei die „angeborene Bestimmung“ der Bauern, dem Herrn unterworfen zu sein, ihm zu fröhnen.

Man lese das bedeutame Werk des Professors J. J. Knapp über die sogenannte Bauernbefreiung in Preußen im Anfang des vorigen Jahrhunderts, und man wird finden, wie trefflich sich die Junker auf das Ausschinden ihrer Lohnflaven verstanden. Erbuntertänig waren diese Arbeiter; „sobald ihre Kinder herangewachsen waren, hatten sie sich dem Herrn vorzustellen, damit er die tauglichen zum Zwangsdienste auslese.“ Der auf Reformen abzielenden Stein-Charbenbergischen Gesetzgebung mußten die Junker erfolgreich zu begegnen. Das Landflavement blieb faktisch bestehen; seine Lage erfuhr keine Verbesserung. Und trotz der strengen Beschränkung und Ueberwachung der Auswanderung schwoll die Zahl der Landflaven, die der Junkerherrschaft enttrannen, immer mehr an.

Unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 ließ das königlich preussische Landes-Deponomie-Kollegium durch den landwirtschaftlichen Verein eine Enquete über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung veranstalten, um der Frage nach einer Verbesserung dieser Lage näher zu treten. Es gingen 185 Verichte ein, die vom Generalsekretär des Kollegiums, Professor von Lengerke, zu einem Werk verarbeitet wurden, das auf Befehl des Ministeriums für landwirtschaftliche Angelegenheiten unter dem Titel „Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage“ herausgegeben wurde. (Berlin 1849.)

In diesem amtlichen Werke, dessen sich auch Ferdinand Lassalle in seiner unter dem Titel „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“ bekannten Verteidigungsrede bediente, ist die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter als sehr schlecht geschildert. Ueberwiegend haben sie, nicht nur in Ostpreußen, sondern auch in den Rheinlanden und anderen Teilen der Monarchie „kein hinreichendes und regelmäßiges Auskommen“. Sie haben selbst bei billigen Marktpreisen beständigen Nahrungsmangel. „Größtenteils erreicht diese Klasse von Menschen kein hohes Alter, woran natürlich die schlechte Lebensweise

und der Mangel an Nahrungskümmern schuld sind.“ Rot, großes Elend überall. Was geschah von seiten der Regierung und der Junker, um diese Not, dieses Elend zu überwinden? Nichts! Es blieb alles hübsch beim alten.

In den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren es konservative Sozialpolitiker — Huber, Wägenner, Dr. A. Meyer u. a. — die für eine Reform der Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter eintreten. Sie stimmten darin überein, daß, um großen Gefahren für Staat und Gesellschaft vorzubeugen, die sich aus der Auflösung und der Zerlegung aller überkommenen Institutionen und Organismen ergäben, „das Recht der Lohnarbeit geschützt werden müsse“, auch das der landwirtschaftlichen Lohnarbeit. Als staatsgefährliche Individuen, die den Gewaltkampf provozieren, behandelt Meyer die Junker, die da glauben, „ihre“ Arbeiter durch Zwang beherrschen zu müssen. Meyer und Wägenner entwarfen im Jahre 1872 auf Wunsch Bismarcks ein Gesetz über „Einführung des Normalarbeitstages“ von höchstens 50½ Stunden wöchentlich, das auch für die landwirtschaftlichen Arbeiter Geltung haben sollte. Dafür und wegen der scharfen Sprache, die er gegen das Junkertum führte, wurde Meyer 1873 aus der konservativen Partei ausgestoßen. Den Gesetzentwurf brachte Bismarck gar nicht zum Vorchein. Das Junkertum war nicht dahin zu bringen, als Mittel zur „Lösung der Landarbeiterfrage“ etwas anderes zu erkennen, als die Herrenwillkür, die Unterdrückung der Freiheit der Arbeiter, den Polizeistuppel und — mehr Religion.

Wir haben noch ein im Jahre 1872 erschienenes Buch eines konservativen, des Herrn v. d. Goltz, über „Die landwirtschaftliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“ zu verzeichnen. Der Verfasser glaubt, seine Hoffnung auf die Einsicht der Grundherren setzen zu dürfen, denen er, warnend vom Standpunkte des „Ordnungspolitikers“ aus, zuruft:

„Wenn wir den landwirtschaftlichen Arbeitern zu einer befriedigenden Lebenslage verhelfen, wird es den Männern, die den Umsturz der bestehenden Zustände herbeizuführen trachten, nie gelingen, ihre Pläne zu realisieren, während eine fortdauernde Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Arbeiter mit der Zeit die letzteren ganz gewiß für die sozialistische Agitation empfänglich und dann zu gefährlicheren Feinden der bürgerlichen Ordnung machen wird, als es bisher noch irgendwo in Deutschland die sommerlichen Arbeiter gewesen sind.“

Um ein klares Verständnis über den Kulturzustand der landwirtschaftlichen Arbeiter zu ermöglichen, weist v. d. Goltz darauf hin, daß sie fast ohne Ausnahme Kinder, Enkel oder höchstens Urenkel von Leuten sind, die noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in dem Zustande großer Unfreiheit, der Gutsuntertänigkeit lebten, an die Scholle gefesselt, der Willkür ihrer Herren unterworfen, an Unselbständigkeit und Unterwürfigkeit gewöhnt, ohne oder mit ganz geringer Schulbildung aufgewachsen waren, auf einer Kulturstufe und in einer Lebenshaltung, die es ihnen weder möglich noch zum Bedürfnis machte, über den Zweck ihres Daseins nachzudenken, oder sich um etwas weiteres als um die Befriedigung der dringlichsten Lebensnotdurft zu kümmern. Jetzt ist es die Hungerpeitsche, die den landwirtschaftlichen Arbeiter zum gefügigen Werkzeug der Herren macht. Goltz klagt darüber, daß sehr viele Gutsbesitzer aus „traffem Egoismus“ und „mangelnder Gewissenhaftigkeit“ die den Arbeitern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen. Und auf die Frage, wie es dann komme, daß solche Besitzer — immer noch Arbeiter bekommen, antwortet er:

„Dieser Umstand findet seine Erklärung zunächst in dem Stumpfsinn und der Gleichgültigkeit vieler Dienstleute, die lieber in ihrer traurigen Lage zurückbleiben, als daß sie ernsthafte Anstrengungen zu einer Verbesserung derselben machen. Ferner darin, daß

in derartigen Verhältnissen die Leute meist stets in der Schuld des Herrn stehen und nicht abziehen können, ohne leihende zu tilgen, wenn sie nicht ihre wertvollste Habe auszulassen wollen.

Also Arbeitsflaben und zugleich Schuldflaben! Von den Landarbeitern in Oberböhmen sagt unser Gewährsmann, ihre Lage sei auf vielen Gütern sehr flüchtig, so daß sie oft an dem notwendigen Mangel leiden. Und über die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter bemerkt er:

„Es gibt noch viele Tausende von Arbeiterwohnungen, in denen die Gesundheit ihrer Insassen auf das ernstlichste gefährdet ist, die auch nicht einmal den Schein einer menschlichen Befahrung an sich tragen, und in denen es den Bewohnern unmöglich ist, auch nur den gewöhnlichsten Regeln der Sittlichkeit Rechnung zu tragen.“

Er sagt, ferner, daß die erbärmlichen Wohnungen wesentlich dazu beitragen, daß unter den Kindern der ländlichen Arbeiter eine so ungewöhnlich große Sterblichkeit herrscht, und daß die Erwachsenen so häufig schon in den besten Jahren einem frühen Siedetum anheimfallen. Dazu nimmt v. d. Goltz die fast durchweg übermäßig lange Arbeitszeit und die Mangelhaftigkeit des Schulunterrichts.

Man beachte wohl: das wurde 1872, also vor 35 Jahren geschrieben! Aber auch v. d. Goltz hat sich vergeblich bemüht, das „Gewissen“ der Großgrundbesitzer wachzurufen und sie zu einer „Politik der Gerechtigkeit“, wie er wünschte, zu bestimmen. Selbst der einbringlichste Hinweis auf die aus ihrer Ungerechtigkeit resultierende „Gefahr des Umsturzes“ hat bei ihnen nichts gescheitert. Für die Bekämpfung dieser Gefahr verlassen sie sich auf die Polizei, die Justiz, die Kanonen und Bajonette, alles in allem auf eine Politik der Gewalt und auf den einflussenden Einfluß der Geistlichkeit. Als im Jahre 1872, veranlaßt durch das Buch des Herrn v. d. Goltz, in Berlin eine „Konferenz ländlicher Arbeitgeber“ tagte und ein bürgerlicher Agrarier, Herr Krauer-Redder, für Lohnerhöhung sprach, erklärte Herr v. Wedell-Walchow: man müsse die Kirche zu Hilfe rufen, die doch stets dem Herrn zu Diensten stand (wahrhaftig, das tat sie!); durch die „christlichen Ideen“ müsse das „unberechtigte Drängen der ländlichen Arbeiter nach Gewinnen und Verbesserungen der materiellen Lage zurückgewiesen werden“. Ein Herr von Göben aber sagte: Reiche Gutsbesitzer gäben für Schweinefälle mehr aus als für Arbeiterwohnungen.

In den seitdem verfloßenen 35 Jahren sind die Agrarier durch „Liebesgaben“ auf Kosten des Volkes und mehr noch durch eine volksausbeuterische Schutzpolitik bereichert worden, aber nichts haben sie unternommen, die Lage ihrer Arbeiter zu einer menschenwürdigen zu gestalten. Doch sie hie und da gezwungen waren, infolge des Arbeitermangels höhere Löhne zu zahlen, war für sie nur ein Ansporn, immer rücksichtsloser die Vergewaltigung und Fesselung der Arbeiter auszuüben.

Wie vor Jahrzehnten, ist es auch heute noch die Lage der Arbeiter in jeder Hinsicht erbärmlich. Noch immer ist ihr Los, brutale Behandlung zu erleiden, Not und Elend zu erdulden, in Gefassen zu kaufen, die für das Vieh zu schlecht sind. Noch immer wird die ländliche Arbeiterbevölkerung unter dem Schuttpatronat der Junker geistlich und systematisch in der Erziehung groblich vernachlässigt; noch immer gilt für das Herrtum das Wort: Der dümmste Arbeiter ist der beste. Noch immer ist das landwirtschaftliche Proletariat durch Ausbeutung entrechtet. Und energischer, fanatischer als zuvor fordern heute die Junker und Junkerengenossen die Vernichtung des Rechtes der Freizügigkeit; die Staatsgewalt soll die Landarbeiter zwangsweise verhindern, dahin abzuwandern, wo sie mehr verdienen und ein menschenwürdiges Dasein genießen können.

Wäge sich niemand mehr Mühe geben, das Agrarier-tum zu einer „Politik der Gerechtigkeit“ gegenüber seinen Arbeitern zu belehren. Denn alle Mühe ist vergebens. Wie laut auch das Elend dieser Arbeiter zum Himmel schreit, wie offensichtlich ihre menschenunwürdige Lage und Behandlung auch ist, die Masse der Grundherren spricht den übergeordneten Tatsachen heute noch ebenso Sohn, wie sie es früher getan hat, pocht auf die Hilfe der Staatsgewalt, die dieses Element ja von jeher in ausgiebigster Maße genossen hat. Es ist nicht daran zu denken, daß von diesem Herrtum die Hand geboten wird zu wirklich reformatorischen Maßnahmen im Interesse der ländlichen Arbeiter. Aber das ist gewiß, daß in absehbarer Zeit dieses Proletariat völlig erwachen und im Bunde mit dem Industrieproletariat auf dem Boden der Prinzipien des demokratischen Sozialismus selbst die Lösung der Landarbeiterfrage betreiben, sich ein besseres Los erkämpfen wird.

„Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“.

Zu diesem Thema äußert sich auch die sozialdemokratische „Deutsche Tageszeitung“. Sie schreibt: „Zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter wird ein Vertrag geschlossen, wodurch der Kapitalist sich verpflichtet, Geld zu geben, und der Arbeiter — nun, was denn? — ganz einfach: seine Arbeit. Der Kapitalist leistet ja keinerlei Arbeit, die der Arbeiter empfangt! Dagegen besteht die Verpflichtung des Arbeiters gerade darin, Arbeit zu liefern für den Kapitalisten. So zeigt sich schon bei Betrachtung des rein bürgerlichen Vertragsverhältnisses, daß der Arbeiter die Arbeit gibt und der Kapitalist sie „nimmt“. Wie aber ist der volkswirtschaftliche Zusammenhang? Wer bei einem Handel Geld gibt, ist Käufer. Der Kapitalist gibt dem Arbeiter Geld und kauft dafür etwas von ihm. Was kauft er denn? — Seine Arbeit, sagt die bürgerliche Nationalökonomie, und sie bezeichnet dementsprechend den Arbeitslohn als „Preis der Arbeit“. Auch unter dieser Betrachtungsweise ist immer der Kapitalist derjenige, der die Arbeit empfängt, wie denn auch die bürgerliche Nationalökonomie in ihrer guten klassischen Zeit die geistliche Wortverdrehung vom „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ nicht genannt hat. Das ist erst eine Erfindung der kleinen und kleinen Machter der heute. Die Bourgeoisie hat alles Interesse, den wirklichen Zusammenhang zu verdunkeln. Ihr muß daran liegen, in den Köpfen der Masse die Idee zu erhalten und zu nähren, als seien es die Kapitalisten, die in ihrer großen Güte dem Volke Arbeit gäben und dafür einen geistlichen Anspruch auf Vergütung, Dankbarkeit und — Profit hätten. Deshalb gebraucht die Gesellschaft die „Arbeitgeber- und „Arbeitnehmer“ in der bekannten verdrehten Bedeutung.“

Wer seine Mitgliedsrechte erhalten will, zahle seine laufenden Beiträge sowie auch die Extra-Beiträge voll bis zum Schluss!

Das deckt sich mit den Ausführungen, die wir schon öfter, seit 30 Jahren, so auch in einer der letzten Nummern unseres Blattes gemacht haben.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, nimmt auch Notiz von den diesbezüglichen Auseinandersetzungen. Sie behauptet:

„Eine Veräufung der Begriffe Arbeitgeber und Arbeitnehmer fordert man in der sozialdemokratischen Presse. Fortan solle vom Arbeitgeber als vom Arbeitnehmer und vom Arbeiter als Arbeitgeber gesprochen werden.“ Das ist ein harter Irrtum; denn es ist noch keinem sozialdemokratischen Blatte eingfallen, die naive Forderung zu erheben, die Begriffe zu vertauschen und fortan den Arbeiter „Arbeitgeber“ und den Kapitalisten „Arbeitnehmer“ zu nennen. Die Kritik ist lediglich um den Schluß gekommen, daß der sogenannte „Arbeitgeber“ vom sogenannten „Arbeitnehmer“ nimmt, bezw. daß der „Arbeitnehmer“ dem „Arbeitgeber“ gibt. Wir haben in unseren letzten Ausführungen erklärt:

„Durch seine Arbeit schafft der Proletarier neue Werte, und die sind stets größer als der Arbeitslohn; er, der Arbeiter, gibt also seine Arbeit dem Kapitalisten und der Empfänger der Arbeit, der Kapitalist, wäre also im richtigen Sinne des Wortes Arbeitnehmer. Aber auch in diesem Sinne dachten wir das Wort für ein Scherz, das in die Volksschlacht gehört.“

Heißt das die Begriffe vertauschen wollen? Das Postulat wird niemand aus der Welt stellen können — auch alle wirklich wissenschaftlich urteilenden bürgerlichen Nationalökomen haben es ausgegeben, u. a. auch Rodbertus —, daß der Arbeiter immer vom Ertrage seiner eigenen Leistungen gelohnt wird. Der sogenannte „Arbeitgeber“ gibt ihm nichts anderes, als einen Teil von dem Neuwert, den er selber geschaffen hat.

Es ist schon sehr nach dem Umstand Rücksicht zu nehmen, daß der Kapitalismus mit den Worten „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ tendenziös den Begriff eines „natürlichen Abhängigkeitsverhältnisses“, in dem der Arbeiter zum Kapitalisten steht, verbundet. Der „gebende“ Teil wird dem „nehmenden“ Teil als Autorität gegenübergestellt. Deshalb nennt man den Unternehmer wohl auch gar „Vorgelber“, dem der Arbeiter, der arme Empfänger, zu Dankbarkeit und Ergebenheit verpflichtet sein soll. Es hängt dieses ganze Spiel mit Worten engstens zusammen mit der zu Unmäßigkeit und Ueberhebung führenden wirtschaftlichen Ueberlegenheit, die der Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel über den Arbeiter ausübt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint dann: „So ganz „verdreht“ erscheint uns denn doch die bisher übliche Terminologie nicht. Es ist doch wirklich nur eine Quapitalerei; denn die eine oder die andere Bezeichnung ist richtig, je nachdem man Arbeitsleistung oder Arbeitsgegenstand unter „Arbeit“ versteht, und was das Wichtigere dabei ist, kann doch sehr fraglich erscheinen. Um

über jedem Mißverständnis vorbeugen, könnte man ja zur Bezeichnung des Arbeitsverhältnisses dasjenige Moment des Arbeitsvertrages wählen, in dem er tatsächlich wie wirtschaftlich am klarsten ausgedrückt wird. Man würde dann die ungenügenden Bezeichnungen: „Lohngeber und Lohnnehmer haben.“

Diese Terminologie, die wir übrigens vor Jahren auch schon einmal erwähnt haben, würde jedenfalls sehr viel richtiger sein, als die bisher übliche. Denn in der Tat ist es das Lohnverhältnis, auf das es einzig und allein in der ganzen Frage sachlich ankommt, wie ja denn überhaupt gerade dieses Verhältnis für das ganze Arbeitsverhältnis bestimmend ist. Aber wir kapitulieren und auch nicht auf diese Terminologie. Am fortschrittlicher und auch nicht auf diese Terminologie. Am fortschrittlicher und auch nicht auf diese Terminologie. Am fortschrittlicher und auch nicht auf diese Terminologie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ tritt mit ihrer Meinung, daß es sich um eine „Quapitalerei“ handle. Nicht sowohl den falschen Worten „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ gilt der Kampf, als vielmehr den falschen Begriffen, die sich damit gegen das Interesse der Arbeiter verbinden. Auf diese falschen Begriffe folgt sich ungerechte Behandlung der Arbeiter. Das Wort „Arbeitgeber“ fälscht den Begriff des Arbeitsverhältnisses und das Wort „Arbeitnehmer“ den Begriff der Ergebenheitspflichtigkeit in sich. Deshalb weg damit!

Arbeiter-„Treue“.

Die Unterdrückung der Arbeit durch Besitzherrschaft hat es von alters her mit sich gebracht, daß das Arbeitsherrtum für sie eine besondere Unterart des Herrschens moralisch konzentriert. Man muß ihnen bei, dem Herrtum geborhen, in allen Stücken gefügig und treu zu sein. Woher das Herrtum sie noch so leicht, ungerecht und niederträchtig behandeln — sie sollten sich allezeit vom „Mißgeschick“ leiten lassen, das heißt, sich unwillig und ohne Murren, freudig und ergeben der Willkür ihrer sogenannten „Vorgelber“ fügen. Es ist der patriarchalische Geist, der aus solcher Moral spricht. Wir finden ihn noch neuerdings befindet in den Grundordnungen.

Für die gewerblichen Arbeiter hat die moderne Rechts- und Wirtschaftsordnung den Begriff des „freien Arbeitsvertrages“ gegeben, der sich mit patriarchalischem Herrschaft nicht verträgt. Und doch waltet auch in ihm noch ein egoistisches Herrschaftsverhältnis vor: der Arbeiter soll der „Autorität“ des Arbeitsherrn unterworfen sein. Im allgemeinen ist das Unternehmertum noch weit davon entfernt, in dem Arbeiter einen Gleichberechtigten zu sehen. Wir haben erlebt, daß Unternehmerrückführigkeiten in Engagen an den Reichstag, das Verhältnis des Arbeiters zum „Vorgelber“ behandeln als ein „besonderes Treueverhältnis“, dessen Zweck sie als „Untreue“ im Sinne des § 26 des Strafgesetzbuchs bestraft wissen wollten mit Gefängnis, so besonders im Falle des Streiks. „Strafbare Untreue“, so sagte man, sei es, wenn Arbeiter ihrem „Vorgelber“ durch Niederlegen der Arbeit oder sonstige Maßnahmen Schaden zufügen, um sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen.

Jetzt kommt Professor Richard Ehrenberg in einem im „Scherischen Tag“ veröffentlichten Artikel: Die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft, darüber, daß bei den Landarbeitern das Pflichtbewußtsein geschwunden sei und daß dies schwebende große Gefahren berge, weil es sich beinahe als Massenerscheinung entwickelt habe. Seine Ausführungen spielen in folgenden Sätzen:

„Eine Treulosigkeit sondergleichen ist eingedrungen, eine bewusste, systematische Verhöhnung des Pflichtgefühls, des Gemeinbundes, der Treupflicht, welche der Kern des Arbeitsverhältnisses ist und dies bleiben muß, wenn der „freie Arbeitsvertrag“ nicht wieder verschwinden, wenn der Arbeitszwang nicht wieder eingeführt werden soll, d. h., wenn wir nicht wieder zu ganz rohen Zuständen zurückkehren sollen.“

Als eine Massenerscheinung, wie wir sie jetzt in der Landwirtschaft erleben, etwa eine notwendige Folge des Grundbesitzes der Freizügigkeit? Dann allerdings bedarf die Freizügigkeit der Einschränkung, eine Forderung, vor der ich meinerseits bisher mich gedrückt habe, die sich aber schließlich mit elementarer Wucht aufdrängt.

Rein Recht darf schrankenlos ausgedrückt werden, sonst wird es zum Unrecht. Das gilt von der Freizügigkeit ebenso wie vom Eigentum, von der Gewerbefreiheit und noch von manchen anderen Rechten, die man neuerdings so erblich eingeschränkt hat. Die grundsätzliche Auffassung solcher allgemeinen Menschenrechte besagt bekanntlich noch gar nichts über die Art, wie sie im einzelnen ausgestaltet werden sollen, und wir werden, wenn das öffentliche Wohl es erfordert, auch vor dem großen Prinzip der Freizügigkeit nicht Halt machen dürfen....

Das antisoziale Gebaren eines großen Teils unserer Landarbeiter wird leider nicht ohne Anwendung von Zwang zu bessern sein; nur wird man dabei vorläufig Schritt vor Schritt zu Werke gehen müssen.“

Der Herr Professor hat damit seinen Verhängnisnachweis als Scharfmacher im Dienste des Agrarierturns vollbracht. Ist es erhöht? Falls durchweg ist die Lage der Landarbeiter erbärmlich. Ihre Behandlung durch das Herrtum menschenunwürdig (s. darüber unsere heutigen Weltartikel). Und nun wagt ein deutscher Professor, in der Unergründlichkeit seines „wissenschaftlichen“ Zensens, aus der Tatsache, daß sich die Landarbeiter gegen ihre Behandlung auflehnen, daß sie dem „gnädigen Herrn“ entlaufen, daß sie „landflüchtig“ werden, um sich eine bessere Lage zu erringen, den Schluß zu ziehen, es sei damit eine „Treulosigkeit sondergleichen“, eine systematische Verhöhnung des Pflichtgefühls „eingedrungen“! Und er droht mit Anwendung von Zwang!

Die Wahrheit ist doch die, daß sich die Landarbeiter, zum Bewußtsein ihrer Menschenrechte gelangt, die systematische Verhöhnung und Unterdrückung dieses Rechtes durch das Herrtum nicht mehr gefallen lassen wollen. Nicht ihr Gebaren ist antisozial, sondern die Annahme und Ungerechtigkeit, womit das Herrtum ihnen begegnet.

So geht es immer: Wenn die Arbeiter anfangen, unter gebührender Würdigung ihrer Interessen ihr Recht zu gebrauchen — dann greift das Herrtum und seine ordnungspolitische Gefolgschaft über „Mißbrauch des Rechts“. Dann muß das Recht unterdrückt und vernichtet werden. Kann es eine frivole Verhöhnung der Begriffe des Rechtsstaates geben? Und vorsichtig, Schritt vor Schritt, soll das nach der

Berechnung des Professors gegeben, um die Landarbeiter an die Scholle zu fesseln. Und das Preußen-Deutschland, wo jemand solche Schürerlei empfehlen kann, ohne von der allgemeinen Entrüstung zur Ordnung gerufen zu werden, marschiert „an der Spitze der Sozialreform!“

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Bank- und Geldkrise in Amerika — Die Schutzmaßnahmen der deutschen Reichsbank und der Bank von England.

Wir erwähnten das letzte Mal den Zusammenbruch der Getreidegruppe in Amerika, die sich an Kupferpreissteigerungen verblutete und in ihren Stütz eine Reihe größerer und kleinerer Firmen, besonders die New Yorker Mercantile National Bank mit bevolleichte. Wir schlossen damit, daß man durch das Eingreifen des Clearinghaus-Komitees und des Bundeskongresses einer allgemeinen Panik vorbeugen würde.

Wie bei einem Erbeben nach den einleitenden Erschütterungen oft eine trügerische Ruhepause eintritt, so war es auch hier. Daß die erwähnte Panik über Wasser gehalten wurde, dämpfte die ursprüngliche Erregung ziemlich rasch; der Montag, der 21. Oktober, zeigte Wallstreet, die New Yorker Börse, schon wieder bei leidlicher Laune. Jedoch bereits der Dienstag brachte einen jähen Umschlag zum Schlimmsten. Ueber die Kinderbörse Treuhändergesellschaft, die ursprünglich nur eine Vermögensverwaltungsstelle mit solidem Geschäftsfreie gewesen war, die dann aber, mehr und mehr ausgeschaltet mit Depositionsgeldern aller Art, die waghalsigsten Spekulationen und Finanzbeteiligungen, ganz nach amerikanischer Art, nicht verschmäht hatte, waren plötzlich bedeutende Gerüchte in Umlauf, inwieweit in Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Heines und ihre Verbündeten (Charles W. Morse, Orlando S. Thomas und Edward A. Thomas) seit langem einen bestimmten Einfluß auf die genannte Trust-Kompagnie und ihre Beteiligungspolitik ausgeübt hätten. Ein Sturm auf das Hauptbureau und einige Zweigstellen setzte am Vormittag ein. Kurz nach Mittag waren die Vermittler des Unternehmens vollkommen erschöpft. Als die aufgeregten Massen von Männern und Frauen nicht von der Stelle wichen, mußte die Polizei die Geschäftsräume und die Straße besetzen. Am nächsten und übernächsten Tage spielte sich ein ähnlicher Aktum vor anderen Treuhänderunternehmungen ab, die gleichfalls fast alle im Laufe der Zeit zu Depositionen (Einlage-)banken mit sehr risikanter Geldanlage geworden sind. In erster Linie stand nunmehr die Trust Co. of America. Hier gelang es jedoch zunächst, die Zahlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, obwohl am 23. Oktober wohl an 1000 Einleger den Betrieb unmoogen, während nach der Abschmelzung am nächsten Tage „die Reihe der abgehenden Depositionsgläubiger zwei „Häufgebirge lang“ war. Der Schatzsekretär machte, wie so oft schon in ähnlicher Bedrängnis, größere Mengen von Staatsobligationen für den Markt flüchtig. Der Finanzminister Morgan kaufte Massen entwerteter Effekten auf, was ihm sicherlich einst noch goldene Gewinne einbringen wird, was aber zugleich die verzweifelte Lage der Börse und der Banken durch den Geldzufluß erleichterte. Dann am 23. Oktober bot man Geldbäse bis zu 90 pSt., die Bank von Montreal durfte sich rühmen, 200 000 Dollars zu 125 pSt. untergebracht zu haben; aber zugleich mußten 50 Makler eine Erklärung erlassen, daß es ihnen unmöglich gewesen sei, zu welchem Satz auch immer Geld geordert zu erhalten: Trotz aller dieser Verschönerungskünste des Schatzamtes, Morgans und der in aller Eile gebildeten Sanierungskomitees, segnete eine Reihe kleiner Banken das Zeitliche oder sie stellten doch, was jenseits des Ozeans gelegentlich zulässig ist, auf bestimmte Zeit ihre Zahlungen ein — so die Hamiltonbank und die Empire City Savings-Bank in New York; zuletzt kündigt alle Erwartenden New York den Publikum an, daß sie Geldeinlagen nur nach Ablauf einer Kündigungsfrist von 90 Tagen zurückverleihen vermögen. Von New York sprang, eine Woche verging, diese Panikstimmung auf Pittsburg und San Francisco über. Auch industrielle Unternehmer wurden insofern, so die mit 25 Millionen Dollar ausgestattete Südländische Stahl-Gesellschaft in Birmingham, die Eissen City Trust Company in Pittsburg. Was jedoch allem die Krone aufsetzte, die vielgerühmten Westinghouse Elektrizitätswerke neben der Westinghouse Maschinenfabrik in Pittsburg beantragten die Bestellung eines Receivers (eines beschränkt bestellten „Einnahmeverwalters, Liquidators“), weil für sie vorläufig die nötigen flüssigen Mittel unmöglich aufzutreiben waren.

Die europäischen Zentralbanken, die samt und sonders schon durch ihre eigene Wirtschaftsumgebung übermäßig stark angepannt sind und die vor dem Jahresabschluß regelmäßig mit noch stärkerer Inanspruchnahme zu rechnen haben, begannen angesichts dieser Entwicklung für ihre Geldschätze zu fürchten und zu Abwehrmaßnahmen gegen den amerikanischen Goldbezug zu greifen. In Deutschland wurde der Zentralbankausfluß der Reichsbank bald über Kopf auf Montag, den 28. Oktober, einberufen; man erhöhte sofort den Diskont um ein volles Prozent (von 5 1/2 auf 6 1/2 pSt.), so daß seit dem Anfang des Jahres 1906, das mit einem Zinsfuß von 6 pSt. begann, folgende Veränderungen eingetreten sind:

„Ob die Bank mit dem Diskont von 6 1/2 pSt. in diesem Jahre auskommen wird, muß einstweilen fraglich erscheinen“, rügte begreiflicherweise die Breitmittelteil gleich warnend hinzu.

(Seitdem diese Zeilen gedruckt wurden, hat sich die Lage schon wieder bedeutend verschärft. Der „Vorwärts“ schreibt vom 8. November: „Die Deutsche Reichsbank hat heute ihren Diskont auf 7 1/2 pSt. erhöht, nachdem gestern die Bank von England den Wechselzinsfuß auf 7 pSt. erhöht hat. Damit ist gleichsam offiziell der Anbruch der Krise verkündet.“)

* Clearinghaus-Abrechnungsstelle, Kompensationsbureau für die Ausgleichung der gegenseitigen Forderungen der Banken untereinander.

Mittwoch den 30. Oktober, ging die Bank von England in derselben Weise vor. Nach dem Anweisung vom 31. Oktober war das Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven von 47 1/2 in der Vorwoche auf 80 1/2 in der Schlusswoche gestiegen. Starke Goldabflüsse waren schon eingetreten und weitere Abflüsse standen bevor. Inmitten dieser Vorgänge begnügte sich auch England nicht mit einer Diskontenerhöhung um ein halbes Prozent; es ging von 4 1/2 pSt., die seit dem 15. August galten, gleich zu 6 1/2 pSt. über, und vielleicht ist auch damit das letzte Wort für dieses Jahr noch nicht gesprochen; vielfach wurde schon jetzt eine Steigerung um volle 1 1/2 pSt. erwartet.

Berlin, 3. November 1907. Max Schippel.

Politische Rundschau.

Der Zusammentritt des Reichstages. Die nächste Sitzung des Reichstages findet am 22. November, Nachmittags 2 Uhr, statt. Zur Beratung stehen 96 Petitionsbücher. Eine Urberichtigungs-Verwaltungs-materialien ist vom Bureau des Reichstages ausgegeben worden. Danach sind acht Vorlagen in erster Beratung noch zu erledigen, nämlich die im April und Mai dem Reichstage kurz vor der Vertagung zugegangenen Entwürfe, betreffend: 1. Herstellung von Ärgern in der Hausarbeit (Einkaufsrecht der Heimarbeiter), 2. Vertretung der Reichstagsabgeordneten, 3. Unterbringung von Kindern, 4. Vogelzuggesetz, 5. Versicherungsvertrag, 6. Sicherung der Antikordnungen, 7. Hilfskassen, 8. Kleinen Befähigungsnachweise. Von Interpellationen stehen noch drei zur Beratung: Albrecht, Einführung von Schiffahrtsgesetzen (Anantwortung bekanntlich regierungswidrig abgelehnt), Dr. Hölde und Dr. Wankenheim betreffs des Verkehrs mit Wien, und Dr. Wöl, betreffend Grabenkatastrophen und Maßnahmen zu ihrer Verhütung. Von den 146 eingereichten Initiativanträgen der Parteien sind fast alle noch unerledigt.

An neuen Vorlagen wird sich der Reichstag vor Weihnachten, wenn nicht allerlei neue Interpellationen einen Zeit durch die Rechnung machen, voraussichtlich mit dem Etat, dem Vorkriegsgesetz und dem Vereinigungsgesetz zu beschäftigen haben.

Das Branntweinmonopol kommt! Ueber den Inhalt der Monopolvorlage nach den Plänen des Reichstagsamtes erzählt das „Berliner Tageblatt“ folgendes:

1. Die Gesamtproduktion an Alkohol, welche in den Brennereien hergestellt werden darf, wird festgelegt auf 370 Millionen Liter, reinen Alkohols. 2. Die Erzeugung neuer Brennereien wird von der Bedürfnisfrage und von der Erteilung einer Konzession abhängig gemacht. 3. Die Alkoholfabriksteuer fällt fort, den Brennereien soll ein Minimalpreis gewährt werden, welcher sich auf circa M. 35 für 100 Liter reinen Alkohols stellen wird. Hierzu kommen, anstatt M. 20 Kontingent (Liebergabe) wie bisher nur noch M. 10 für das Kontingent reinen Alkoholkontingents; und zwar nur noch auf die Dauer von zehn Jahren, während soll das Kontingent vollständig abgeschafft werden. Der Reichsmonopoloberprüfung wird ein Verrat der Brennereien beigegeben, welcher bezüglich der Preisfestlegung in jedem Jahre sein Gutachten abgeben soll. 4. Das Spiritusyndikat wird vom Reich übernommen. Die Spiritusfabriken werden vom Reich erworben. Die Spiritusfabriken werden auf Grund der für die Durchführung der letzten drei Jahre erzielten Reingewinne durch eine Entschädigung abgefunden, deren Höhe dem sechsprozentigen Kapitalwert des jährlichen Reingewinns entspricht. Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1908 in Kraft. 5. Das Reich soll 70 Millionen Mark Mehrerlöse aus dem Branntwein herausbringen.

Interessanten des Spiritusgroßhandels haben ausgerechnet, daß etwa 80 große und 100 kleine Spiritusfabriken, abgesehen von den Lagerhäusern und den Materialen, vom Reich zu übernehmen sein würden. Die Kosten für die Gebäude, Maschinen usw. beläuft man auf 250 Millionen Mark und nimmt an, daß die an die Spiritusfabriken und Händler zu zahlende Abfindung etwa 750 Millionen Mark beträgt, so daß mittels des Reichs eine Milliarde zur Einführung des Monopols erforderlich ist.

Da werden die Herren Spiritusfabrikanten ein fettes Geschäft machen.

Arbeitslohn und Lebensmittelpreise. Im sächsischen Landtag wurde eine Interpellation der Freiwillichen, betreffend das Steigen der Getreidepreise, beprochen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein führte aus, daß eine Preissteigerung von rund einem Drittel innerhalb der letzten dreißig Jahre stattgefunden, die Lebenshaltung aber noch keine 19 pSt. betragen habe. Gierig wandte sich der Regierungskommissar Dr. Moscher, der auf Grund einer vom Zentralverband der deutschen Maurer für die Jahre 1885 bis 1905 aufgestellten Statistik beweisen wollte, daß im Königreich Sachsen der Stundenlohn der Maurer 1885 27 1/4 Pf., im Jahre 1905 aber 41 1/4 Pf. betragen habe; das bedeute eine Steigerung in diesem Jahre um fast 38 pSt. Weizen liege in dem gleichen Zeitraum an der Leipziger Produktionshöhe aber nur von 4.163 auf M. 172, also nur um 5 pSt. gestiegen. „Moggen von M. 144 auf M. 164. Auch was die Kafferaft des gewährten Lohnes anlangt, so zeige sich, daß man für den Lohn einer zehnständigen Arbeiterin 1885 ungefähr 17 kg Weizen kaufen konnte, 1905 dagegen 24 kg, und an Moggen im vorgenannten Jahre 19 kg, 20 Jahre später 25 kg. Selbst unter den jetzigen hohen Getreidepreisen erhalte man mehr Vortgetreide für einen zehnständigen Maurerlohn als im Jahre 1885, nämlich 18,2 kg Weizen gegen 16,9 kg im Jahre 1885 und 20 kg Moggen gegen 19,1 kg im Jahre 1885. Damit ist bewiesen, daß sich der Abgeordnete Goldstein mit seiner Behauptung, die durchschnittliche Erhöhung der Löhne werde vielfach weitgemacht durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise im Irrtum befinde; denn was hier für die Maurer dargelegt worden sei, lasse sich auch für zahlreiche andere Gewerbe belegen.

Die agrarische Presse stimmt diesen Ausführungen des Dr. Moscher lebhaft zu. Zunächst ist mit besten Gemut gar nicht zu beweisen gegen die von Goldstein aufgestellte Behauptung. In unserer Zeit mit dieser Frage beschäftigten Politiker (Nr. 40 und 41 des „Grundstein“) haben wir unter Benutzung von Nachweisungen bürgerlicher Sozial-

politiker und amtlichen Statistiken festgestellt, daß in der Tat die Lebenshaltung im allgemeinen nicht gleichen Schritt gehalten hat mit der Steigerung der Lebensmittelpreise. Wenn man Statistiken benutzt, so kommt es darauf an, wie das geschieht. Herr Dr. Moscher greift die Statistik unseres Verbandes für Sachsen heraus und zieht daraus ganz willkürliche Schlüsse in die Allgemeinheit. Der Maurerverband war allerdings in der Lage, Lohnsteigerungen von einiger Erheblichkeit zu erringen. Aber man beachte wohl, daß dafür in der von Dr. Moscher angezogenen Statistik ein Zeitraum von 20 Jahren in Betracht kommt. Und weiter, daß es sich um Durchschnittslöhne handelt. Die große Masse der Lohnarbeiter Sachsen hat solche Lohnsteigerungen nicht zu verzeichnen; seit langen Jahren kann von einer solchen überhaupt nicht die Rede sein.

Weiter, aber äußerte dann Herr Dr. Moscher (er ist der Sohn des bekannten Volkswirtschaftslehrers), daß es, unter dem Gesichtspunkte wissenschaftlicher Disziplin betrachtet, ganz unzulässig ist, der Steigerung der Löhne nur die Steigerung der Getreidepreise entgegenzustellen. Es handelt sich doch darum, die Löhne mit der Verteuerung zu vergleichen, welche die gesamte Lebenshaltung der Arbeiter erfahren hat. Da kommt nicht nur der höhere Getreidepreis in Betracht, sondern die Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse, der Nahrung, der Kleidung, der Wohnung usw. Nichts von alledem, was der Arbeiter notwendig braucht, ist von der Preissteigerung verschont geblieben. Jedemfalls ist eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter im allgemeinen nicht eingetreten. Die hantlich nachgewiesene Verringerung des Reallohnsums beweist, daß die Masse eine Verschlechterung der Lebenshaltung erfahren hat. Daran kann die höchst merkwürdige Beweisführung des Dr. Moscher nichts ändern.

Robenspekulation auf Kosten des Reichs. Die Terrängegesellschaft Wigibach, dessen Vorstands- und Hauptbetrieblager der freiwilliche Abgeordnete Rempff, zweiter Vizepräsident des Reichstages, ist, fordert und erzielt für den preußischen Morgen Woulon in Charlottenburg M. 8.000. Jeder Tage verkaufe sie einige Vorgallen zu dem ungeheuerlichen Preise von M. 1800, die Quadratur:

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt dazu:

„Da es sich hier um ehemaligen kumpfliges und erst durch Schüttung urbar gemachtes Gelände handelt, so muß der fabelhafte Bodenwert doppelt in die Augen springen. Als Hauptursache der enormen Preissteigerung dürfte wohl der Grund zu gelten haben, daß das neue Reichsmilitärgericht auf diesem Gelände errichtet wird.“

Die Wigibacher Terrängegesellschaft macht also mit dem Reich ein brillantes Geschäft. Aus dem Säckel der deutschen Steuerzahler erhalten sie ihren Bodenwunderprofil. Dafür dürfen die Herren denn auch recht patriotisch sein!

Zentrumsleute unter sich. Gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften hat neulich in einer Verbandsführung der katholischen Arbeitervereine zu Albstadt Pfarrer Dr. Meyer-Sulzbach gewettert. Nach der St. Johanner „Volkszeitung“ hielt dieser Herr ein Referat über den Reformkatholizismus und führte dabei aus, das Bestreben der Reformkatholiken gehe hauptsächlich dahin, alles interkonfessionell zu gestalten, weil man meinte, damit Andersgläubige zu gewinnen. Beispiele hierfür seien u. a. der Artikel: Aus dem Turm heraus, die Umwandlung des anfangs katholischen Windhorstbundes in einen interkonfessionellen Verband und schließlich die interkonfessionellen Gewerkschaften.

Megen dieser Aufmachungen wird der Herr Pfarrer von der Heritalen „Saarpost“ scharf angegriffen. Sie nennt seine Rede eine Massenverleumdung im ungeheuerlichsten Stile und dazu einen haarsträubenden Wölsinn. „Weißt darauf hin, daß der Kardinal von Köln die christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften warm empfohlen habe, und daß mehrere Bischöfe diesen Arbeiterorganisationen freundlich gegenüberstehen, bemerkt, daß Papst Pius X. im Januar 1906 erklärt habe, daß er mit gleichem Wohlwollen beide Formen der Arbeiterorganisationen, die der christlichen Gewerkschaften wie die der beruflichen Fachabteilungen umfasse.“

Das Blatt schließt mit voller Entrüstung:

„Mit lautester Empörung verurteilen wir die frivole Annahme dieses Schreieriums, das sein politisches Gegenstück hat in dem großmäuligen Hipp-Hipp-Hurra-Patriotismus gewisser sozialistischer Liberaler!“

Ist das Sauberbenton oder nicht? Und welche Elemente gehören zu denen, die nicht Worte „Jüdischen Goldes“ genug finden können, wenn Sozialdemokraten Meinungsdivergenzen zum Austrag bringen.

Vernünftige Beurteilung der Arbeiterbewegung in den Kreisen der herrschenden Gesellschaftsklassen eine Seltenheit. Die Regel ist, daß von Repräsentanten dieser Kreise die unsinnigsten, ungerechtesten und gefährlichsten Anschauungen geäußert werden über die große Kulturerscheinung, die in der Arbeiterbewegung sich begriffet. Jetzt haben wir mal wieder eine Ausnahme zu verzeichnen. In der zu konfessioneller Tendenz hinneigenden „Augsburger Abendzeitung“ veröffentlicht der Regierungsrat b. Braun eine Studie zur Landarbeiterfrage. Allerdings ist auch er in dem Vorurteil befangen, daß den Landarbeitern ein gesetzliches Streikrecht nicht eingeräumt werden dürfe. Aber er hat sich doch zu der Erkenntnis durchgerungen, daß sie nicht absolut rechtlos dem landwirtschaftlichen Unternehmertum gegenüberstehen sollen; daß es nicht ratsam sei, mit Polizeimaßregeln gegen sie vorzugehen und daß man sich hätten solle, die Landarbeiterflucht in Vergnügungssucht und Gang zum Großstadtleben zu suchen. Er geht den wirklichen Ursachen nach und findet, daß sie in der Entwicklung liegen, die das ganze wirtschaftliche Leben genommen hat; in den tiefgreifenden Veränderungen, die in der Struktur der einzelnen Bevölkerungsklassen vor sich gegangen sind. Er faßt die Tatsache ins Auge, daß sich im Laufe der letzten 50 Jahre die Stellung des gewerblichen Arbeiters im öffentlichen Leben, und vor allem gegenüber dem Unternehmer, vollkommen verschoben hat. Dazu bemerkt er:

Aus dem in voller wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Arbeitgeber stehenden „Untergebenen“, dem jeder Einfluss auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses und auf die Bestimmung der Lohnhöhe verweigert war, ist der nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich dem Arbeitgeber gleichberechtigte und gleich mächtige Arbeitnehmer geworden, dem nach heutiger Auffassung ein vollwertiges Mitbestimmungsrecht über alle Teile der Arbeitsordnung und der Arbeitsentlohnung zusteht, und der infolge der weitverzweigten Arbeiterkoalitionen von diesem Rechte in ausgiebigem Maße Gebrauch zu machen in der Lage ist. So sind im gewerblichen Leben Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht nur theoretisch, sondern auch tatsächlich vollkommen gleichberechtigte Vertragspartner geworden, welche in keinerlei Weise, bezug. Unterordnungsverhältnis zueinander stehen. Aber auch die wirtschaftliche Stellung des gewerblichen Arbeiters hat sich wesentlich verbessert, und wir sehen, daß auch jetzt noch der ganze Stand von dem lebenswichtigen Streben nach einem Aufsteigen zu höheren Lebensbedingungen durchdrungen ist.

Das sind ja nun allerdings bekannte, wer weiß wie oft angeführte Argumentationen, aber man muß sie logischerweise immer wieder auf neue machen, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß in der Tat die ganze Wirtschafts- und Rechtsordnung eine solche geworden ist, die sich mit den Begriffen vom Herrschaft und Knechtum nicht mehr verträgt, und daß die Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisation eine Notwendigkeit ist. Herr v. Braun hat ihre kulturelle Bedeutung erkannt. Er bemerkt:

Die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe, in denen sich dieses Streben äußert, haben ja bekanntlich zu schweren Störungen in unserem öffentlichen Leben geführt und erfüllen auch jetzt noch den Gewerbetreibenden und den Sozialpolitiker mit erster Sorge. Aber von einem weiteren Gesichtspunkt aus können wir in diesem Aufwärtstreiben doch nur die Ubergangsform zu einer höheren Stufe unserer Volkswirtschaft betrachten. Die Kranken-, die Unfall- und die Altersversicherung gewähren dem Arbeiter schon jetzt für alle Fälle der Erwerbsbeschränktheit oder Arbeitsunfähigkeit die zum Lebensunterhalte notwendigen Mittel; die Abschaffung der Gewerkschaften bietet ihm Schutz gegen ungerechtfertigte Kündigung des Arbeitsverhältnisses und in einer Reihe von Fällen eine beschränkte Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Von der Arbeiterversicherung wollen wir ganz absehen. Der Verfasser überblickt ihre Wirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse; das Hauptgewicht ist zu legen auf die Macht der gewerkschaftlichen Organisation. Herr v. Braun sieht diese Macht nicht an, im Gegenteil, er erkennt sie an und damit natürlich auch ohne weiteres die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Daß er ihr noch ausdrücklich ein vollwertiges Mitbestimmungsrecht über das Arbeitsverhältnis einräumt, ist um so beachtenswerter. Öffentlich gelangt er auch noch zu der Überzeugung, daß es ein schweres Unrecht ist, gerade den Gewerbetreibenden das Koalitionsrecht vorzuenthalten. Daß die Koalitionsverbote gegen sie ein Ausnahmerecht darstellen, hat ja im Jahre 1899 selbst ein preussischer Minister, v. Spinnlig, unumwunden zugegeben, als er einen Gesetzentwurf begründete, der bewogte, alle Arbeiter, auch die ländlichen, vom Koalitionsverbot zu befreien. Genau dieselben Gründe, welche bestimmend dafür sind, den gewerblichen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren, treffen auch auf die ländlichen Arbeiter zu. Auf die Dauer wird sich das Ausnahmerecht gegen letztere nicht aufrechterhalten lassen; die Verwirklichung des Prinzips der Gleichberechtigung kann vor ihnen nicht Halt machen.

Altersversicherungen in Holland. Die holländische Regierung hat beim Parlament eine Vorlage zur Begründung einer staatlichen Altersversicherung eingebracht. Jeder Arbeiter, dessen Jahreseinkommen 1000 Gulden nicht übersteigt, will dieser Versicherung verpflichtet, sich auf eine Altersrente zu versichern. Zuerst müssen die Arbeitgeber beisteuern. In den ersten 75 Jahren wird der Staat, wenn der Entwurf Gesetz wird, alljährlich 10½ Millionen Mark beisteuern. Im Anfang war geplant, die Versicherung ganz nach deutschem Muster zu organisieren. Davon hat die Regierung aber jetzt Abstand genommen; sie verläßt, die in Deutschland in der Praxis zu Tage getretenen Fehler zu vermeiden.

Ein blutdürstiges Ungeheuer ist die „Rafende Gerechtigkeit“ in Rußland. Sie ist der personifizierte Mord. Das läßt die furchtbare Statistik erkennen, die in einem Petersburger Bericht des „Russ. Kurier“ über die Wirkung der Gerichtsverfassungen für politische Umtriebe in dem Zeitraum vom 30. Oktober 1905 bis 30. Oktober 1907 veröffentlicht wird.

Die Kriegsgerichte haben 2717 Personen zum Tode verurteilt, wovon 1780 Personen hingerichtet wurden; von den Feldkriegsgerichten sind dabei 1144 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. In die „Katorga“, zur Zwangsarbeit in den sibirischen Bergwerken, wurden 8878 Personen geschickt, wovon 6288 Personen eine Gefängnisstrafe von 29528 Jahren erhalten haben, während 608 Personen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Eine lebenslängliche Verbannung ist 602 Personen zu teil geworden. Zu Gefängnis-, Zuchthaus- und sonstigen Haftstrafen sind 11182 Personen auf eine Gesamtzahl von 13182 Jahren verurteilt worden. Von den Verurteilten hatten 14624 Personen oder 80 Prozent für „revolutionäre Umtriebe“ Strafen zu verbüßen, verurteilte Terroristen gab es 1928 und Expropriatoren 1652 Personen.

Diese Riesen beissen, wie furchtbar die Tätigkeit der Mordkommission, genannt Feldkriegsgericht, war.

Ein schwerer Konflikt der englischen Eisenbahngesellschaften mit ihren Angestellten, aus dem ein allgemeiner Eisenbahnstreik zu erwachen drohte, ist,

nachdem er wochenlang die weitesten Kreise des Landes in Aufregung erhalten, nunmehr beigelegt worden. Den Vermählungen des englischen Handelsministers Lloyd George gelang es, eine Einigung herbeizuführen. Dieser beruht auf folgender Grundlage:

Die Gesellschaften und die Vertreter der Verbände der Angestellten erklären sich bereit, die Regelung aller Fragen, die sich auf die Beschäftigung und die Arbeitszeit beziehen, auf gutlichem Wege durch ein Schiedsgericht zum Austrag zu bringen. Die Angestellten jeder einzelnen Gesellschaft werden in Abteilungen eingeteilt werden; die Vertreter wählen, welche sie in den von den Gesellschaften im Interesse dieser Abteilungen zu bildenden Kammern haben. Jede dieser Kammern wird sich nur mit der Frage zu beschäftigen haben, die die betreffende Abteilung angeht. Sollten die Kammern nicht zu einer Verständigung über einen Streikfall gelangen können, so wird dieser an eine Zentral-Einigungs-kammer verwiesen werden, die für jede Gesellschaft gebildet wird. Sollte auch diese bei ihren Einigungsversuchen keinen Erfolg haben, so wird die Entscheidung der Frage einem Schiedsrichter übertragen werden, der durch Übereinkommen zwischen der Verwaltung der Gesellschaften und ihren Angestellten oder, falls ein solches Übereinkommen nicht erzielt wird, von dem Sprecher des Unterhauses und dem Vizepräsidenten des Handelsamtes bestimmt wird. Dieses hat auch alle Fragen über die Auslegung des bestehenden Abkommens zu entscheiden. Die Kandidaturen für die Kammern der einzelnen Abteilungen sind ebenfalls beim Handelsamt anzumelden, das die Wahlen aufstellt und die Stimmen zählt.

Die friedliche Schlichtung hat das englische Volk vor einer schweren wirtschaftlichen Katastrophe bewahrt. Wäre es zum Ausbruch gekommen, so würde das gleichbedeutend gewesen sein mit der Stilllegung des Verkehrs, was die schwersten wirtschaftlichen Schäden zur Folge gehabt hätte. Die englischen Eisenbahngesellschaften waren, wenn auch, nicht den Gewerkschaften herauszufahren, sondern auf die berechtigten Forderungen einzugehen. Und der Minister hat nicht die Unfähigkeit und Ungerichtigkeit bezeugen, Partei für das Unmenschliche zu ergreifen. Mögen sich gewisse Leute in Deutschland daran ein Beispiel nehmen!

Maurerbeuerung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

- Hausastädte:**
Spandau (Sperre über Neben), **Moorloth** (Sperre über Mint);
Schleswig-Holstein:
Kellinghusen, Wrist, Walsmoor (Streiks), **Reinfeld** (Sperre über E. Haeger); **Apenrade** (Sperre über Callesen), **Wedel** (Sperre über Hatje);
Brandenburg:
Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreis-Krankenhaus), **Cottbus** (Sperre über Röder in Weisswasser);
Pommern:
Pyriz (Sperre über Friedr. Berg), **Torgelow** (Sperre über Rambow), **Podejuch** (Sperre über W. Berg);
Ost- und Westpreußen:
Sensburg (Sperre über Rehse);
Posen — Schlesien:
Masau (Sperre über Stülpnagel), **Waldenburg** (Sperre über Täsler in Neu-Salzbrunn);
Königreich Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofstrasse, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Bernat & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Gausch Fr. Probst & Co., Spinnerstrasse, in L. Leutsch Eisengiesserei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrtrasse, Colditz (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Norderny (Aussperrung);

Rheinland:

Crefeld (Differenzen);

Hessen und Waldeck:

Mainz (Sperre über A. Westenberger), **Glossen**

(Sperre über Bernhard in Kleinlinden), **Schmal-kalden** (Sperre über Peter);

Bayern:

Soll (Sperre über Jäger & Werner), **Wasserburg**

(Sperre über Nubauer), **Diessen** (Streik);

Fliesenleger:

Dulsburg (Sperre über die Zwischenmeister Krüskens und Gebr. Bönnig);

Ungarn:

Arad, Csongrád, Gyula, Kecskemet, Nyiregyháza, Petrosény, Szekesfehervár, Vác, Eszobolya (Aussperrungen);

Holland:

Amsterdam (mehrere Sperren).

Gau Bremen.

Die Differenzen in Nordenham wegen der einseitigen ständigen Währungsänderung im Winter, sind dadurch erledigt, daß die drei Vereine Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter in einer gemeinschaftlichen Versammlung beschloßen haben, davon in den Wintermonaten Abstand zu nehmen.

In Nordenham hatte sich in der letzten Woche der Ortsvorsteher erhoben, den Versuch zu machen, mit den beiden Parteien die Differenzen zu besänftigen und eine Einigung anzubahnen. Während sich die Arbeiter dazu bereit erklärten, haben die Unternehmer, nach einer Mitteilung des Ortsvorstehers, die Verhandlung abgelehnt. Der Kampf muß also seinen Fortgang nehmen. Unsere Kollegen werden sich tun, sich so schnell wie möglich an derartigen Arbeit zu versetzen, um so den Unternehmern zu zeigen, daß wir den uns aufgezogenen Kampf auch zu führen verstehen.

Gau Köln.

Vom Zivildienst Köln wird geschrieben: Nicht weit von Köln, am Fuße des Vorgebirges, erhebt sich das schöne Städtchen Brühl. Herrliche Wälder und blühende Fluren umflossen einst von einer Seite den Ort. Ein königliches Schloß mit weit ausgedehntem Park gilt heute noch als eine Zierde der Umgegend. Im fröhlichen Brühl dürfte wohl hauptsächlich Landwirtschaft und Obstbau der Hauptnahrungs-gewerbe der Einwohner gewesen sein. In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten hat aber auch die Industrie dort einen gewaltigen Aufschwung genommen. Namentlich ist es die Braunkohlenindustrie, die sich hier ausgedehnt hat. Zahlreiche Zementfabriken sind entstanden und überdächten mit ihrem leichten Staub Wald und Fluren. Die Zementindustrie der hiesigen Gegend hat in den letzten Jahren reiche Beute abgeworfen. So erzielte beispielsweise das Braunkohlenbergwerk Brühl im vergangenen Jahre einen Betriebserlös von 815 984, und nach Abzug von 143 089 Abschreibungen einen Reingewinn von 672 895. In Ausbeute wurden 550 000 ausgeschüttet. Ebenso ist es bei dem Brühl-Köln-Braunkohlenwerk Donatus in Riplar. Dies Werk feierte seinen Abzug am 22. p. zt., während der Durchschnittslohn der Arbeiter für eine Schicht von 8,33 auf 3,76 oder nur um 12,5 p. zt. fiel. Es wurde auf diesem Werke ein Gesamtgewinn von 1 088 521 erzielt. Von dem nach den üblichen Abschreibungen übrigbleibendem Reingewinn wurden 600 000 Ausbeute verteilt, d. h. 100 000 mehr als im vorigen Jahre. Es sei anzunehmen, so heißt es im Geschäftsbericht, daß die Gewerkschaft im Geschäftsjahr 1907/08 wieder ein gutes Ergebnis erzielen und in der Lage sein werde, bei weiterer Schuldbetung eine Ausbeute von 800 000 zu zahlen und die noch erforderlich werdenden Kosten für Rekontanten usw. aus den Betriebserlösen zu bestreiten. Wie nun oben zu sehen ist, stehen die Löhne der Braunkohlenarbeiter sehr niedrig; aber auch die Löhne unserer Kollegen sind im Verhältnis zu den Löhnen, die in der Umgegend von Brühl bezahlt werden, geradezu erbärmlich.

Der Lohn für Maurer beträgt in der dortigen Gegend 40. A und steigt bis zu 50 A pro Stunde. Die Arbeiter im Sommer beträgt durchschnittlich 12 Stunden. Häufig kommt es vor, daß gerade auf den Neubauten der Zementfabriken 12—13 Stunden den Tag gearbeitet wird und das für einen Schutbloß. Insbesondere ist es die Firma Döring & Lehmann, L. G. Heilmann, die in dieser Gegend seit einigen Jahren große Fabriken aufstellt und sich nicht daran gewöhnen kann, ihren Arbeitern einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu zahlen. Gegenwärtig führt dieselbe Firma bei Brühl wieder einen großen Fabrikbau auf, wozu annähernd 100 Maurer beschäftigt werden. Unsere Kollegen sind nun auf der Baustelle ziemlich organisiert, was auch zur Folge hatte, daß Wünsche nach einem höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit laut wurden. Auch sollte für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, was dort häufig verlangt wird, ein Lohnzuschlag gezahlt werden. Es haben dann Versammlungen stattgefunden, wo zugleich Forderungen aufgestellt, die später der Firma unterbreitet wurden. Die Forderungen lauteten in ihren Hauptpunkten auf 56 A Stundenlohn und neunzehnstündige Arbeitszeit, 15 A Zuschlag für Überstunden, 50 p. zt. Zuschlag für Nachtarbeit und 100 p. zt. Zuschlag für Sonntagsarbeit. Diese Forderungen wurden der Firma mit einem Hinweis auf die gesteigerten Lebensmittelpreise am 17. Oktober unterbreitet. Am 22. Oktober lief dann folgendes Schreiben von der Firma ein:

Gelinstadt, den 21. Oktober 1907.

Herrn Abt. Kreibitz, Köln a. Rh.

Wir beehren uns zum Empfang Ihres nach Brühl gesandten Schreibens vom 1. d. M. und bedauern, auf den Inhalt nicht näher eingehen zu können, da wir und den darin enthaltenen Ausführungen nicht anschließen können. Hochachtungsvoll

Döring & Lehmann,
Allgemeine Bau- und Erd- und Bauarbeiten
(Unterfirmen).

Mit dieser Antwort haben sich unsere Kollegen in zwei Versammlungen beschäftigt. Ueber einstimmend wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Antwortschreiben der Firma nicht dazu angetan sei, fernerhin in Ruhe und Frieden dort zu arbeiten. Es wurde ferner hervorgehoben, daß es der großen Firma Döring & Lehmann bei einigermaßen gutem Willen wohl möglich sei, den Wünschen der Kollegen Rechnung zu tragen. Aus dem ganzen Schreiben ging aber hervor, daß man prinzipiell auf dem Standpunkte stände, die Löhne der Arbeiter möglichst niedrig zu halten und zum Ausgleich dafür eine übermäßig lange Arbeitszeit anzusetzen. Daß die Organisation der Firma ein Dorn im Auge ist, ist ja selbstverständlich, und daß sie auch kein Freund eines geregelten Arbeitsverhältnisses ist, trifft gleichfalls zu. Sie will als alleiniger Faktor in der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen maßgebend sein. Das geht auch aus der ins Mittelalter geborenen Arbeitsordnung hervor, wo es heißt: „Die Löhne legt der Meister beim der Folter fest.“ In diesem Unikum von Arbeitsordnung ist sogar noch von der Verkürzung von Stunden die Rede. Es wurde vorläufig abgelehnt, durch einen Kampf den Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, weil man der Meinung war, daß vor allen Dingen auch die Bauhilfsarbeiter organisiert werden müßten, was bisher nicht be-

fall war. Es wurde eine Resolution angenommen, worin dies zum Ausdruck gebracht wurde. Man bedauerte es, daß die Firma in sozialer Beziehung einen so rückständigen Standpunkt einnimmt. Doch sozial hin und sozial her — unsere Kollegen müssen nun in der Organisation nachhaken, das noch fehlt. Und wenn das geheißen ist, dann kann mit den Herrschaften einmal Fraktur geredet werden. Das pflegt immer noch das beste Bedemittel für das „soziale Gefühl“ zu sein.

Gau Mannheim.

In letzter Zeit hatten wir in Mannheim wiederholt Differenzen, mit denen sich auch die Schlichtungskommission beschäftigen mußte.

Neben vielen anderen Maurern haben wir in Mannheim Kollegen aus heftigen Ortschaften, besonders aus Dieburg und Groß-Zimmern. Die Kollegen aus Groß-Zimmern haben sich bisher in unliebsamer Weise kaum bemerkbar gemacht. Deswegen aber die aus Dieburg. Wohl hat auch in diesem Ort ein Teil der Kollegen begriffen, daß sie mit ihren Berufsgenossen solidarisch handeln müssen; doch die Mehrzahl zählt zu den rückständigen Elementen, die in den Gauen Frankfurt und Mannheim zu finden sich dürften. Ein kleiner Teil gehört unserer Organisation, ein anderer der christlichen, der größte Teil jedoch gehört keiner Organisation an. Von denen, die keiner Organisation angehören, haben wir einen Teil in Mannheim; sie stehen hauptsächlich beim Baumeister Felsenbender in Arbeit.

Als im Winter von 1904 bis 1905 die Verhandlungen mit den Unternehmern abgebrochen wurden, hatten die bei Felsenbender beschäftigten Maurer, die Frechheit, einen schriftlichen Antrag einbringen, es möge ihnen gestattet werden, elf Stunden täglich zu arbeiten. Schon damals bestand in Mannheim seit nahezu 10 Jahren die zehnstündige Arbeitszeit. Während in allen Ecken und Enden Deutschlands die Maurer mit lobenswerter Eifer daran waren, die Arbeitszeit zu verkürzen, verlangten diese Leute eine Verlängerung. Dieser Antrag wurde damals von Felsenbender befürwortet, von uns jedoch entristet zurückgewiesen. Es blieb im Tarif bei der zehnstündigen Arbeitszeit. 1905 und teilweise noch 1906 wurde nun auch von den Dieburgern die zehnstündige Arbeitszeit eingehalten. In diesem Jahre jedoch gingen diese Leute zu aller Ueberzeugung wieder an, elf Stunden zu arbeiten. Wir haben uns deshalb veranlaßt, unter dem 18. Mai an Herrn Felsenbender folgendes Schreiben zu richten:

„Durch eine Anzahl unserer Kollegen werden wir wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß am Neubau der Kirche am Werderplatz von einem Teil der Maurer fortgesetzt über die tarifliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird. Wir haben uns inzwischen überzeugt, daß die Mitteilungen den Tatsachen entsprechen. Da es sich hierbei wieder um die Maurer aus Dieburg handelt, so ist dies als ein erneuter Versuch zu betrachten, die Arbeitszeit hier nach dem Willen dieser Maurer zu verlängern. Wir sind als Leiter der Organisation im Interesse unserer hiesigen Kollegen verpflichtet, Stellung zu der Sache zu nehmen. Es kann uns wohl kaum zugemutet werden, daß sich 3300 anständige Maurer nach einigen wenigen ausländischen Leuten richten sollen. Bevor wir weitere Schritte unternehmen, wenden wir uns zunächst an Sie und bitten Sie dringend, die Angelegenheit in aller Eile regeln zu wollen, um dadurch weitere Differenzen zu verhindern.“

Ihrer gefl. Antwort bedarf ich entgegengehend, gezeichnet etc. Unter dem 22. Mai erhielten wir die Mitteilung, Herr Felsenbender sei verstorben. Am 28. Mai teilte uns Felsenbender brieflich mit, daß um 6 Uhr Feierabend gemacht würde. Ausnahmen würden nur gemacht, wenn noch angemessener Beton zu verarbeiten wäre, das könne jedoch höchstens 10 bis 20 Minuten dauern.

Einige Wochen ging es nun. Doch am 21. August sahen wir uns genötigt, die Schlichtungskommission anzurufen, da nicht nur Beton verarbeitet, sondern Steine verlegt, gemauert und ausgegust wurde, und zwar regelmäßig bis 7 Uhr. Am 23. August sollte die Sitzung stattfinden; doch kurz zuvor erhielten wir die Mitteilung, daß Felsenbender wieder verstorben sei und deshalb die Sitzung verschoben werden müsse. Mehrere Wochen verstrichen, ohne daß uns eine weitere Mitteilung gemacht wurde. Wir fragten deshalb auf Postkarte und dann persönlich bei dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission, Herrn Baumeister Löh, an, weshalb die Sitzung nicht anberaumt wurde. Darauf erhielten wir die Mitteilung, Löh hätte mit Felsenbender über die Angelegenheit gesprochen, und letzterer habe die Versicherung abgegeben, nicht mehr über 6 Uhr hinaus arbeiten zu lassen. Zum zweiten Male teilte uns auch Felsenbender brieflich mit, daß die Dieburger Maurer künftig nur noch bis 6 Uhr arbeiten würden.

Da jedoch trotz der schriftlichen Versicherung Felsenbenders, seine Maurer nach ganz kurzer Zeit wieder bis 7 Uhr arbeiteten, so mußten wir erneut den Antrag auf Einberufung der Schlichtungskommission stellen. Baumeister Löh weigerte sich jedoch, die Schlichtungskommission einzuberufen. Wir setzten Herrn Löh telefonisch unsere Gründe auseinander, jedoch ohne Erfolg. Wir waren deshalb gezwungen, an den Vorstand der Baumeistervereinigung eine Beschwerde zu richten. Darauf fand endlich am 30. September die Sitzung statt.

Die Schlichtungskommission entschied, daß ein Verbot gegen den Tarif vorläge, betrachtete im übrigen durch die schriftlichen Erklärungen Felsenbenders die Sache als erledigt. Felsenbender war nicht in der Sitzung erschienen. Nun hätte man glauben können, daß damit die Verletzung des Tarifs endlich aufhören würde. Doch bereits im Oktober waren wir wieder gezwungen, die Schlichtungskommission anzurufen, weil wiederum im Geschäft Felsenbenders die Arbeitszeit verlängert wurde. Diesmal wurde sogar die Mittagspause verfürzt; statt einer Stunde wurde nur eine halbe Stunde Mittag gemacht. Man nutzt heute keinem Arbeitstiere mehr zu, mit einer halben Stunde Mittagspause vorlieb zu nehmen, da es Schaden leiden würde. Die Dieburger Maurer in ihrer furchtbaren Rückständigkeit erkennen die Gefahren jedoch nicht, die kurze Pausen und lange Arbeitszeit mit sich bringen. Sie wollen die Verlängerung des Arbeitstages durchaus erzwingen. In dieser Sitzung der Schlichtungskommission stellte sich Herr Felsenbender als unschuldiges Lämmlein dar. Nachdem unser Feind klar gelegt war, weshalb die Sitzung not-

wendig sei, erklärte er, nicht er, sondern der Verband habe Vertragsbruch begangen; er habe anderen Unternehmern gestattet, länger zu arbeiten. Die Frankfurter Döck- und Tiefbaugesellschaft (Veltmann & Co.) machte auch nur eine halbe Stunde Mittagspause, und die Firmen Baum & Schärer und Werle & Hardmann hätten länger als zehn Stunden arbeiten lassen. Der Parteiführer Geld von der Tiefbaugesellschaft habe ihm sogar erklärt, Forter habe dies Ueberarbeiten ausdrücklich erlaubt. Das sei natürlich Vertragsbruch. Im übrigen erklärte Felsenbender, daß er sofort die Dieburger Maurer veranlaßt habe, wieder die einstündige Mittagspause einzubehalten. Der Vorsitzende der Schlichtungskommission, Baumeister Löh, vertieg sich sogar zu der Erklärung, es seien Schikanen, daß wir verlangten, die Arbeitszeit solle eingehalten werden. Unser Gauvorsitzender Forter wies die Behauptungen Felsenbenders, daß wir Vertragsbruch begingen, zurück, und stellte fest, daß nicht wir, sondern Felsenbender fortgesetzt Vertragsbruch begangen habe. Von der Ueberarbeit in anderen Gewerkschaften sei der Organisation bisher nichts bekannt geworden; von dem Parteiführer Geld habe sich Felsenbender besorgen lassen. Dann wies Forter auf die Aufhebung des Verbots zurück und betonte, daß es nicht nur unser gutes Recht sei, die Einhaltung der vertraglichen Arbeitszeit zu verlangen, sondern ebenso sei es die Pflicht jedes einzelnen Unternehmers und der Baumeisterorganisation, die Arbeitszeit einzuhalten. Baumeister Geyer stellte fest, daß laut Tarif die Arbeitszeit zehn Stunden betrage, die Mittagspause eine Stunde, letztere auch für den Winter. Beide Parteien müßten dafür eintreten, daß das Vereinbarung auch gehalten werde. Geyer schloß vor, die Erklärung Felsenbenders in das Protokoll aufzunehmen und damit die Sache als erledigt zu betrachten. Felsenbender behauptete nochmals, daß er keinen Vertragsbruch begangen habe, und hielt auch seine Behauptung über die anderen Firmen aufrecht. Forter beantragte darauf, daß die Schlichtungskommission auch zugleich gegen die von Felsenbender bezeichneten Firmen Stellung nehmen solle. Es wurde beschlossen, daß der Vorstand der Bau- und Maurermeistervereinigung in dem nächsten Rundschreiben an die Mitglieder die Aufforderung richten soll, die Arbeitszeit einzuhalten. Die Erklärung Felsenbenders wurde zu Protokoll genommen. Nach einem weiteren Schermspiel über Organisationsfragen mit Felsenbender, hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

Ob damit aber auch unser Kampf um Einhaltung der tariflichen Bestimmungen das Ende erreicht hat, steht auf einem anderen Blatte. Daß wir in diesem Kampfe einen Teil der hiesigen Kollegen gegen uns haben, ist eine tiefertragende Erkenntnis, um so trauriger, da es nicht an Aufklärung fehlt, sondern direkt Willkür der Dieburger Maurer ist. Bei den hiesigen Kollegen hat sich bisher eine Erbitterung angehäuft, die sich vorläufig in Verachtung kund gibt. Es wäre sicher an der Zeit, daß die Dieburger und auch Kollegen aus einigen anderen hiesigen Orten endlich Einsitz und Umkehr halten wollten.

Vlämische Streikbrecheragentur?

Aus Brüssel wird der „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 44 vom 3. November) geschrieben: „Es ist mir endlich gelungen, den richtigen Mann für die Arbeiterbeschaffung zu finden, nachdem ich vorher verschiedentlich nicht an die richtige Stelle geraten war. Die Herren, die ich bisher ausfindig machte, zeigten wenig Interesse und wollten die Sache nur so nebenbei betreiben, was unmöglich ist, da die Beschaffung der Leute viele Reisen, Laufereien, Zeit und Geld erfordert. Nun kam ich endlich zu der richtigen Adresse; sie lautet: „Vlämische Arbeiter-Zentrale — Curt Mühlmann, Brüssel, Rue du pont de la carpe 19.“ Ich habe mich davon überzeugt, dass Arbeiter, besonders ungelernete, in jeder Zahl zu haben sind und dass fernerhin Herr Mühlmann volles Vertrauen verdient. In Betracht kommen auch eventuell gelehrte Leute für industrielle Betriebe, in denen die Arbeiter genügend verdienen können und längere Zeit Beschäftigung finden. Bemerkungen möchte ich, dass bei Anfragen Rückporto (20 k) beizufügen ist.“

Es wird in dieser Zuschrift zwar nicht gesagt, dass die „Vlämische Arbeiter-Zentrale“ bereit ist, auch in Streikfällen Arbeiter zu vermitteln, aber es ist anzunehmen, um so mehr, da in früheren Artikeln der „Arbeiter-Zeitung“, die sich mit dem Import ausländischer Arbeiter beschäftigen, über die „zunehmende Unzuverlässigkeit“ polnischer Arbeiter geklagt wird. Die polnischen Arbeiter, namentlich soweit sie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beschäftigt sind, lassen sich nicht mehr durchweg als Lohndrücker gebrauchen; sie sehen immer mehr ein, dass sie mit ihren deutschen Kameraden, zu deren Niederdrückung sie herangezogen wurden, Schulter an Schulter kämpfen müssen. Deshalb sind sie „unzuverlässig“ geworden und sie sollen durch Vlänien, die noch weniger von der Kultur beleckt sind, ersetzt werden. Mögen die Genossen diesseits und jenseits der Grenze wohl acht haben, was die „Vlämische Arbeiter-Zentrale“ betreibt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Konferenz der Fliesenleger.

A. Wahlabteilungen.

- | | |
|---|---------------|
| 1. Breslau..... | 1 Delegierter |
| 2. Berlin..... | 2 Delegierte |
| 3. Hamburg..... | 3 „ |
| 4. Hannover und Osnabrück..... | 1 Delegierter |
| 5. Nürnberg..... | 1 „ |
| 6. München..... | 1 „ |
| 7. Stuttgart..... | 1 „ |
| 8. Straßburg i. Elsaß..... | 1 „ |
| 9. Karlsruhe, Mannheim und Mosheim..... | 1 „ |
| 10. Coblenz, Frankfurt a. M. und Wiesbaden..... | 1 „ |

- | | |
|---|---------------|
| 11. Bochum, Dortmund und Gelsenkirchen .. | 1 Delegierter |
| 12. Essen..... | 1 „ |
| 13. Duisburg, Wülheim a. d. R. und Ruhrort .. | 1 „ |
| 14. Köln..... | 1 „ |

B. Wahlreglement.

1. Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Die Wahlen müssen in der Zeit vom 17. November 1907 bis zum 8. Dezember 1907 stattfinden.

§ 2. Die Wahl ist geheim und hat per Stimmzettel zu erfolgen; absolute Stimmenmehrheit entscheidet. Ist die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, dann hat eine Stichwahl stattzufinden.

Bei Stimmungleichheit entscheidet das Los. Die Auslosung geschieht für Wahlabteilungen, die aus mehr als einem Zweigverein bestehen, durch den Verbandsauschuß. In den übrigen Wahlabteilungen wird die Auslosung durch die Wahlkommission (§ 7) im Beisein des Zweigvereinsvorstandes vorgenommen.

§ 3. Die Wahlen dürfen nur in Mitgliederversammlungen der Fliesenlegersektionen vorgenommen werden; eine Stimmentabgabe außerhalb derselben ist unzulässig. Letzteres gilt auch für solche Mitglieder, die verhindert sind, gleichviel aus welchen Gründen, an der Wahlversammlung teilzunehmen.

§ 4. Wahlversammlungen sind vom Zweigvereinsvorstand mit der Tagesordnung: „Delegiertenwahl für Fliesenlegerkonferenz“ einzuberufen und den Mitgliedern in üblicher Weise bekannt zu machen.

§ 5. Bei der Wahl darf jedes anwesende Mitglied nur einen Stimmzettel abgeben.

Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Delegierte zu wählen sind, sind ungültig.

§ 6. In den Wahlversammlungen sind zunächst die Kandidaten aufzustellen.

§ 7. Nach Aufstellung der Kandidaten ist eine Wahlkommission zu wählen, welche die Stimmzettel zu verteilen, wieder einzusammeln und das Wahlergebnis festzustellen hat.

§ 8. Nach Beendigung der Wahl hat die Wahlkommission das Wahlprotokollformular in zwei Exemplaren auszusetzen. Eines der beiden Wahlprotokolle ist sofort, unterzeichnet von mindestens drei Mitgliedern der Wahlkommission und dem Vorsitzenden des Zweigvereins, bis zum 9. Dezember an den Verbandsvorstand einzuliefern. Wahlprotokolle, die dem Verbandsvorstand nicht bis zu dem festgesetzten Termine zugefandt werden, sind ungültig; die darin angegebenen Stimmen werden bei Feststellung des Resultats nicht berücksichtigt.

2. Besondere Bestimmungen für Wahlabteilungen, die aus mehreren Sektionen zusammengesetzt sind.

§ 9. Jede Sektion hat das Recht, einen oder mehrere Kandidaten aufzustellen. Es ist aber auch zulässig, daß sich alle Sektionen einer Wahlabteilung auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen.

§ 10. Die Zusammenstellung des Wahlergebnisses geschieht durch den Verbandsvorstand.

§ 11. Etwa notwendig werdende Stichwahlen werden in Nr. 50 des „Grundstein“ am 14. Dezember 1907 ausgeschrieben.

§ 12. Die Stichwahlen sind vom Tage der Ausschreibung bis zum 22. Dezember 1907 vorzunehmen. Die Wahlprotokolle über die Stichwahlen (siehe § 8) müssen bis zum 24. Dezember dem Verbandsvorstand zugefandt sein.

Verbandskalender sind noch etwa 1500 Stück auf Lager. Zweigvereine, die noch nicht bestellt haben, wollen nunmehr das Verzeichnis nachholen.

Sterberegeln darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgeschrieben werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes
- die Sterberegeln.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 4. bis 9. November für folgende Mitglieder erteilt:

Julius Krause-Berlin, Verb.-Nr. 6461; Otto Seier-Duerfurt, 95 886; Fritz Koburg-Schwandau, 101 535; Ernst Kulte-Hamburg, 201 121; Otto Deilmeyer-Hannover (Frau), 31 116; Carl Konwiarz-Hamburg (Frau), 28 099; S. Schenckmeier-Hannover, 31 504; Otto Magnus-München (Frau), 97 200; Aug. Heering-Eisenach (Frau), 66 381; Karl Kestler-Eisenach, 112 254; Georg Mandel-Mannheim (295 019); Fr. Deobald-Mannheim, 318 120; Valent. Morz-Gelsenheim, 282 606; Joh. Möller-Hamburg, 115 928; Joh. Dreier-Hamburg, 27 255; Joh. Wegold-Berlin, 6729; D. Gamm-Mannheim, 295 749; Ed. Walther-Altenburg (Frau), 50 445; Karl Wänter-Berlin (Frau), 1484; Karl Zyma-Berlin (Frau), 51 819; Karl Scharf-Gera, 71 543.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Wesenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 5. November bis 10. November 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Wolfsberg M. 377,24, Trebnitz 279,04, Stremmen 277,24, Randsbüt 270, Brühl 264,72, Wände 194,87, Golsen 181,28,

Gerichte.
Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Verkur. Die Section der Püher hielt am 3. November eine Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung ehrte in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Kollegen Karl Grieben. Vom Kassierer Lehnig wurden die Namen der neu aufgenommenen und von anderen Zweigvereinen übergetretenen Kollegen vorgelesen; von der Verlesung der Namen der wegen Schulden gestrichlenen Kollegen wurde Abstand genommen. Nun gab der Kassierer Lehnig die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Zweigvereinsliste schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von M. 140 118,80 ab. Die Kassafasse hatte, einschließlich M. 91 943,31 Bestand vom zweiten Quartal, eine Einnahme von M. 97 958,71 und eine Ausgabe von M. 18 387,58; Bestand M. 81 621,13. Da durch den 17möglichen Streik und die große Ueberlastung des Kassierers ein Mantel von M. 101,80 entfallen ist, so sollten die Revisoren den Antrag, den Betrag von bez. Kassafasse aufzuschreiben; die Versammlung beschloß einstimmig demgemäß. Hierauf gab der Kassierer Lehnig die Abrechnung vom Streik, die mit einer Bilanzsumme von M. 167 294,50 abschließt. (Aus dieser Summe haben bürgerliche Blätter M. 1 672 948 gemacht. Die Red.) Für Streikunterstützung wurden M. 148 725,80 ausgezahlt. Davon brachten unsere Kollegen M. 146 617,95 durch Ertragsbeiträge auf, mithin kamen aus der Hauptkasse M. 32 206,45. Aus der Kassafasse wurde gezahlt an Mieteaufschuß, Druckkosten und Streikleitung in Summa M. 18 470,10. An der Bewegung waren beteiligt 2581 organisierte Kollegen, davon waren 2459 verheiratet, die 3801 Kinder hatten, und 112 Kollegen waren ledig. Insgesamt kamen 59 042 Streittage in Betracht. Streibrecher wurden 43 organisierte Kollegen, unorganisierte Püher als Streibrecher wurden insgesamt 242 angetroffen. Infolgend hieran wurde noch die Abrechnung vom Stiftungsfest gegeben, die eine Einnahme von M. 485,25 und eine Ausgabe von M. 488,50, mithin ein Defizit von M. 23,25 aufwies. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluß 2290, darunter 50 Ehrenmitglieder, elf Ausländer, ein Italiener und zehn Böhmern. Auf Antrag der Revisoren, die Belege und Bücher in bester Ordnung befunden hatten, wurde dem Kassierer sowie dem Vorstand einstimmig Decharge erteilt. Der Sectionsleiter, Ernst Schulte, beschwätzte dann die Situation während des Streiks. Er wies auf das solidarische Verhalten unserer Kollegen hin, wodurch die Unternehmer gezwungen waren, die Forderungen der Bauarbeiter anzuerkennen.

Anmerkung der Redaktion. Von den Schriftführer einer so alten Organisation, wie es die Section der Buber ist, hätte man füglich erwarten dürfen, daß er der unerlässlichen Forderung, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben, nachkommen würde. Leider hatten wir uns geirrt und seufzen mußten wir ausrufen: „Wenn das geschieht am grünen Holz, was will am dünnen werden.“ Offenbar bessert sich der Schriftführer, sonst — Papierford.

Cöln. „Schwerste Strafe demjenigen, der einen Arbeitswilligen an freiwilliger Arbeit hindert“, so lautete ebenfamtlich ein Ausrufpruch des deutschen Kaisers, den er im Jahre 1897 zu Viefelslag tat. Zum folgte im Jahre 1899 die Buchdruckvorlage, die im November deffelben Jahres dem Papierforb des Deutlichen Meistlagfes überfietert wurde. Aber obwohl diefer Gefekentwurf verdammt, hat die organifizierte Arbeiterfchaft Deutflands gerade von diefem Zeitpunkt an manchmal den Geift der damaligen Buchdruckvorlage empfunden. Hunderte von Fällen find bekannt, wo die eintreffigen Paragraphen diefer Vorlage funkenmäßig auf die Arbeiterfchaft angewendet wurden, während das Unternehmertum Ghalten und wollen konnte, wie es ihm beliebte. Hunderttaufende von braven Arbeitern wurden in den letzten Jahren durch das Ausrufungsfieber der Unternehmung an freiwilliger Arbeit gebunden, ohne daß fich ein Staatsanwalt darum gekümmert hätte. Aber in unzähligen Fällen wurden Arbeiter, die nur im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung handelten, bestraft. Heute wollen wir zeigen, wie die Unternehmer des Baugewerbes von Cöln und Umgegend verfuchen, Arbeiter an freiwilliger Arbeit zu hindern. In Delefeld wurden ihr Laufe diefes Sommers die Unternehmer von beorganisierten Maltern und Stükarbeitern erfucht, die in Wilhelm, Schleufach ufm. befiehenden Robin- und Arbeitfbedingungen für das Baugewerbe einzuführen. Die Kollegen haben es nicht daran gefehen laffen, auf freibleibendem Wege die Angelegenheit zu erledigen. Die Unternehmer aber liefen fich auf Unterhandlungen nicht ein. Es kam dann am 29. Juni zum Arbeits-einfteflung, die bis zum 1. September anhielt. Mit einem Unternehmern wurde im Sinne der Forderungen ein Vertrag abgefchliffen, während die übrigen ihre notwendigen zum Verbandsantritte der Arbeiter vertheilten, fertigmachten. Neue Arbeiter wurden nicht angefangen, folglich kam es zwifchen Arbeitern und Unternehmern aus meiften zu Streit.

n 1. August, zwei Tage,

beschlossen war, wurden vom Arbeitgeberverband von Köln schwarze Listen in die Welt hinausgeschickt. Ein solches Exemplar unterbreiten wir hiermit der Öffentlichkeit.

Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln
und Umgegend.

Cöln, den 1. August 1907.

Wir sehen Sie hiermit ergebenst davon in Kenntnis,
dass in Dellbrütz, Bezirk Cöln, die Maurer, Puger und
Ganblanger in den Streik getreten sind und erklunden wir
Sie deshalb (wied. heitliches Deutschl. D. Neb.), streng
darauf zu achten, dass kein Arbeiter aus dem Streitegebiet
bei Ihnen eingestellt wird, oder, wenn solches bereits ge-
schehen sein sollte, den Betreffenden sofort wieder zu en-
tlassen.

Godachungsboll

Joh. Thiemann, erster Vorsitzender.

Verband *N* 81 021,13. Da durch den 17wöchigen Streit und die große Ueberlastung des Kassierers ein Manko von *N* 101,80 entstanden ist, so stellen die Revisoren den Antrag, den Betrag von den Kassafasse abzuschreiben; die Versammlung beschloß einstimmig demgemäß. Hierauf gab der Kassierer Gehnke die Abrechnung vom Streit, die

mit einer Bilanzsumme von $\text{M} 167\,294,50$ abschließt (Aus dieser Summe haben bürgerliche Blätter $\text{M} 1\,672\,945$ gemacht. Die Red.) Für Streifenunterstützung wurden

M 148 725,80 ausgezahlt. Davon brachten unsere Kollegen
M 116 617,95 durch Extrabeiträge auf, mithin-famen aus
der Hauptkasse M 32 208,45. Aus der Nebenkasse wurde

gezahlt an Mietzuschuß, Drucksachen und Streifleitung
in Summa $\text{M } 18\,470,10$. An der Bewegung waren beteiligt

2581 organisierte Kollegen, davon waren 2459 verheiratet, die 3801 Kinder hatten, und 112 Kollegen waren ledig. Insgesamt kamen 59 042 Streiktage in Betracht. Streikbrecher wurden 48 organisierte Kollegen, unorganisierte Arbeiter 13 Streiktagen weniger in insgesamt 619 Streiktagen.

hundert als Stützträger wurden insgesamt 222 angetroffen. Anschließend hieran wurde noch die Abrechnung vom Stiftungsfest gegeben, die eine Einnahme von M 465,25 und eine Ausgabe von M 488,50, mithin ein Defizit von M 23,25 aufwies. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalschluss 2290, darunter 50 Ehrenmitglieder, 15

Ausländer, ein Italiener und zehn Böhmen. Auf Antrag der Revisoren, die Belege und Bücher in bester Ordnung

entschieden dachte, wurde denn schließlich der Tod vorankündigend einmühtig begehrt. Der Sektionsleiter, Ernst Schulte, beleuchtete dann die Situation während des Streiks. Er wies auf das solidarische Verhalten unserer Kollegen hin, wodurch die Unternehmer gezwungen waren, die Forderungen der Bauarbeiter anzunehmen.

Anmerkung der Redaktion. Von dem Schriftführer einer so alten Organisation, wie es die Section der Ruher ist, hätte man füglich erwarten dürfen, daß er der unerlässlichen Forderung, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben, nachkommen würde. Leider hatten wir uns geirrt und zeugend mühten wir ausrufen: „Wenn das geschieht am grünen Holz, — was will am dürren

werden.“ Hoffentlich bessert sich der Schriftführer, sonst — Papierford.

Cöln. „Schwerste Strafe demjenigen, der einen Arbeitswilligen an freiwilliger Arbeit hindert“, so lautete Bes.

knapplich ein Widerspruch des deutschen Kaisers, den er im Jahre 1897 zu Bielefeld tat. Ihm folgte im Jahre 1899 die Buchdruckvorlage, die im November desselben Jahres dem Papstwerk des Deutschen Reichstages überliefert wurde. Aber obwohl dieser Gesandtschaft verschwand, hat die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands gerade von diesem Zeitpunkt an manchmal den Geist der damaligen Buchdruck-

vorlage empfunden. Hunderte von Fällen sind bekannt, wo die einstigen Paragraphen dieser Vorlage sinngemäß auf die Arbeiterschaft angewendet wurden, während das Unternehmertum schalten und walten konnte, wie es ihm beliebte. Hunderttausende von braven Arbeitern wurden in den

tehen Zahlen durch das Ausbreitungsfieber der Unternehmern an freiwilliger Arbeit gehindert, ohne daß sich ein Staatsanwalt darum gekümmert hätte. Aber in unglücklichen Fällen wurden Arbeiter, die nur im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung handelten, bestraft. Heute wollen wir zeigen, wie die Unternehmer des Baugewerbes von Göttingen und Umgebung versuchen, Arbeiter an freiwilliger Arbeit zu hindern. In Delbück wurden im Laufe dieses Som-

mers die Interessierten von den organisierten Maurern und Hilfsarbeitern erfucht, die in Mülheim, Schlebusch usw. bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe einzuführen. Die Kollegen haben es nicht daran fehlen lassen, auf friedlichem Wege die Angelegenheit zu er-

ledigen. Die Unternehmer aber ließen sich auf Unterhandlungen nicht ein. Es kam dann am 29. Juli zur Arbeits-einstellung, die bis zum 24. September anhielt. Mit einem Unternehmer wurde im Sinne der Forderungen ein Vertrag abgeschlossen, während die übrigen ihre notwendigsten Arbeitsbedingungen während der Zeit ihres Streiks durchzusetzen suchten.

Bereits am 1. August, zwei Tage, nachdem der Streik

Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln und Umgegend.

Coln, den 1. August 1907.
An unsere Mitglieder!
Wir setzen Sie hiermit ergebenst davon in Kenntniss,
dass in Dellbrück, Bezirk. Coln, die Maurer, Puger und
Goldschmied in den Streik getreten sind und erlichen wir

Sie deshalb (welch herrliches Deutsch! D. Red.), streng
darauf zu achten, daß kein Arbeiter aus dem Streitgebietern
der Jöhnen eingestellt wird, oder, wenn solches bereits ge-
schehen sein sollte, den Betreffenden sofort wieder zu ent-
lassen.

Hochachtungsvoll
Joh. Thiemann, erster Vorsitzender.

Es folgen dann 32 Namen der Maurer, Ruher und Handwerker von Dellbrück und Umgebung. Nun wissen wir ja, daß es zum eifrigen Bestand der Baugewerkschaften gehört, streitende Arbeiter durch schwarze Listen gefügig zu machen, obwohl es, vom ethischen Standpunkt aus betrachtet, kein vornehmer Mittel ist. Aber als unerföhrlich muß man es bezeichnen, daß die schwarzen Listen noch heute, nachdem der Kampf seit fünf Wochen beendet ist, gehandhabt werden. Noch heute läßt man es den Bauarbeitern von Dellbrück und Umgebung verdröhen, daß sie es verdröhen haben, die Lebenslage für sich und ihre Familie etwas zu verbessern. Noch heute wird keiner der Arbeiter, die sich an der Bewegung beteiligt haben, eingestuft. Glaubt etwa die Herren vom Bauarbeiterverband, namentlich die Strauer von Dellbrück, damit etwas zu erreichen? O nein! Das Gegenteil wird eintreffen; dafür soll gefordert werden. Es zeugt übrigens aber auch von keiner großen Menschlichkeit, deren sich die Unternehmer häufig rühmen (siehe „Arbeiterbewegung“). Die Bauarbeiter von Götin und Umgebung werden dies zu würdigen wissen. Den Dellbrücker Kollegen aber rufen wir zu: Götin nicht nur fest an dem, was ihr habt, sondern sorgt dafür, daß es noch bedeutend verbessert wird. Stürzt vor allen Dingen die Organisation, denn sie allein ist nur im Stande, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Am 3. November hielt der hiesige Zweigverein seine Quartalsversammlung ab. Sie sollte bereits 14 Tage früher stattfinden, mußte aber wegen anderer Versammlungen bis zu diesem Zeitpunkt verschoben werden. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Kreibitz gab, teilen wir mit, daß eine Kohnbewegung im dritten Quartal geführt wurde und zwar in Dellbrück, über die wir schon berichtet haben. Mit einem Unternehmer wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach bis zum 1. März 1908 58 % und von da bis 1. Mai 1908 60 % bei neunmonatlichlängender Arbeitszeit bezahlt werden sollte. Wegen Streitigkeiten über das Vertragsverhältnis mußte esmal vorgegangen werden, wobei es in allen Fällen gelang, die Angelegenheit im Sinne des Vertrages zu regeln. Ferner haben zwei Sitzungen der Schlichtungskommission für das Plattenlegergewerbe und zwar eine im Juli und die andere im September stattgefunden. In der ersten handelte es sich speziell um die Geschäfte Klummann und Klotz, wo die vertraglichen Bestimmungen des Tarifs bezüglich des Materials und der Abrechnungen über die einzelnen Arbeiten nicht eingehalten wurden. Auch hier wurden die Unternehmer verpflichtet, die vertraglichen Bestimmungen einzuhalten. Trotzdem wird es nach wie vor Aufgabe unserer Kollegen im Plattenlegergewerbe sein, auf alles ein wachsame Auge zu haben; denn wenn irgendwo die tariflichen Bestimmungen über Bord geworfen werden, so von den Plattenfirmen in Götin. Dieses wäre aber nicht möglich, wenn die Kollegen den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung mehr Interesse entgegenbrächten und nicht die übliche Ungehörigkeit hätten, sich fortwährend in endlosen Debatten zu ergeben, wodurch der Kernpunkt der Arbeit meistens ganz beiseite gelassen wird. In einem anderen Falle handelte es sich um das Geschäft Rosenfeld & Sohn, wo die vertragliche Arbeitszeit von 8½ Stunden nicht eingehalten wurde. Die Firma bezog ihre Vertreter verpflichtet, die Arbeitszeit genau nach dem Tarif einzuhalten; trotzdem wird es auch hier in Zukunft Aufgabe der Organisation, namentlich der Plattenleger, sein müssen, darauf zu achten, daß nicht wieder aus der Reihe getanzi wird, denn auf eine Unternehmerrückmeldung kann man heute wachsam nicht mehr viel geben. In einer Sitzung der Schlichtungskommission für das Baugewerbe, die erst kürzlich stattfand, ist beschlossen worden, daß die bisherige Zusammenfassung: sieben Vertreter von der freien (vier Maurer und drei Hilfsarbeiter) und zwei von der geschlossenen Organisation, bestehen bleiben soll. An Versammlungen haben im Quartal stattgefunden: 22 öffentliche, 73 Mitglieder- und eine Generalversammlung. Sitzungen haben stattgefunden 75, Geschäfts- und Bauberechtigungen 9 und Bauberechtigungen 4. Den Kassenbericht, der der Versammlung auch im Druck vorlag, gab der Kollege Wähm. Demselben ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahme M 28 993,26 betrug, dem eine Ausgabe für die Hauptkassette von M 17 880,56 gegenübersteht. Die Lokalfasse hatte eine Ausgabe von M 6700,09, so daß ein Bestand der Lokalfasse von M 4912,61 vorhanden ist. Das gesamte Guthaben des Zweigvereins beträgt am Schluß des dritten Quartals M 9882,08. Bezüglich der Extrabeiträge wurde mitgeteilt, daß man sich mit der Bezahlung derselben wohl abgefunden haben hätte, aber der vom Verbandsvorstand festgesetzte Termin sei leider von der Mehrzahl der Kollegen nicht beachtet worden, sonst hätte die Einnahme vom dritten Quartal bedeutend höher sein müssen. Pflicht aller Kollegen ist es nun aber, dafür zu sorgen, daß mit Ablauf des Beitragsjahres alle rückstehenden Extrabeiträge beglichen sind. In der darauffolgenden Diskussion wurde von sämtlichen Rednern die Notwendigkeit der Extrabeiträge noch einmal beleuchtet und die Kollegen aufgefordert, dementsprechend zu handeln. Ferner wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt. Des weiteren wurde eine Veränderung des bisherigen Zweigvereinsregulativs vorgenommen und beschlossen, daß es am 1. Januar 1908 in Kraft treten soll.

Erläuterung. Hier tagte am 5. November eine Mitgliederversammlung, die leider nicht sehr stark besucht war; von 170 Mitgliedern hatten es nur 40 der Mühe wert gehalten, zu erscheinen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfuhr der Vorsitzende, die Kollegen, sich zu Ehren des verstorbenen Kollegen Sans Gerg von ihren Plätzen zu erheben. Hierauf verlas Kollege Wähm die Quartalsabrechnung. Sie hatte eine Einnahme für die Hauptkassette von M 785. Hieron sind abgezinst M 538,80, an Extrabeiträgen sind M 649,90 abgezinst. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von M 848,11 und eine Ausgabe von M 147,11, Bestand M 201. Davon sind M 160 per Kasse belegt. Hierauf ernannte der Kollege Pöcker die Kollegen, die der politischen Partei anzuschließen, denn von 400 organisierten Arbeitern gehörten nur 33 der Partei an. Dann wurden noch die Mitglieder auf den Bauten kritisiert, besonders kam der Bau des Unternehmers Riesenbach zur Sprache. Es wurde konstatiert, daß hier die Baubede nicht heizbar ist; dann sollte beschlossen werden, eine Bautenkontrolle vorzunehmen, aber die Kollegen hatten

nicht den Mut, diese auszuführen. Auf Antrag des Kollegen Wähm wurde beschlossen, Fragebogen schicken zu lassen, die dann auf jedem Bau gewissenhaft auszufüllen sind; die Mithände sollen dann im „Grundstein“ und im „Hallenischen Volksblatt“ veröffentlicht werden.

Guben. Der hiesige Zweigverein hielt am 6. November seine Mitgliederversammlung ab, die leider nicht sehr besucht war. Zunächst erfuhr der Kassierer den Kassenbericht vom dritten Quartal. Auf Antrag der Revisoren, die die Kasse geprüft und für richtig befunden hatten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung: Vorstandswahl. Da sich der gesamte Vorstand die Zufriedenheit und das volle Vertrauen sämtlicher Kollegen erworben hatte, so wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Da unser Zweigvereinsgebiet sehr groß ist und 83 Dörfer umfaßt, so gibt es Arbeit in Fülle. Es wäre zu wünschen, daß der Vorstand von den Kollegen in den Agitationsarbeiten kräftig unterstützt würde. Doch leider wird der Vorstand in dieser Sache sehr wenig unterstützt. Unter „Verchiedenes“ mußte von dem Vorsitzenden bekanntgegeben werden, daß sich von den vielen Kollegen, die im Herbst ihre Prüfung abgelegt haben, erst acht haben aufnehmen lassen. Der Vorsitzende erinnerte die Kollegen, doch dafür zu sorgen, daß auch diese jungen Leute Mitglieder werden. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Versammlungen besser besucht werden möchten. Ferner wurde die Abrechnung vom jährlichen Stiftungsfest vorgelesen. Sie hatte eine Einnahme von M 98,75 und eine Ausgabe von M 122,50, somit war ein geringes Defizit von M 23,75 vorhanden. Ermahnt wurden verschiedene Kollegen an ihre Straßengelder wegen veräußerter Grabsteine. Recht traurig ist es, daß sich manche Kollegen noch nicht daran gewöhnen können, ihnen ihrer verstorbenen Kameraden die Ehre des letzten Geleits zu erweisen. Die Wahl eines Unterassistenten konnte nicht vorgenommen werden, weil sich kein Kollege dazu bereit erklärte.

Sagen i. W. In der Sonntag, den 27. Oktober, abgehaltenen Generalversammlung, in der auch die Vorstände von den Zählstellen vertreten waren, verlas der Kassierer zunächst die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkassette betrug M 7800. Davon wurden M 5888,48 an die Hauptkassette abgezinst und M 1911,52 am Orte vorausgezinst. Die Einnahme der Lokalfasse betrug M 874,42, die Ausgabe M 2864,76, der Kassenbestand betrug M 509,66. Mitglieder hatten wir am Schluß des dritten Quartals rund 800, gegen 910 am Schluß des zweiten Quartals. Der Rückgang von circa 100 Mitgliedern ist auf das Konto der zunehmenden Kräfte zu setzen. 45 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen wurden abgehalten. Zu erwähnen ist noch, daß über neun Unternehmern die Sperre verhängt werden mußte, weil sie sich weigerten, die gestrichelten Arbeitszeiten einzuhalten. Bei vier Unternehmern gelang es, den Tarif durchzuführen, während bei den übrigen fünf nichts erreicht wurde, da sie genügend Streikbrecher bekamen. Die Sperren wurden durch Versammlungsbeschlüsse aufgehoben. Ferner wurde beschlossen, daß vom 1. Dezember bis zum 1. März jeder Kollege im ganzen Zweigvereinsgebiete wöchentlich eine Lokalfondsmappe à 10 % zu flehen hat. Wir erfordern die Zählstellenvorstände, in ihren nächsten Versammlungen diesen Beschluß nochmals zur Beachtung zu bringen und weiter darauf hinzuwirken, daß die Extrabeiträge schleunigst bezahlt werden.

Serne-Neßlinghausen. (Quartalsbericht.) Die herrschende Spannung auf dem Geldmarkt hat sich auch hier recht fühlbar gemacht. Privatbauten wurden nur in beschränkter niedriger Zahl ausgeführt. Die Bautätigkeit beschränkte sich fast ausschließlich auf Koloniebauten für Pächter. Diese wurden allerdings in ziemlich erheblicher Zahl ausgeführt, doch konnte dadurch der Ausfall der Privatbautätigkeit nicht ersetzt werden. Es war demzufolge nur eine mittelmäßige Konjunktur vorhanden, die weit hinter der des vorigen Jahres zurückblieb. Wenn wir trotzdem unsere Mitgliederzahl vermehren konnten, so ist dies dem guten Teil der Tätigkeit unserer Kollegen in den einzelnen Zählstellen zuzuschreiben. Im dritten Quartal 1906 betrug die Mitgliederzahl 687; sie stieg im zweiten Quartal 1907 auf 710 und im dritten Quartal auf 801. Neuaufnahmen waren 104 zu verzeichnen, davon waren 32 Hebertritte vom christlichen Verband. Auch der Markenverkauf erfuhr eine Steigerung um circa 2000 Stück. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkassette betrug M 7198,65. Die Einnahme für die Lokalfasse betrug M 3885,61, die Ausgabe M 1680,52, so daß ein Kassenbestand von M 2005,09 verblieb, wovon M 1600 per Sparkasse belegt wurden. Differenzen auf den Bauten waren wiederum in größerer Zahl zu schließen. Zur Beseitigung der größeren davon waren 11 Schlichtungskommissionssitzungen notwendig, während die geringeren Differenzen durch Eingreifen unserer Angestellten erledigt wurden. Es gibt eben immer noch Unternehmern, die sich an die Einhaltung des Vertrages nicht gewöhnen können. Einer der kassierten Fälle sei hier mitgeteilt. Bei dem Unternehmer Dicksch in Serne arbeiteten auch ein paar unorganisierte Bauhülfsarbeiter. Die dort beschäftigten Eintragsarbeiter versuchten es eines Mittags, jene für die Organisation zu gewinnen. Hierbei kam es infolge des frechen Betragens des einen unorganisierten zum Streit. In dessen Verlauf ging dieser, der schon kurz vorher einem anderen Organisierten mit Fistschlag bedroht hatte, zum Unternehmer und forderte die Entlassung der Eintragsarbeiter mit der Bemerkung, sonst werde er gehen. Der Unternehmer Dicksch hatte nun nichts Gileres zu tun, als dem Verlangen des eblen Wäuen zu entsprechen, ohne die Beschuldigten auch nur vorher gehört zu haben. Da sich infolge dieses Vertragsbruches und dieser Verletzung der Gewerbeordnung unsere Kollegen weigerten, an Stelle der entlassenen Eintragsarbeiter die Steine zu reichen, so erklärte der Kollege, wer keine Steine reichen wolle, könne aufhören. Dies hatte zur Folge, daß sämtliche dort beschäftigten Kollegen aufhörten. Nun befaß der Unternehmer die eble Dreistigkeit, unsere Kollegen des Vertragsbruches zu beschuldigen und sich in diesem Sinne an den Arbeitgeberbund und das Einigungsamt zu wenden und Beschwerde zu erheben. Auch ließ der Herr in seiner Beschwerde durchblicken, der Zentralverband habe über sein Geschäft die Sperre ver-

hängt. Die Schlichtungskommission Serne, die sich mit der Beschwerde zu befassen hatte, stellte jedoch zweifelhaft fest, daß die letztere Unschuldigung vollständig haltlos sei, was auch im Protokoll niedergelegt wurde. Aber auch betriebs der Entlassung der Eintragsarbeiter wurde festgestellt, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Der Unternehmer wurde demgemäß verurteilt, an zwei der Entlassenen einen Wochenlohn als Entschädigung zu zahlen. Betreffs des dritten Entlassenen konnte eine Einigung nicht erzielt werden; diese Angelegenheit wurde dem Einigungsamt überwiesen. Nun kommt jedoch das Schöne. Der Unternehmer weigerte sich nämlich, den beiden Eintragsarbeitern die Entschädigung zu zahlen! So beachtet ein Unternehmer die Beschlüsse der von ihm mitgeschaffenen Institution. Dieser Unternehmer scheint überhaupt eine eigenartige Auffassung vom Vertrage zu haben. Als an einem seiner anderen Bauten durch seine Schuld die vertraglich festgesetzte Lohnabrechnung nicht zur rechten Zeit erfolgte und die Kollegen infolgedessen von dem Recht des § 124 Ziffer 4 der R.-G.-O. Gebrauch machten, beschuldigte der Herr in einem Schreiben an unseren Kassierer, Kollegen hätten die Kollegen des Vertragsbruches. In Betracht kamen Kollegen beider Organisationen.

Königsberg. Die „Einigkeit“ bringt in Nr. 44 folgenden Versammlungsbericht der Freien Vereinigung der Maurer aus Königsberg:

„Dann wurde bekannt gemacht, daß Krieße die Einigungsverhandlungen mißbraucht. Er geht auf Bauten, wo Mitglieder der Freien Vereinigung arbeiten, und erzählt, die Einigung sei jetzt zu Stande gekommen, die Mitglieder mögen nur so schnell wie möglich in den Zentralverband eintreten, jetzt haben sie es noch umsonst, später müssen sie alles nachzahlen. In seiner Unkonstanz geht er noch weiter. Er erzählt, daß ältere Kollegen, wie Peter, Grafmann, Kämmerer usw., schon übergetreten wären. Wie Krieße für seine Mitglieder sorgt, sei hier noch bemerkt. Er schickt Maurer nach kleinen Städten, wo die Anstößigen selbst keine Arbeit finden. In einer Versammlung, die Krieße heimlich in Braunsberg abhielt, erklärte er Königsberger organisierte Maurer, die dort ein Hotel pumpten — es waren zwei Mitglieder der Freien Vereinigung und ein Zentralverbänder — als Christliche und verlangte, die Braunsberger müßten die nur ordentlich stamm nehmen. Wir weisen aber solche schmutzigen Mittel als für die Arbeiterbewegung schädlich zurück. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß Kollege Werlich als Kartelldelegierter amtsmüde geworden und Kollege Griebis an seiner Stelle gewählt werden mußte.“

Es wäre doch besser, wenn man, ehe man solche faulstidigen Lügen in die Welt setzt, sich erst über die Sachen etwas genauer unterrichtet und es auch sonst mit der Wahrheit etwas genauer nehmen wollte. Allerdings habe ich es immer für meine Pflicht gehalten, dahin zu arbeiten, daß sich auch die Mitglieder der Freien Vereinigung unserem Verbande anschließen; es ist dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen unbedingt notwendig; daß ich jedoch solch einen Widsinn zusammengerebert hätte, wie in dem Bericht behauptet wird, glaube ich der Berichtstatter wohl selbst nicht. Ich habe eine Ursache, störend in die Einigungsverhandlungen einzugreifen. Wahr ist an der ganzen Geschichte, daß ich einigen Kollegen gegenüber meine Freude darüber ausgesprochen, daß selbst Kollegen, wie Grafmann und Kämmerer, nicht mehr gegen die Einigung sind. Ich muß also schon den Berichtstatter dringend erfordern, für seine Behauptungen den Wahrheitsbeweis in der Weise zu bringen, daß er Kollegen angibt, zu denen ich derartiges gesagt haben soll. Daß ich Kollegen nach Orten geschickt habe, wo die ansässigen keine Arbeit hatten, trifft — trotzdem ich in diesem Jahre recht viele nach anderen Orten geschickt habe — auch nicht zu. Vielmehr lag die Geschichte an einigen Orten so, daß wohl Arbeitslosigkeit vorhanden war, die Kollegen aber kein Logis erhielten. Auf die Gründe, warum sie das nicht erhielten, will ich hier nicht näher eingehen. Nun zu der Versammlung in Braunsberg. Geheim war sie nicht — für den Staatsanwalt gibt es also nichts, falls dies etwa der Zweck des Berichts gewesen sein sollte. Mit keinem Wort wird hier auf diese Kollegen zu sprechen gekommen. Vielleicht kommt hier der Berichtstatter auch mit seinem Gewissensmann; denn ich habe keine Lust, mich in dieser Art und Weise angreifen zu lassen.

F. Krieße.

Landberg a. d. W. Am 27. Oktober tagte hier eine ziemlich gut besuchte Versammlung. Zunächst verlas der Kassierer R. Schönrock die Abrechnung vom dritten Quartal. An die Hauptkassette wurden M 1855,40 abgezinst. Der Lokalfassenbestand betrug M 368,81. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Quartals 813. Neu eingetretene sind vier Mitglieder. Darauf gab der Vorsitzende bekannt, daß die Entlassung der Extrabeiträge in unserem Zweigvereinsgebiet glatt von Kassen gegangen sei; nicht ein Kollege hat sich geschaut, diese zu begahlen, keiner ist im Rückstand geblieben. Es wurden 163 Marken à 30 % und 2684 Marken à 40 % verkauft. So mit betrug die Einnahme an Extrabeiträgen M 1122,50 die der Hauptkassette zugegangen sind. An Extrabeiträgen kamen 177 in Anwendung. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden und von der Versammlung genehmigt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde die beiden Kollegen P. Fritz und P. Wölter, die sich freiwillig zu einer am 29. Oktober auszuführenden Bautenkontrolle meldeten, einstimmig bestätigt. In „Gewerkschaftliches“ ergriff der Vorsitzende das Wort, um anzuführen, daß wir mit der Einkassierung der Extrabeiträge respektive mit der Opfermühseligkeit wohl zufrieden sein könnten, aber ein großer Teil der Kollegen beteiligte sich nicht so an den Arbeiten und Aufgaben der Organisation, wie sie eigentlich sollten. Nachdem er so die Kollegen nochmals ernstlich an ihre Pflichten der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung gegenüber erinnerte hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 30. Oktober tagte dann die öffentliche Versammlung, in der Kollege W. Fritz aus Berlin über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“ referierte. In seinem über zwei Stunden währenden, gut verständlichen Vortrage legte er den Kollegen klar, welche gewaltigen Kämpfe sich auf wirtschaftlichem Gebiet in letzter

Zeit abgepielt haben. Besonders gedachte er des Kampfes in Berlin, der 18 Wochen gedauert hat. In der Hand einer Statistik zeigte er, wie die Löhne seit 1890, also seit Bestehen des Verbandes, gestiegen seien, und wies darauf hin, daß sich bald eine Krise auf dem Weltmarkt bemerkbar machen würde, die das Baugewerbe am schwersten treffen würde. Am Schluß erntete der Referent reichen Beifall. Leider war diese Versammlung nicht gut besucht, obgleich sie jedem Kollegen bekannt war.

Karlsruhe. Am 2. November tagte unsere Monatsversammlung, die ziemlich gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben unseres Kollegen Herrn. Quante durch Erheben von den Siben geehrt. Sodann wurde die Abrechnung vom dritten Quartal verlesen und für richtig befunden. Hierauf hielt Kollege Barmhof einen anerkennenswerten Vortrag über: „Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, und der Arbeitgeberverbände“, der von den Kollegen aufmerksam entgegengekommen wurde. Es wurden ferner die wahlberechtigten Kollegen aufgefordert, sich vollständig an der bevorstehenden Landtagswahl zu beteiligen und nur den vom hiesigen sozialdemokratischen Wahlverein aufgestellten Wahlmännern ihre Stimme zu geben. Die Wählerliste ist von dem Vorsitzenden und Kollegen Kassebrand durchgesehen worden; es sind familiäre Kollegen, die das 25. Lebensjahr erreicht haben, eingetragen. Es wurden ferner die Kollegen, die bürgerliche Blätter lesen, ermahnt, diese aus ihren Wohnungen zu entfernen und dafür den „Braunschweiger Volksfreund“ zu abonnieren. Wegen Schulden wurde der Kollege Wilh. Kollwage gestrichen.

Mühlhausen i. Elsaß. Wie notwendig es ist, daß sich alle Arbeiter ihrer einschlägigen Organisation anschließen, erschien hier in Mühlhausen nach dem Tarifabschluß. In diesem Vertrage ist der Lohn für Maurer und Bauhilfsarbeiter, Erdarbeiter usw. geregelt. Trotzdem nun in dem Vertrage genau festgelegt ist, mit dem ein geringerer Lohn vereinbart werden darf, daß doch eine ganze Reihe Unternehmer versucht, auch mit den tüchtigsten, in den besten Jahren stehenden Maurern, anderes zu vereinbaren, als festgelegt ist. Diese Herren wollen durchaus nicht verstehen, wie die Bestimmungen des Vertrages gemeint sind, obwohl mit einer Kommission unterhandelt wurde. Mit diesen ihren falschen Auslegungen haben sie es auch verstanden, das hiesige Gewerbegebiet zu verwirren. Denn das Gewerbegebiet erkundigte sich bei der Schlichtungskommission, was mit den Begriffen oder Bezeichnungen: Maurer, Hilfsarbeiter am Hochbau, Hilfsarbeiter und Bauhilfsarbeiter zu verstehen sei; wann und bei welchem Alter für den Maurer das Gesellenjahr beginnt; ob unter der Bezeichnung „Maurer“ ein gelernter Maurer zu verstehen sei; ob sich insbesondere der als „Maurer“ zu entlohnende Arbeiter der Gesellenprüfung, wie sie durch die Gewerbeordnung vorgeschrieben ist, unterzogen bezw. dieselbe bestanden haben müsse und sich durch Legitimationspapiere hierüber ausweisen können; ob andernfalls eine bestimmte Zeit bei einem Maurermeister vorgeschrieben sei, oder ob der Handlanger einfach zum Maurer aufsteige. Dann wollte es Klarheit haben, ob der Hilfsarbeiter am Hochbau nicht Hilfsmaurer, d. h. nicht voll ausgebildeter bezw. ein nicht gelernter Maurer oder ob er ein sogenannter Mörtelträger, Mörtelbearbeiter, Steinabläder sei. Eine andere Frage lautete: Oben die Kontrollpflichtigen bei Abschluß des Tarifvertrages für die Bewilligung der im Artikel 3 vorgesehenen Lohnsätze, wie dies in den meisten Tarifverträgen vorkommt, eine Altersgrenze im Auge gefaßt, oder gar vereinbart, oder ist vereinbart worden, daß der jugendliche Arbeiter von z. B. 14 bis 15 Jahren denselben Lohn erhalten solle, als der im vollen Mannesalter stehende, kräftige und leistungsfähige Arbeiter: Maurer oder Handlanger? Bezieht sich die in Artikel 3 Absatz 3 vorgesehene freie Vereinbarung über die Höhe des Lohnes nur auf solche Arbeiter, die nicht oder noch nicht voll leistungsfähig sind? Bis wann ist die Höhe des Lohnes nach den niedrigeren Löhnen dem Arbeiter mitzuteilen? Welche Art von Arbeiter ist endlich unter der Bezeichnung „Gesellenhilfsarbeiter“ gemeint? — Für einen Fachmann, der es ehrlich meint, kann bei der Auslegung des Vertrages kein Zweifel entstehen. Die Bauunternehmer sind doch alle Fachleute, was sie bei jeder Gelegenheit so sehr betonen, und doch sind solche Fragen vom Gewerbegebiet noch notwendig, um Klarheit zu haben, damit die Wortklauberei bei den Terminen aufhört. Für die Kollegen ist dies aber eine ernste Mahnung, weichen sie sich zu versehen haben, wenn sie nicht immer auf der Hut sind oder gar Laune gegenüber der Organisation zeigen. Dann würden die Unternehmer sofort ihre Alleinherrschaft von neuem aufbauen und die Kaufkraft und Gleichgültigkeit müßten alle teuer bezahlen. Besonders müssen wir mit dem Beginn des Frühjahres, wenn die Kollegen wieder die traurige Zeit des Winters überstanden haben und eine Lohnerhöhung auf 55 % pro Stunde eintreten soll, geküßt sein. Erstens muß ein jeder Kollege dafür sorgen, daß sein Buch bis zum Schluß der Beitragszeit in Ordnung kommt und dann aber auch jede Versammlung besuchen. Wie bekannt, besteht in unseren Versammlungen kein Zwingzwang, es kann und muß deshalb ein jeder erscheinen. Die Versammlungen finden regelmäßig jeden zweiten Donnerstag, Abends 8 Uhr, bei Weingarten statt. Wer die letzte Versammlung besucht hat, der hat in dem Bericht der Baulegitimierten ebenfalls einen weiteren Ansporn zur eifrigen Arbeit gefunden; denn auf keiner Baustelle entsprechen die Zustände dem, was im Vertrage festgelegt worden ist. Es fehlen auf einer Reihe von Bauplätzen die Baubuden, und wo sie vorhanden sind, fehlt der Ofen. Gätten die Unternehmer und ihre Stellvertreter ein Herz für ihre Arbeiter, dann würden sie ohne viel Zögern Mithilfe schaffen, aber ein solches Gefühl kommt bei diesen Leuten nicht auf; denn es ginge ja an den Geldbeutel. Ihr aber, alle, die Ihr am Bau arbeitet, müßt hieran sehen, daß es keine Zeit ist, um auszurufen.

Dranenburg. Sonntag, den 27. Oktober, hielt der hiesige Zweigverein seine monatliche Mitgliederversammlung ab, die trotz der Anwesenheit eines Referenten schlecht

besucht war. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal. Bestand vom zweiten Quartal 104,51; an Extramärken wurden beinahe 100,80. Die Gesamteinnahme betrug 104,51; abgezinst an die Hauptkassier 650,15. An Krankenunterstützung wurde bezahlt 178,97. Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Dann hielt Kollege Hanke aus Berlin einen Vortrag über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen zu reger Agitation. Im gleichen Sinne sprach Kollege Winte aus Gernsdorf; er ermahnte die Kollegen, fleißiger die Versammlungen zu besuchen sowie unsere Fachzeitung und die Arbeiterpresse zu lesen, um besser informiert zu sein. Kollege Knack hat die Anwesenden, dafür zu sorgen, daß mehr zur Versammlung erscheinen, weil unser Vertrag am 1. April abläuft.

Bassau. Am 31. Oktober, Abends 8 Uhr, fand im „Seitlerstraße“ eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Böhmelsberg über: „Klassenkämpfe und Klassenverhältnisse“ referierte. Der Saal war dicht besetzt und die Anwesenden lauschten den Worten des Referenten, der die Kämpfe der Gewerkschaften von ihrem Anfang bis zur heutigen Zeit mit klaren Worten schilderte. Neben einer trefflichen Charakterisierung der gegnerischen Gewerkschaftsbewegung besprach er besonders die Schicksale und das Wirken der Maurerorganisationen. Die anderthalbstündigen Ausführungen Böhmelsbergs wurden mit großem Beifall aufgenommen; eine Diskussion fand nicht statt.

Begau. Am 27. Oktober tagte im Lokale zu Trauchstein eine öffentliche Maurerverammlung, in der unser Gauvorsitzende, Kollege Jakob, anwesend war. Er sollte über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter referieren. Der Vortrag mußte aber des schwachen Besuches halber ausfallen. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal, zu der Gauvorsitzende, Kollege Jakob, das Wort ergriff und es aus tiefster Bebauerte, daß unter jenen 1500 Kollegen nur vier Verbandstagsprotokolle verkauft worden waren. Dann führte er einige kleinere Zeitheften als Beispiel an, wo es besser sei, und forderte die Versammlung auf, eifriger für den Versammlungsbesuch zu agitieren. Weiter teilte der Kassierer mit, daß sich einige Kollegen weigern, den Extrabeitrag zu zahlen. Nach lebhafter Auseinandersetzung wurde beschlossen, gegen die Kollegen, die den Extrabeitrag nicht zahlen, den Ausschuß zu beantragen.

Bosen. Am 7. November fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Die Wahl eines Schriftführers fiel auf den Kollegen Michael Reimann. Sodann hielt Kollege W. Schulz einen Vortrag über: „Die Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906“. In der Hand von statistischen Zahlen zeigte er den Verfall der Bewegung in geschädigter Weise die Ausbreitung der Bewegung der anderen Arbeiterorganisationen. Schulz meinte, er führe die Zahlen an, um den Kollegen den Wert der Statistik zu zeigen; denn diese werde am meisten von den Kollegen vernachlässigt. Mit dem Resultat, wie es die Gegenüberstellungen beweisen, könnten wir zufrieden sein. Gehen wir weiter an die Arbeit für die gewerkschaftliche Berufsbewegung, dann werden wir die Widerläufer der Arbeiterbewegung im Trabe verlieren. Ferner behandelte Redner das kommende Reichstags- und Versammlungsrecht und meinte, daß wohl unter der heutigen Wucherpolitik des Herrn Bülow für die Arbeiterkraft wenig Brauchbares herauskommen werde. Die Abrechnung vom dritten Quartal ergab für die Hauptkasse eine Einnahme und Ausgabe von 11.927,10; darunter sind als Einnahmen 59,50 für Eintrittsgelder, 7093,30 für wöchentliche Beiträge, 4159,50 für Extrabeiträge, 12,50 sonstige Einnahmen. Abgezinst an die Hauptkasse sind 9273,22. Ferner wurden den Ausgaben für Streits 63,25, für Rechtschutz 14, für Inhabituierung 184,50, für Krankenunterstützung an 25 Mitglieder 453,40, für Ertretterunterstützung an zwei Mitglieder 95. Der Kassier wurden 1838,73 überwiesen. Die Kassier hatte im 1. 1755,42 Bestand, eine Gesamteinnahme von 8396,15 und eine Ausgabe von 1483,52. Kassienbestand 2452,63. Die Revisoren glänzten durch Abwesenheit, nur Kollege Reimann hatte sich entschuldigt.

Nibitz. Am 3. November tagte eine Versammlung unseres Zweigvereins. Kollege Girt verlas die Abrechnung vom 3. Quartal. Unser Zweigverein hatte am Schluß des Quartals 91 Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug 784,50, davon für die Hauptkasse 675,92, für die Kassier 108,58. Die Ausgabe der Kassier betrug 97,26, es verblieb ein Kassienbestand von 107,76. Kollege Kollentart stellte im Auftrage der Revisoren den Antrag, dem Kassierer Decharge zu erteilen; der Antrag wurde den 27 anwesenden Kollegen angenommen. Unter „Verschiedenes“ wies der Vorsitzende, Kollege Reimer, nochmals auf den Extrabeitrag hin und ermahnte die noch rückständigen Kollegen, in allerhöchster Zeit ihrer Pflicht nachzukommen. Er ersuchte die anwesenden Kollegen, auf den Bauten dafür Sorge zu tragen. Auch kritisierte es der Vorsitzende scharf, daß einige Kollegen gegen die Beschlüsse des Zweigvereins verstoßen hätten. Hierüber wurde diskutiert und folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt: Jeder Kollege, der dem Zweigverein Nibitz angehört, wird hierdurch bepflichtet, sich den Beschlüssen der Versammlungen zu fügen, andernfalls er im ersten Falle gewarnt und im wiederholten Falle ausgeschlossen wird.“ Auf Antrag des Kollegen Kollentart soll Kollege Schütt in Damgarten zu der am 17. November stattfindenden Vorstandssitzung schriftlich eingeladen werden, ebenso auch Kollege R. Wehrend in Damgarten zur nächsten Versammlung. Nach einem Hinweis des Vorsitzenden auf die Kämpfe des nächsten Jahres wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Muhrt. Der Zweigverein hielt am 3. November seine regelmäßige Generalversammlung ab, die mäßig gut besucht war. Bei der Neuwahl eines ersten Zweigvereinsvorsitzenden wurde Kollege J. Schneider mit 78 Stimmen gewählt. Aus dem Quartalsbericht, der vom Kollegen Behrend gegeben wurde, sei folgendes wiedergegeben: Neu

aufgenommen wurden im Laufe des dritten Quartals 122 Mitglieder, darunter 6 zum zweitenmal, vom dritten Verband übergetreten sind 10 Kollegen. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 10796 gegen 10084 im dritten Quartal 1906. Extrabeiträge wurden 4834 auf 50 % entrichtet. Die Gesamteinnahme (ohne Kassienbestand vom zweiten Quartal) betrug 8405. Hiervon wurden an die Hauptkasse abgezinst 6841,49; für die Hauptkasse wurden am Ort verausgabt 171,56. Die Kassierausgaben betrugen 1490,28. Die Summe der Ausgaben betrug demnach 8303,31, so daß ein Ueberschuß für die Kassierkasse von 1161,69 verbleibt. Hierzu kommt der Bestand der Kassierkasse vom zweiten Quartal in der Höhe von 8097,55. Am Schluß des dritten Quartals verblieb demnach ein Bestand von 4249,24. In Bezug auf die Zahlung der Extrabeiträge ist zu betonen, daß das Ergebnis nicht befriedigend ist. Es muß daher versucht werden, das Verfallende im vierten Quartal nachzuholen. Es wurden 37 Versammlungen, eine öffentliche und zwei Generalversammlungen im Laufe des Quartals abgehalten. Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Konjunktur vornehmlich im Ruhrort-Gamborn Bezirk seit dem Frühjahr immer mehr nachgelassen hat, so ist das Kassierergebnis für das dritte Quartal nicht als ungünstig zu bezeichnen. Auf jeden Fall ist es ein Beweis dafür, daß sich unsere Organisation immer mehr Boden vergrößert, indem die hiesigen Kollegen erkennen, daß ihre einzige Stütze und Hilfe im wirtschaftlichen Kampfe nur unsere Organisation sein kann. Der vom Kollegen Wische aus Hagen gestellte Vortrag über: „Die Krise und die Pläne des Unternehmens“, wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Es ist deshalb zu erwarten, daß sich alle unsere Kollegen ihrer Pflicht bewußt und gegebenenfalls bereit sind, den Kampf, wenn er von den Unternehmern im nächsten Jahr gemeldet und provoziert wird, aufzunehmen. Zum Schluß wurde ein schon länger bestehender Beschluß erneuert, wonach während der beitragsfreien Monate jedes Mitglied einen Kassienbeitrag von 10 % pro Woche zu zahlen hat.

Schütz. Der hiesige Zweigverein hielt am 26. Oktober eine öffentliche Versammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter“, worüber der Gauvorsitzende, Kollege Jakob aus Leipzig, referierte. Er erinnerte die Kollegen an die früheren Zustände und betonte, daß sich die Lage der Arbeiter nur durch die Organisation geändert habe. Er ersuchte die Kollegen, mit energischem Fleiße daran zu arbeiten, daß die Organisation immer mehr gehoben und ausgebaut werde. Die Arbeiterschaft müsse dadurch ausgerüstet werden, daß sie die Wirtschaft erkennen lerne. Die Arbeit müsse aus besser bezahlt werden. Das könnten wir aber nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation erreichen. Reicher Beifall lohnte den Redner. In der Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Referenten. In Punkt „Verschiedenes“ gab zunächst der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt, deren Wichtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Zum Schluß gab es noch eine lebhafte Debatte über die Einhaltung der Mittags- und Vesperpausen; bei Minderung der Stunden hatten schon einige Kollegen den Tarif gelehrt. Es wurde aber beschlossen, die Pausen regeltrecht einzuführen.

Schmalzkoben. Am 6. November hielt unser Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, zu der auch Kollege Schent aus Erfurt eingeladen und erschienen war. Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß die Kalender für 1908, eingetroffen und bei dem Kassierer Wilhelm zum Preise von 20 % zu haben sind; dieselben seien auch noch Protokolle vom 9. Verbandstag in Köln zum Preise von 20 % zu haben. Weiter wurden die Kollegen ermahnt, die vom Zweigverein angeschaffte Bibliothek besser in Gebrauch zu nehmen. Alsdann gab der Kassierer den Bericht vom 3. Quartal; die Einnahme für die Hauptkasse betrug 635, die Ausgabe der Kassier 86,50. Hierauf machte der Vorsitzende nochmals auf die Extramärken aufmerksam. Nun ergriff Kollege Schent-Erfurt das Wort. Er legte in einem anderthalbstündigen Referat die Lage im Baugewerbe klar und erläuterte den Zweck der Extrabeiträge. Zum Schluß ermahnte er die Kollegen, treu zusammenzuhängen und besser für die Organisation zu arbeiten, dann würden wir auch mit der Zeit bessere Zustände bekommen. Mit einem einstimmigen Bravo wurde dem Referenten Beifall gesendet. In „Verschiedenes“ führte Kollege Klein Klage über die Mithilfe in verschiedenen Geschäften; manchmal sei kein Abort und keine richtige Baubude vorhanden. Jetzt, wo der Winter vor der Tür stehe, müsse man in einer einfachen Bretterbude, wo Material lagert, der Wind durch jede Ritze pfeift, den Regen oder Schnee durch jeden Riegel dringt, seine Mithilfe einnehmen; hierin könnte nur Mithilfe geschaffen werden, wenn die Kollegen zusammenhielten.

Wittler. Am 2. November fand hier eine gemeinschaftliche Versammlung der Maurer und Zimmerer statt. Gegenstand der Beratung war die Ausperrung der Unternehmer Pruter und Dollin am Fabrikneubau der Lederfabrik. Anlaß hierzu gab folgendes. Die Unternehmer wollten das Anpflanzen an die Kollege, statt wie im Tarif vorgeschrieben, 1½ Stunden Mittags, auf dem Neubau der Lederfabrik nur eine Stunde Mittags zu machen. Als Grund dafür gaben sie an, daß die Arbeit dränge. Hiermit konnten sich die Kollegen nun nicht einverstanden erklären und beschlossen in einer am 30. Oktober abgehaltenen Versammlung, an der 1½stündigen Mittagspause strikte festzuhalten. Die Folge davon war nun, daß am 1. November sämtliche dort beschäftigten Maurer und Zimmerer entlassen wurden. Nachdem nun von dem Vertreter des Bauvorstandes darauf hingewiesen wurde, daß der Tarif in diesem Punkte keine präzise Fassung habe, ja sogar in Parenthese angefügt sei, daß in dringenden Fällen die Mittagspause um eine halbe Stunde verkürzt werden kann, beschloß die Versammlung, mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten. Die Unterhandlung fand am 3. November statt, zu welchem Tage dann auch Nachmittags wieder eine Versammlung einberufen wurde. Die Unternehmer vertraten nun den Standpunkt, daß ihnen laut Tarif das Recht zustehe, die Mittagspause um eine halbe Stunde zu verkürzen; sie würden aber

darauf hingewiesen, daß man sich hierüber mit den Vorständen beider Organisationen hätte verständigen müssen. Vereint hätte man nun, da es sich tatsächlich um dringende Arbeiten handelte, auf kurze Zeit an der Lederfabrik die im Sommer übliche Arbeitszeit, 9½ Stunden, zu arbeiten unter Beibehaltung der 1½stündigen Mittagspause. Esmüßte dort beschäftigt gewesen sein. Die Versammlung am 5. November die Arbeit wieder auf. Die Versammlung erklärte sich mit diesen Abmachungen einstimmig einverstanden.

Würzburg. Am 8. November fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins statt. Auf der Tagesordnung standen der Bericht über den derzeitigen Stand des Zweigvereins und der Winterbeitrag. Zum ersten Punkt berichtete Kollege Engelhard über den Entwicklungsgang der Organisation im letzten Halbjahr. Das zweite Quartal hat mit 418 vollzahlenden Mitgliedern abgeschlossen, wobei noch eine erhebliche Zahl von Kollegen mit den Beiträgen im Rückstand war. Eine genaue Uebersicht war eigentlich nicht vorhanden. Nach Anstellung eines Kassenbeamten vom 1. Juni d. J. an konnte eine intensivere Agitation betrieben werden, so daß die Mitgliederzahl am Schluß des dritten Quartals 618 betrug. Zugewinnen wurden 109 Neuaufnahmen gemacht; von den Christlichen sind 22 Kollegen übergetreten, während 41 ihre rückständigen Beiträge nachzahlten. Vom Schluß des dritten Quartals bis heute wurden noch 22 Aufnahmen gemacht, so daß die Zahl der Mitglieder gegenwärtig 640 beträgt. Das Resultat ist als gut zu bezeichnen, schon deshalb, weil auch die Christlichen vom 1. Juni dieses Jahres an einen Ortsbeamten anstellten. Sie haben aber trotzdem keine Erfolge, sondern einen Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen, wie aus einem und vorliegenden Rundschreiben hervorgeht. Wir können nun sagen, daß wir im Zweigvereinsgebiet zu 90 bis 95 pSt. organisiert sind. Genau könnte es nur angegeben werden, wenn alle Vertrauensleute den an sie gelangten Fragebogen rechtzeitig abgeliefert hätten, was aber leider nicht geschehen ist. Die Agitation war auch dadurch erschwert, daß in der Stadt selbst nur 110 Mitglieder wohnen, die übrigen Kollegen verteilen sich auf 25 Plätzen, wovon die größte, Pimpst, 252 Mitglieder, die kleinste 5 Mitglieder zählt. Die Mitglieder selbst verteilen sich auf 34 Ortschaften; mancher Vertrauensmann hat bis zu 8 Ortschaften zu versehen. Die Sonn- und Feiertage müssen durch Versammlungen auf das äußerste ausgenützt werden, was aber vielfach durch Heftigkeiten erschwert wird. Abendversammlungen sind fast unmöglich, da die meisten Kollegen eine bis zwei Stunden von und zur Arbeit zu laufen haben. Die Vertrauensleute sowie die übrigen Kollegen haben sich, was anerkannt werden muß, sehr rege an der Agitation beteiligt. Aber äußerst notwendig ist es nun, die Einigkeit und Solidarität mehr zu fördern, als das bis jetzt geschehen ist. Nachlässe früherer Fehler und daraus fließendes Mißtrauen müssen verschwinden. Nach zwei Jahren hat die ganze deutsche Maurerschaft bei ihren Vorkämpfen mitternachts nach Würzburg und Umgebung geschaut; für die Unternehmer war die hiesige Gegend oft eine Zufluchtsstätte, um „Arbeitswillige“ zu holen. Es ist nun die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß dies völlig anders geworden ist. Nun wollen wir fest zuversichtlich sein, damit es so bleibt und sich der Zweigverein so entwickelt, daß er sich würdig in das große Ganze einreihen kann. Auch die Kassenverhältnisse haben sich gebessert, die Extrabeiträge wurden im allgemeinen gut entrichtet; nur zwei Plätzen, Karlsbad und Kitzingen, lassen hier zu wünschen übrig. Der Bericht wurde von der Versammlung mit Befriedigung aufgenommen. Der zweite Punkt der Tagesordnung war die Beratung des Antrages, den bisherigen Winterbeitrag um 5 pSt. pro Woche zu erhöhen. Kollege Engelhard gab dafür eine eingehende Begründung, an die sich eine längere Debatte knüpfte. Da der Antrag bei der Abstimmung nicht die erforderliche Dreiviertel-Majorität fand, so war er abgelehnt. Nachdem der Vorbescheid auf die am 17. November stattfindende Gewerbetagswahl hingewiesen und zu reger Wahlbeteiligung aufgefordert hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste Versammlung findet am 24. November statt. Genosse Bauer wird über das Versicherungswesen sprechen, worauf wir besonders aufmerksam machen.

Zittau. Eine gut besuchte Maurerverversammlung tagte hier am 22. Oktober im Gewerkschaftshaus. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Rüpe ein Referat über die gegenwärtigen Gewerkschaften und ihre Dienste für das Unternehmertum. Er entließte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise. Lebhafter Beifall folgte seinen Ausführungen. Danach trug der Vertrauensmann den Kassenbericht vor, der von den anwesenden Revisoren als richtig anerkannt wurde. Unser Zweigverein kann wieder mit Befriedigung auf das verfloßene Quartal zurückblicken, haben sich doch die Verhältnisse wieder bedeutend gegen früher gebessert. Die Mitgliederzahl ist auf 988 gestiegen und auch der Kassenfonds ist wieder Erwartung auf 2877,20 gestiegen. An die Hauptkasse konnte im dritten Quartal inf. Extrabeitrag die Summe von 6683,64 abgeliefert werden. Die Zahlung des Extrabeitrages ging ebenfalls besser von statuen, als bei Bekanntgabe des Vorstandesbeschlusses geglaubt wurde. Ungläubig Gemüter glaubten damals, einen Waisenausschuß aus der Organisation erwarten zu müssen. Doch es ist anders gekommen. Die übergroße Mehrzahl der Kollegen hat durch die Kämpfe einsehen gelernt, daß Opfer gebracht werden müssen, wenn der Kampf gegen das brutale Auftreten des Unternehmertums gewonnen werden soll. Ein genaues Bild von der Zahlung des Extrabeitrages wird sich erst dann geben lassen, wenn die einzelnen Kassenberichte die diesbezüglichen Fragebogen beantwortet haben. Wegen die Reklamen soll aber auch dann energisch vorgegangen werden. Denn jeder einzelne muß begreifen lernen, daß er Pflichten zu erfüllen hat, wenn er von der Organisation Rechte fordert. Eine etwas erregte Debatte trat ein bei der Gehaltsfrage der Angestellten; der Vertrauensmann erklärte, daß er mit seinem Gehalt von 1200, wovon er noch die Versicherungsbeträge im Betrage von 128

selbst bezahlen müsse, nicht mehr auskommen könne; die Kollegen verdienten bedeutend mehr als er; denn für einen Wochenlohn von 20,02 könne niemandem zugemutet werden, die aufreibende Arbeit und die Verantwortlichkeit für die Organisation zu übernehmen. Die am 12. Januar 1908 stattfindende Generalversammlung wird sich mit dieser Angelegenheit eingehend befassen müssen. (Sofortlich hielt die Generalversammlung die absolute Unzulänglichkeit einer solchen Bezahlung ein. Die Red. des „Grundstein“). Nachdem der Vertrauensmann die Kollegen ermahnt hatte, bei Rückkontrollen darauf zu achten, daß jeder seinen Extrabeitrag gezahlt habe und daß die österreichischen Kollegen den Kassenbeitrag bezahlten, wurde die Versammlung geschlossen.

Den Gipfel erreicht.

nämlich den Gipfel der Verlogenheit, hat die Presse, die sich, wie auch unsere „Baugewerkschaft“, an der Verbreitung der Schaudermärz beteiligt hat, die ungehörigsten Besagte:

„An einem Fabrikneubau am Hafen in Deutsch-Cöln sollen sozialdemokratisch organisierte Bauhilfsarbeiter mehrere christliche Maurer überfallen und furchtbar misshandelt haben. Ein sozialdemokratischer Bauarbeiter habe von einem christlichen Maurer 10 pSt. für Schnaps gefordert, und als diese verweigert wurden, dem Christlichen sofort Faustschläge ins Gesicht versetzt haben. Nach Feierabend hätten dann eine Anzahl sozialdemokratisch organisierter Bauarbeiter die christlichen Maurer überfallen, furchtbar misshandelt, zu Boden geschlagen, gewürgt usw. und einen sogar versucht in den Rheinhafen zu werfen.“

Die Leitung des Bauhilfsarbeiterverbandes hat die Angelegenheit genau untersucht und folgendes festgestellt: Der betreffende Hilfsarbeiter, der erst wenige Wochen gewerkschaftlich organisiert ist, hat die 10 pSt. nur auf Grund eines allgemein herrschenden alten Brauchs, des sogenannten Grobcheneinmänners der Hilfsarbeiter bei den Maurern, gefordert. Zu Täuschungen ist es auf der Baustelle überhaupt nicht gekommen. Die sofort verabsorgten Faustschläge sind erfolgt, genau so wie der „Meßerfall“ nach Feierabend. Auf dem Heimwege kam es infolge der Eitelkeiten der sich in der Mehrzahl befindenden „Christlichen“ zu Tätlichkeiten zwischen einem christlichen Maurer und einem Hilfsarbeiter. Ein zweiter Christlicher mischte sich hinein und schlug den Hilfsarbeiter mit einem Gefährte. Darauf versuchte ein anderer freigezwergschaftlich organisierter Hilfsarbeiter dem „Christen“ das Gesicht zu entwidnen, wobei beide zu Boden fielen. Nun mangelte es nicht an Hinzugehenden, und die Wälgerei war fertig. Den Anlaß dazu haben die Christlichen gegeben, die sich, wie gesagt, in der Mehrheit befanden. Als Schaudermärz erlogen bezeichnet die Verbandsleitung die Beaufassung von dem Versuch, einen Christlichen ins Wasser zu werfen. Im übrigen stellt die Verbandsleitung fest, daß die Christlichen umgekehrt überall dort, wo sie die Macht haben, Terrorismus gegen die Mitglieder freier Gewerkschaften üben. Sie werden vom Unternehmertum nach Möglichkeit begünstigt und drohen bei ihrer Agitation denjenigen, die nicht zu dem christlichen Verbund überzeten wollen, mit Entlassung. Gerade an dem hier in Betracht kommenden Fabrikneubau haben sie auf diese Art und Weise bis dahin frei Organisierte in den Zentrumsverband hineingepeppt.

Kritische Betrachtungen zum „dreifachen W“.

Das Uebel, das in Nr. 41 des „Grundstein“ unter dem Titel: „Wählen, Würgen, Weshen“ besprochen wird, ist wohl in der Tat das schrecklichste, worunter das Maurergewerbe und mit ihm unsere Organisation zu leiden hat. Charakteristisch ist ja, daß die Schinderei (so wird die Krankheit in Berlin genannt) gerade in Zeiten flauer Konjunktur besonders verheerend wirkt. Es ist daher ganz in der Ordnung, daß hier in Berlin gegenwärtig wieder eine Arbeitsweise Platz greift, die man ohne Uebertreibung als „Schweinerei“ bezeichnen kann. Die Art, wie unsere Kollegen — beispielsweise bei Verarbeitung der Kalksteine in den Fundamenten — im wahren Sinne des Wortes „wühlen“, würde der größten Wildsau alle Ehre machen. Angesichts der widerlichen Arbeitsmethode, deren sich sehr viele Kollegen befleißigen, kann man es sich überhaupt nur schwer verzeihen, Vergleiche aus dem Tierreich heranzuziehen; wobei allerdings noch bemerkt werden muß, daß man es — um kein falsches Bild zu geben — streng vermeiden müßte, sogenannte höher entwickelte Tiergattungen mit einzuschließen und diese noch obenrein zu belegen. Soweit scheint der Unterstand unter den Mauern Berlins und anderer anderen Großstädte gedeihen zu sein!

Es erübrigt sich für die Technik, eine zweckmäßig konstruierte, brauchbare Maschine für das Maurergewerbe zu erkennen. Die Mehrzahl unserer Kollegen macht das überflüssig, sie repräsentiert dem Unternehmer des Baugewerbes alle die Vorteile, die der industrielle Kapitalist aus der mechanischen Arbeitskraft zieht, ohne ihn mit demselben Risiko zu belasten. Der Maurer wird für den Unternehmer niemals „freies Kapital“, wenn dieser ihn außer Betrieb setzt oder zu sehr gezwungen ist. Er kann nicht nur jeden Tag, sondern zu jeder Stunde aufs Pfahle gesetzt werden, ohne daß daraus dem Unternehmer irgendwelche Nachteile erwachsen; faule Arbeiter doch nur seine Arbeitskraft. Und dafür, daß der Zeitpunkt, wo der Unternehmer die Arbeitskraft eines erheblichen Teiles unserer Kollegen entbehren kann, möglichst rasch eintritt, sorgt leider die furchtbare Oberanständigkeit der großen Mehrzahl dieser selbst. Denn, obgleich man nicht verkennen darf, daß es sehr viele gibt, denen das Verwerfliche ihre Tuns wohl einleuchtet, die lediglich aus Eitelkeit, gewissermaßen aus den niedrigsten Motiven, sich der Frage stehenden verbrederlichten Arbeitsweise schuldig machen, so stellt sich letzten Endes auch deren Handlungsweise als ein Akt der Unwissenheit, der Oberanständigkeit dar. Die Betroffenen überleben in der Regel, daß, während sie sich durch ihre Schinderei beim Unternehmer bzw. beim Polier in ein größeres Licht setzen und den Arbeitsplatz sichern wollen, sie auch den Akt abgeben, auf dem sie sitzen, indem sie ihre Gesundheit vorzeitig zu grunde richten. Ihr trübes Hirn

läßt sie nicht erkennen, daß ihre Willkür nicht nur eine mörderische, sondern auch eine selbstmörderische Handlung darstellt. Kurz, unser Wiener Freund hat recht, wenn er als Hauptursache der „Bauschinderei“ die Dummheit der Kollegen bezeichnet; in bezug auf den Stolz liegen sich ja Einwendungen machen, jedenfalls hat er aber den ungesunden, sogenannten Dummstolz, die Borniertheit, treffen wollen.

Diese besondere Spezies von Stolz ist es nun gerade, die in Berlin ihre Wüsten treibt. Sie ist so tief eingetreffen, daß man gar nicht so selten beobachten kann, wie sich sogar besonders aufgeklärt sein wollende Kollegen in bezug auf das zu leistende Arbeitsquantum von einem geradezu selbstmörderischen Ehrgeiz leiten lassen, der sie leider in bezug auf die Qualität vollkommen im Stiche läßt. Das schlimmste ist, daß sich diese Krankheit mit überaus rascher Schnelligkeit auf die große Mehrzahl der alljährlich in Berlin zureisenden jungen Kollegen überträgt, die ihrerseits wieder andere Orte infizieren. Dieser falsche Ehrgeiz läßt nicht selten die Taten auch solcher Kollegen, die man für ehrlich halten muß, diametral zu ihren Worten erscheinen, die sie in der Versammlung oder in der Baubude während der Pausen an ihre Mitkollegen richten. „Kollegen, wir wollen nicht so schinden, aber laßt mich um zwei Steine vor“, lautet die ironische Kennzeichnung solchen Gebahrens in Berlin. Die Kurzsichtigkeit, die sich in solcher Handlungsweise offenbart, verhindert die Mehrzahl der Kollegen, das wirklichste Mittel in der Bekämpfung der unmenschlichen Schinderei zur Anwendung zu bringen, nämlich das, was der Wiener Kollege „beim Antoni“ erfolgreich angewandt hat. Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß die Anwendung dieses Mittels in Berlin und wohl in den meisten deutschen Großstädten doch mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist. Ein so „guter Wurm“ der Antoni auch sein mag, und welchen Grad von Wissenlosigkeit in bezug auf die Schinderei der Arbeit er auch bezeugen möge, jedenfalls ist ihm nicht die rücksichtslose Brutalität gegen die Kollegen in dem Maße eigen, wie den meisten Berliner Maurerpolieren. Auch düstern die Poliere in Wien kaum mit der unbefangenen Nachvollkommenheit ihrer Berliner Kollegen ausgerüstet sein. Hier wäre es unserem Freunde kaum irgendwo möglich gewesen, mit seinem „Spezi“ die Gleise auszumauern, und wenn ja, so hätte spätestens am nächsten Samstag die Freude ein jähes Ende erreicht.

Ich habe seit meinem ersten selbständigen Handeln im Interesse der Organisation den Standpunkt vertreten, daß ich einen solchen erkannten Fehler nur dann wirksam bekämpfen kann, wenn ich nicht selbst in diesen Fehler verfallte. Andernfalls selbst mir das moralische Recht, anderen Vorbilder zu machen. Gerade in Hinblick auf die Schinderei und Würgerei bei der Arbeit werden mir die Kollegen, mit denen ich hier oder anderwärts zusammen arbeite, ohne Ausnahme befehlen müssen, daß ich mich nicht leicht irritieren lasse. Und dennoch muß ich eingestehen, daß ich nur selten in der konsequenten Weise unseres Wienerer mein Tempo eingehalten habe. Man kann eben kaum umhin, sich den Zuständen, die man auf dem jeweiligen Bau vorfindet, bis zu einem gewissen Grade anzupassen, wenn man sich nicht von der ersten Stunde an unmöglich machen will. Der konsequente Standpunkt vertretende Kollege ist beinahe zu chronischer Arbeitslosigkeit verurteilt. Er muß für das Bestreben, seinen Beruf von einem Schandmal zu befreien, manche Entbehrung in Kauf nehmen, und falls er gar für mehrere Wäuler zu sorgen hat, sieht er sich nicht selten durch die bittere Not gezwungen, der Würgerei Konzessionen zu machen. Trotzdem wird es dem, der sich die Aufgabe gestellt hat, unter allen Umständen dagegen anzukämpfen, nicht selten gelingen, das Uebel — wenn auch nicht zu beseitigen — so doch bedeutend einzuschränken. Sobald sich ein oder mehrere geschäftig operierende Kollegen auf einem richtigen Schinderebau halbwegs acht Tage halten können, sind sie im Stande, eine geradezu fegensche Wirkung zu entfalten. Vereinzelt kommt es natürlich auch hier vor, daß sich eine Elitegruppe von Kollegen zusammenfindet, der es gelingt, selbst bei einem ausgemachten Schurken von Polier ertragliche oder gar einwandfreie Zustände zu schaffen. Ein solcher Bau tröstet dann die betroffenen Kollegen wieder über eine Reihe von bitteren Erfahrungen hinweg und erfüllt sie mit neuem Kampfesmut. Im allgemeinen kann man aber behaupten, daß die Opfer der Kollegen, die ihren Stolz darin suchen, ihren Beruf von der Schmach der Willkür zu befreien, ungeteuer groß sind. In einer Woche bei der Unternehmung zu arbeiten, wäre das schlimmste mit. Weit schwerer wird die Belastungsprobe, die der Ueberzeugungsstreue durch wiederholte vier-, sechs- oder achtwöchige Arbeitslosigkeit in einem Jahre aufgebürdet wird. Insbesondere, wenn sich dazu noch die Schandenfreude derer gesellt, denen man ob ihres gemeinschaftlichen Verhaltens ins Gewissen redete.

Obwohl ich nun von einer Erörterung dieser Frage im „Grundstein“ eine große Wirkung zum Besseren schon deshalb nicht erwarte, weil die, die es in erster Linie angeht, ihr Fachblatt ja nur selten lesen — fernermalen sie Abends ja totnüde und geistig abgestumpft sind —, hatte ich dennoch das Bedürfnis, einen kurzen Appell an die Kollegen zu richten, die sich bisher schon ihrer Aufgabe bewußt waren oder doch das Uebel, an dem wir krankten, erkannt hatten. Ihnen gelte der Ruf, in der Bekämpfung der in unseren Reihen herrschenden Unwissenheit, Gleichgültigkeit und Bosheit nicht zu erlahmen. Ein jeder stelle sein ganzes Können in den Dienst der Organisation; suche den Träumenden wachzurütteln, den Unwissenden über seine Klassenlage und den Zusammenhang der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzuklären, den Bagast mit Mut und Vertrauen zu unserer gerechten Sache zu erfüllen. Nur wenn es uns gelingt, den Organisationsgedanken in der erdrückenden Mehrheit unserer Kollegen zu verankern, diese zu überzeugen, Klassenbewußtsein, die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise im allgemeinen klar erkennenden Kämpfern zu erziehen, dann werden wir sie auch befähigen, die häßlichen Erscheinungen im eigenen Arbeitsverhältnis zu beseitigen oder doch auf ein Minimum zu beschränken. Daß in der Agitation die naive Unerfahrenheit anders als der phlegmatische Gleichmut, und dieser wieder anders als die Bosheit und schleichende Niedertracht behandelt werden muß, bedarf keiner besonderen Betonung. Wohl aber, daß uns der Erfolg nur dann werden wird, wenn jeder nicht

nur mit Worten, sondern auch in der Tat ein Agitator ist. Das heißt: wenn jeder, der sich zur Agitation berufen fühlt, es streng vermeidet, die guten Lehren, die er seinen Kollegen während der Frühstückspause erteilt, nach Frühstück in der Praxis über den Dingen zu tun.

Den schlechten Eindruck solcher Agitation auf sich wirken zu lassen, hatten unter anderem während des letzten Sommers auch verschiedene weitläufige Berliner Kollegen in Hamburg Gelegenheit. Während sie die Gewissenhaftigkeit, mit der darauf geachtet wurde, daß jeder Kollege nicht nur im Verbandsschulbuch, sondern auch im Wahlvereinsbuch die jeweils fällige Marke gesetzt hatte, mit Bewunderung erfüllte, wurde es ihnen schwer, ihren Stel vor der unheimlichen Schuterei und gewissenlosen Schleuderarbeit zu unterdrücken, deren sich die Hamburger Kollegen befleißigten.

Gegen solche Unberücksichtigung der eigenen Kollegen, als auch der modernen Fronvögte, so sich Poliere nennen, mit allen Mitteln anzukämpfen, sollte unser erstes Bestreben sein, ungeachtet des Getreides der Reizweise über die Ca canny-Politik. Diese Verschuldung, die auch besonders Herrn Geuer, dem Generalissimo des Verbandes der Baugeschäfte Berlins u. Umg. sehr sehr ist, darf uns schon deshalb nicht irritieren, weil der wirkliche Sinn des Wortes nicht unser Bestreben trifft. Mit diesem Geheiß sucht man lediglich die Arbeiterorganisationen, und vor allem deren Führer, in der Feindschaft zu diskreditieren. Die Herren wissen sehr wohl, — müssen es wissen —, daß sie sich der Verleumdung schuldig machen. Soweit man mit dem „Ca canny“ den Eindruck zu erwecken sucht, als wollten wir die Produktivität der Arbeit künstlich beschränken, den Arbeitsprozeß in einer den jeweiligen Umständen nicht gerecht werdenden Weise verlangsamen usw., müssen wir diesen Versuch als unethisch bezeichnen und uns gegen die falschen Unterstellungen auf das nachdrücklichste verwehren. Will man aber das Bestreben, die Intensität der Arbeit auf ein den technischen Hilfsmitteln gerecht werdendes, dabei aber auch die Güte des Produktes nicht vernachlässigendes Maß zu beschränken, treffen — und das will man —, so können wir diesen Vorwurf ruhig auf uns lassen. Wir erfüllen damit nur die Pflicht, die eigentlich den ehrlichen Vertretern des Handwerks, den Aufrern im Streite um den Beschäftigungsgrad, obliegt, und der sie sich vielleicht auch widmen würden, wenn — dadurch nicht der Profit geschmälert würde.

L. K.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 3. bis 9. November sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Erfurt 1.400, Halle a. d. S. 400, Breslau 400, Groß-Eichertsdorf 300, Danzig 300, Götting 200, Gießenheim 100, Waue a. d. Habel 100, Perwenitz 100, Neubrandenburg 100. Summa M. 2400.

Zufußge erhalten: Mienchen 1.400, Leipzig-Gohlis 200, Hamburg-Eppendorf 200, Langendörfer 100, Groß-Befen 100, Wahren i. Vogl. 50. Summa M. 1050.

Altona, den 9. November 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauteilnehmern einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Ein tödlicher Baufall ereignete sich am 8. November auf dem Grundstück Stolpische Straße 53. Der auf diesem Neubau beschäftigte 43-jährige Maurer August Gerde, war zur genannten Zeit in der zweiten Etage beschäftigt. Er verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Er wurde nach der Unfallstation 11 in der Schönhauser Allee gebracht, verstarb jedoch schon auf dem Transporte dorthin an einer schweren Schädelerkrankung.

Gießenburg. Am 6. November brach auf dem Neubau des Unternehmers Wiltz, Wolf ein Stützgerüst mit dem Treppengerüst durch. Die gestellten Stützen durchschlugen drei weitere Gerüste und der Arbeiter stürzte 8 m tief hinab, sich schwere Verletzungen am Kopf und den Beinen zuziehend.

Hamburg. Am 11. November stürzten in dem Neubau des Horelbaues Ecke Holzmarkt und An der Alster drei Betonböden ein. Unter den Trümmern wurden vier Bauarbeiter begraben. Von ihnen wurden drei hervorgerufen, die bei ihren schweren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Das vierte Opfer, ein Bauarbeiter und zufällig der Bauleitende der Baufälligkeit, liegt zur Zeit, da wir diese Zeilen schreiben, noch unter den Trümmern. Sein Gesicht erlitt ihn, als er aus der Erde zementförmig mochte. Ueber die Ursachen kann man noch kein endgültiges Urteil abgeben. Aber das wollen wir sagen, daß die Abmessungen der Deckenschalen, die wir gesehen haben, durchaus nicht den Anforderungen entspricht, die man billigerweise bei solcher schweren Konstruktion stellen sollte. Stelleweise sah man Eisen, wo drei und mehr Hölzer aufeinandergelegt waren, die lediglich durch einige Bretter zusammengehalten wurden. Manchmal waren solche Eisen auch noch schief gestellt. Ob wir damit die Ursache des Unglücks genannt haben, wollen wir nicht behaupten. Was wir aber behaupten wollen, ist, daß sich die Baupolizei viel zu wenig um diese Art Bauten kümmert. Jetzt, wo das Unglück geschehen war, war freilich Polizei genug vorhanden; wenn nur früher etwas fachkundige Kontrolle dagewesen wäre.

Das „Hamburger Echo“ schreibt, gestützt auf Informationen, die ihm von der Bauarbeiterkommission zugegangen sind,

nach folgendes zu dem Unfall: „Es wurden große Rutschereien festgestellt. Der Bau wird von dem Zimmermeister Vohle ausgeführt, die Betonarbeiten von der Firma Carl Brand in Bremen. Zur Veranschaulichung der Betonarbeiten waren ein junger Bauarbeiter namens Massenbach und ein Vorarbeiter namens Stodowski am Bau tätig. Ob sie Facharbeiter im Betonbau waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Die am Bau beschäftigten Arbeiter, Italiener, Russen, Polen usw., unter denen sich ganz junge Burschen von 17 Jahren befinden, haben vom Bauaufbau und erst recht vom Betonbau überhaupt keine blasse Ahnung. Solche Leute lassen sich vom Vorarbeiter zu allem gebrauchen, sie vollführen die schmutzigen Rutschereien, ohne auch nur zu ahnen, daß sie ihr eigenes Leben und das zahlreicher Mitmenschen in Gefahr bringen. Bis in die dunkle Nacht, sogar Sonntags wurde gearbeitet, und zwar fast Stundenlang, die um 10—20 A. niedriger sind, als der Tarif der Betonarbeiter vorgeschrieben. Schon im Laufe dieses Sommers hat die Leitung der Zementarbeiter-Sektion des Maurerverbandes alles aufgeboten, um die Leute zu organisieren, hat sie zweimal eingeladen und sie auf die Gemeingefährlichkeit ihrer Arbeitsmethode hingewiesen — alles vergebens! Die Polizeibehörde hat die Firma, ohne bösen Willen und ohne Wissen nachdrücklich, damit die unfähigen Leute nicht angefaßt oder, wie man es gebietet, der Frieden am Bau nicht gefährdet werde. Die organisierten Arbeiter am Bau sagten damals schon, der Bau werde ohne Unfall nicht fertig. Sie haben leider recht behalten. Die Ursache des Einsturzes ist in der gänzlich ungenügenden Abstützung, in mangelhafter Eifenkonstruktion und in dem zur Schüttung benutzten Windematerial zu suchen. An der Schüttung der Decke der dritten Etage wurde noch gearbeitet, als man schon die Seiten der unteren Decke (zweite Etage) teilweise fortnahm. Zur Abstützung wurden 3—4zöllige Vierkantbölzer benutzt. Aber nun aber denkt, daß diese schwachen Hölzer alle aus einem Stück gefertigt waren, der ertt ist. Mehrere Streifen waren zwar bis dreimal zusammengeklebt und an der Seite mit einem Schabrett gefestigt. Nurze Stöße von 80 cm Länge wurden hierzu verwendet. Tak eine solche Stöße bedeutend weniger Tragfähigkeit hat, scheint den leitenden Personen nicht bekannt zu sein. Eine solche Stöße hing nach dem Unfall in der zweiten Etage, war aber wie ein Streichholz zusammengeklüfft. Die Eifenkonstruktion war derartig eingerichtet, daß zirka 80 cm voneinander drei Vierkantbölzer lagen. Zwischen diesen wurde Stiebelstein in der Breite von 8—10 Zoll geschüttet. Ebenfalls wurden diese Streifen, zwischen den Längsbalken geschüttet. Die verbindenden zirka 80 cm breiten leeren Fächer des Gerüsts wurden mit Schladen und Sand (?) nachgehauft und sodann die ganze Fläche mit einer Sandbedeckung und darüber einem Zementgips von 2—3 cm Dicke bedeckt. Ein erfahrener Betonarbeiter hat noch kurz vor dem Einsturz zu seinen Kollegen gesagt: „Na, wenn das hält, hält es!“ Es haben also unvorsichtig schwere Rutschereien das Unglück herbeigeführt.“

Ein Bauarbeiter berichtet uns, daß die Baupolizeibehörde schon vor vierzehn Tagen in einem anonymen Schreiben auf die bei dem Baue drohende Gefahr aufmerksam gemacht worden ist. Man hatte die Stützen unter den noch frischen Decken weggenommen und dadurch die Einsturzgefahr heraufbeschworen. Die Baupolizeibehörde wurde erlucht, den Bau zu kontrollieren und einem drohenden Unglück rechtzeitig vorzubeugen! Sie wird sich darüber zu ärgern haben, ob diese Warnung erfolgt ist, und wenn ja, weshalb ihr keine Folge gegeben wurde!

Rehepe. Wie es scheint, will man bei dem Neubau der Wänschen Patenteisen einen Meider betreffs der Unfälle errichten. In der Nr. 44 des „Gedächtnis“ haben wir uns veranlaßt, einen Unfall zu veröffentlichen, dem ganz blühende Menschenleben zum Opfer fielen und der einzig auf die Nichtinnehaltung der Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen war. Schon wieder ist ein Unfall zu melden. Am 5. November, Morgens 8½ Uhr, stürzte vom Wellblechdach des betreffenden Neubaus ein Schloßergeselle ab, der dort mit der Befestigung eiserner Fenster beschäftigt war. Die Arbeit wird von einer Stettiner Firma ausgeführt. Trotzdem ein harter Reif auf dem Dach war, hielt man es nicht für nötig, den Mann anzuweisen, eine Hängleine um den Leib zu schlingen, gleichwie ein Fangergerüst an der Dachtraufe anzubringen. Damit wurde das Unglück gewissermaßen heraufbeschworen. Der Arbeiter rutschte auf dem bereits schiefen Dach ab und stürzte zirka 15 m herab. Man mußte den schwer Verletzten, der außer inneren Verletzungen einen Schenkel- und Schenkelbruch erlitten hatte, nach dem Juliustag transportieren. Dies ist nun innerhalb eines Vierteljahres der dritte Unfall, der auf der Zementfabrik passierte. Uns soll nur wundern, ob jetzt seitens der Behörde energische Maßnahmen ergriffen werden, um eine derartige Fahrlässigkeit aus der Welt zu schaffen.

Russland. (Vorfall bei Rautkreuz und Glatteis.) Montag, den 4. November, fiel der Zimmerlehrer Engelman von dem Dach eines Neubaus, das sehr bereit war; er fiel unten auf eine Kiste und erlitt so schwere Verletzungen, daß er am selben Tage starb.

Rixdorf. Ein schwerer Baufall hat sich am 7. November auf dem Grundstück Siegfriedstr. 16 ereignet. Es werden dort gegenwärtig die Fundamentgruben für einen Neubau hergestellt. Eine der Erdwände war dabei nicht abgeleitet worden, und als der Bauarbeiter Wilhelm Schöneck in der Grube tätig war, stürzte die mehrere Meter hohe Wand ein. Er wurde unter den Erdmassen vollständig verschüttet. Arbeitskollegen, die den Unfall bemerkt hatten, sprangen sofort hinzu und machten sich an die Rettung ihres verunglückten Kameraden. Es gelang ihnen auch nach angestrengter Tätigkeit, den Verunglückten noch lebend aus der Erde zu befreien. Er hatte aber schwere innere Verletzungen erlitten und mußte in einem Krankenwagen in das städtische Krankenhaus gebracht werden. Wieder eine Mahnung zur Sorgfalt auch bei Erdbarbeiten!

Orgau. Am 4. November stürzte der Kollege Heinrich Schäfer aus Bedritz, der im Neubau der Gruppfabrik beschäftigt war, von einem in der ersten Etage aufgestellten Bodgerüst, wahrscheinlich durch Fehltritt zum Fenster heraus. Er wurde mittels Krankenwagen nach dem Krankenhaus geschafft, wo bei der Untersuchung innere Verletzungen der Brust konstatiert wurden. Einige Tage

zuvor war an der zum Bau gehörigen Kantalanlage ein Kollege durch nachfallendes Erdbreich soweit verschüttet, daß er gerade noch nach Hilfe rufen konnte. Wie nötig es ist, bei ausgefülltem Erdbreich richtig abzustufen, beweist dieser Vorfall.

Treptow a. b. Rega. Auf dem Neubau des Schlachthofes stürzte am 31. Oktober eine Betonbohle ein und auf vier Maurer, die darunter mit Putzen beschäftigt waren. Drei von ihnen wurden schwer und einer leicht verletzt. Ein Verletzter konnte noch seinem nachgewiesenen werden.

Burg. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag, den 5. November, Nachmittags, in der Aula des Gymnasiums, wo zur Zeit Reparaturen vorgenommen werden. Die Arbeiten werden von der Baufirma Krah ausgeführt. Beim Wegnehmen des Kronleuchters geriet das sechs Meter hohe Gerüst ins Wackeln und stürzte teilweise zusammen. Am meisten wurden die Kollegen Schuster und Tarnow betroffen. Zwei Handarbeiter waren zum Glück nicht mit in der Aula amseind, als das Unglück hereinbrach. Kollege Tarnow kam mit mehreren leichten Verletzungen davon; viel schlimmer traf dagegen das Unglück den Kollegen Schuster. Er erlitt einen Arm- und einen Beinbruch, sowie Verletzungen am Kopfe. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus gebracht. Wie das Unglück entstanden ist, darüber konnten bestimmte Angaben nicht gemacht werden. Die Untersuchung wird erst ergeben müssen, auf welchen Verhältnissen die Kollegen zu Krampfen wurden. Nach schwer hat der Unfall die Familie des Kollegen Schuster betroffen. Erst im vergangenen Winter brach er das rechte Bein. Er war bei der letzten Wunde eines Abends auf der Chaussee nach Deuben ausgeglichen und mußte viele Wochen auf dem Krankenlager zubringen. Nun hat er das linke Bein und auch den linken Arm noch gebrochen. Der Familie ist dadurch auf viele Wochen wieder der Ernährer entzogen worden.

* Baufontrollen und Einmissionsbedingungen. Gegen die Stimmen der Freijünggen wurden in der vorigen Woche im Gemeinderat in Estrasburg i. El. zwei sozialdemokratische Anträge durchgeleitet, die für die dortigen Arbeiter von sehr großer Bedeutung sind. Der erste Antrag betraf die Anstellung eines zweiten Baufontrollanten aus Arbeiterkreisen. Nach lebhafter Debatte wurde dieser Antrag mit 16 sozialdemokratischen und einer Zentrumstimme gegen 14 liberale und zwei Zentrumstimmen angenommen.

Weiter hatten die Sozialdemokraten beantragt, in das städtische Ratsamt eine Bestimmung einzufügen, wonach nur solche Unternehmer für städtische Arbeiten den Zuschlag erhalten sollen, welche die am Orte — auch auswärts — etwa bestehenden Tarifabmachungen zwischen Unternehmer und Arbeiterverbänden anerkannt haben, auch wenn der Unternehmer nicht seinem Verbandsangehöriger. Auch gegen diesen Antrag der Liberalen erfolgte jedoch einstimmige Annahme. Die Verwaltung stellte sich ganz auf Seiten des sozialdemokratischen Antrags. Mit 16 sozialdemokratischen Stimmen wurde er bei 15 Zentrumstimmen angenommen. Die „liberalen“ Unternehmer haben bei dieser Gelegenheit die reinste Prostitution der Arbeitgeber betreten, von liberalen Anschauungen war ihre Haltung himmelweit entfernt. Nach alledem ist nicht verwunderlich, daß die Liberalen mit dem Zentrum einen anderen sozialdemokratischen Antrag, den städtischen Arbeitern eine Teuerungsgulage zu gewähren, ablehnten. So treiben also die Liberalen und Zentrum Sozialpolitik!

Die Tätigkeit der sozialistischen Fraktion im Estrasburger Gemeinderat zeigt wieder recht drastisch, wie diese energisch und erfolgreich die Interessen der Arbeiter vertritt. Trotzdem wird man in der liberalen und liberalen Presse weiter verleumden und sagen, die „Roten“ leisten keine positive Arbeit.

Aber noch etwas anderes haben wir dabei zu bemerken. Vor einiger Zeit brachte die „Baugewerkschaft“ einen gut geschriebenen Artikel über: „Sozialdemokratischer Bauarbeiterschutz“, wobei sie in der Verleumdung unserer Organisationsbestrebungen soweit ging, daß sie sich für uns selbst verbot, darauf zu antworten. Schaden wird unser Schweigen auch kaum angedacht haben; denn für uns zeugen soviel Taten, daß wir die Worte einfließen können. Eine solche Tat ist auch der hier mitgeteilte Bericht der Estrasburger Bauarbeiter, die Angehörigen der Partei, die nach dem Urteil der bürgerlichen Presse, denen sich die „Baugewerkschaft“ in diesem Falle immer anschließt, die Verleumdung unaufrichtiger Kräfte sein soll. Wir sind natürlich sicher, daß die „Baugewerkschaft“ von diesem Bericht keine Notiz nehmen wird; sie wird das ebenbürtig tun, wie sie die so überaus gelungene Ausstellung der Breslauer Bauarbeiterkommission erwähnt hat. Sie würde sich ja dann selbst Lügen strafen.

* Ein prächtiger Bau ist in Cassel entstanden. Diesmal ist es aber kein Regierungsgebäude, kein Weisungsschloß, keine Kirche, kein Kammerstempel — sondern ein Gewerkschaftshaus, ein Heim der Arbeit, ein Haus des Volkes. Die Festschmuck des Casseler „Volksblattes“, der wir die Nachricht der Vollendung des Baues entnehmen, bringt einige gut ausgeführte Ansichten des Gebäudes und eine von unserem Kollegen Schöne verfaßte Schilderung seiner Entstehung und Einrichtung. Das Haus ist fünf Stockwerke hoch. Die Vorderfront wirkt besonders durch ihre Größe, sie ist durch drei von spitzigen Giebeln gekörnten Erker in drei Teile geteilt, so daß der strenge und nüchterne Eindruck, den manche große Fronten sonst hervorgerufen, dadurch gemildert wird. Das Portal ist in Vorkorbformen gehalten und in Giebeln ausgeführt. In der Mitte befindet sich die Ausmündung der Front den Fuß verbleibend, mit dem man, soweit auf dem Wille zu sehen ist, recht schöne Effekte erzielt hat. Als bereicher Ausdruck des gewerkschaftlichen Gedankens sollen links und rechts vom Portaltorbau in den dazu vorgesehenen Nischen zwei charakteristische überlebensgroße Figuren Platz finden. Den oberen Abschluß des Portals bildet eine auf Konsolen ruhende Baustraße, die links und rechts von zwei Obelisk flankiert wird.

Man hat mehrfach verlangt, daß der aufstrebende Charakter der modernen Arbeiterbewegung auch in der

Architektur ihrer Gebäude ausgedrückt würde, und es darum getadelt, wenn man Fassaden schaffe, die von Schmuck und Ornamenten förmlich überladen, oder wenn man bei der Formgebung bis zum romanischen Kirchenstil zurückgreife. Das Bauwerk soll der Ausdruck seiner Zeit, seines Zweckes und des Charakters seiner Schöpfer sein. Es soll und scheint, als wäre man in Eifel diesem Ideal ziemlich nahe gekommen. Es ist selbstverständlich, daß die innere Einrichtung den Zwecken des Hauses angepaßt ist. Bei dem Bau konnten ja nun alle Erfahrungen nutzbar gemacht werden, die man bei den Gewerkschaftshäusern in Berlin, Frankfurt a. M. und auch wohl schon in Leipzig gemacht hatte. Außer den üblichen Räumen, Säle, Gastzimmer, Fremdenzimmer, Herberge, Waderäume, enthält das Haus auch eine Turnhalle. Der Entwurf stammt von den Architekten Gebr. Langenberg in Cassel, in deren Händen auch die Bauleitung lag. Gebäude und Grundstück repräsentieren einen Wert von M. 700 000.

Möge die Casseler Arbeiterkassette ihres Bestes recht froh sein und bleiben.

*** Das höchste Haus der Erde.** In Newhork ist jetzt der höchste Wolkenkratzer der Welt, das Empire State Building, bis zum 41. Stockwerk geblieben. Es werden aber, wie die Tageszeitungen berichten, noch weitere sechs Stockwerke aufgesetzt werden; damit wird die Höhe dieses Hauses unter den Bauwerken auf 186,5 m steigen, 60 m über den bisherigen Wolkenkratzer. Das Gebäude erhält 16 Aufzüge, von denen 8 Aufzüge sind, die erst im 20. Stockwerk halten, ferner besteht die Beleuchtung aus so vielen Lampen wie bei einer kleinen Stadt, nämlich aus über 15 000.

Aus anderen Berufen.

*** Die Brauntweinbrennerei Friedrich Degen** (Inhaber Siegmund Söhne) in Nordhausen hat seit dem 2. Oktober ihre Arbeiter angestrichelt, um seine Organisation aufkommen zu lassen. Hierbei haben übrigens alle 72 Brennerinnen Nordhausen die Hand im Spiele. Die Schmarbrenner zahlen Jammersöhne von M. 18 bis 20 wöchentlich.

*** Eine neue gelbe Gewerkschaft.** Im Buchdruckgewerbe ist es bekanntlich nach langen und schweren Kämpfen zu festen Vereinbarungen zwischen Arbeitern und Unternehmerorganisation gekommen, durch die Streiks und Auspöhrungen verhütet und geregelte Arbeitsverhältnisse aufrecht erhalten werden sollen. Aber es gibt auch in diesem Gewerbe Unternehmer, denen dieser Zustand ein Grauel ist. Um die wenigen noch nicht organisierten Buchdrucker auch fernherhin vom Gewerkschaftsverband fernzuhalten und diesem entgegenzustehen, beschloß das obere Buchdrucktariffkomitee Buchdruckprinzipale, das sich als Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe nennt, den „Maßnahmen“ für den Fall der Streik, der Individualität und des Todesfalls den Bezug der gleichen Beträge zu ermöglichen, wie sie von dem Verband der deutschen Buchdrucker gewährt werden. Die Prinzipale wollen die Hälfte der wöchentlich zu zahlenden Prämie auf sich nehmen, während den Gehältern für die ihnen zugewiesenen Beträge den Anspruch gewährt werden soll.

Also auch hier sollen durch Gewährung materieller Vorteile Arbeiter veranlaßt werden, Verrat an ihren Berufsgenossen zu begehen.

*** Die tschechoslowakischen Gewerkschaften** hielten am 28. September ihren vierten Kongreß ab, auf dem einige allgemein interessierende Angaben über ihre Entwicklung gemacht wurden, die wir kurz notieren. Der Landeskommission waren im Jahre 1897 nur 134 Organisationen mit 7102 Mitgliedern angeschlossen; diese Zahl wuchs sehr rasch, daß die Kommission im Jahre 1900 bereits 514 Vereine und 22 723 Mitglieder zählte. Das letzte Berichtsjahr weist jedoch eine Anzahl von 1208 angeschlossenen Vereinen mit 60 971 Mitgliedern auf, wovon 8290 Frauen sind. Bis auf ganz geringfügige Ausnahmen sind alle Branchen in der tschechoslowakischen Gewerkschaftskommission vertreten.

Mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl wuchsen natürlich auch die Pflichten der Gewerkschaftskommission. Ihre Ausgaben beliefen sich im Jahre 1906 auf Kr. 440 076, so daß auf ein Mitglied ein Betrag von Kr. 12 entfällt. Hierdurch kamen auf Unterhaltungen Kr. 234 812 (Kr. 6,30 pro Mitglied), auf die übrigen Ausgaben, als Rechtschutz, Fachblätter, Bildungsanstalten, Agitation, Gehälter usw. Kr. 212 164 (Kr. 5,70 pro Mitglied). Das Vermögen der Gewerkschaftskommission betrug zum Schluß des genannten Jahres Kr. 60 493,04, wogegen sich das Vermögen der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Vereine auf Kr. 809 137, ihre Streikfonds auf 138 343 beliefen.

Generalversammlungen.

Die **Tabakarbeiter** tagten vom 14. bis 20. Oktober in Bielefeld. Aus dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß sich die aus dem vorigen Verbandstage geschaffene Einrichtung der besoldeten Gauleiter gut bewährt hat. Der Verband hat seitdem 8500 Mitglieder gewonnen. Die vielen und in allen Fällen recht hartnäckigen Kämpfe mit den Unternehmern haben die Finanzen des Verbandes sehr angegriffen. Im letzten Jahre mußte mehrfach die Hilfe anderer Verbände in Anspruch genommen werden, die, wie der Vorsitzende rühmend und dankend hervorhob, bereitwillig und ausreißend gewährt wurde. Die neue Zigarettensteuer hat die Lage der Zigarettenarbeiter sehr verschlechtert, und schon taucht der Plan auf, diese Vandalensteuer auch auf Zigarren zu übertragen. Dadurch würden die Tabakarbeiter zu noch größeren Kämpfen gedrängt werden. Die lügenbürgischen Tabakarbeiter haben sich an den Verband gewendet, sie wollen sich ihm anschließen. Der Verbandstag stimmte dem zu. Die schon seit längerer Zeit bestehenden Einigungsvereinbarungen mit den Sortierern haben noch immer zu keinem Resultat geführt; sie sollen fortgesetzt werden. Dagegen gelang es, mit der vom Verband abgespaltelten Organisation der Dresdener Zigarettenarbeiter ein Übereinkommen zu treffen, das den Wiederanschluß als ziemlich gesichert erscheinen läßt. Die Hauptaufgabe der Tagung war, den Verband kampftüchtiger zu machen. Nach ziemlich langwierigen Auseinandersetzungen wurden die Beträge in allen Klassen um 5 % pro Woche erhöht und die Kranken-

unterstützung etwas eingeschränkt. Dafür nahm man eine kleine Aufbesserung der Arbeitslosenunterstützung vor. Betreffs der Heimarbeit wurde eine Resolution angenommen, die das Verbot der Heimarbeit in der gesamten Tabakindustrie fordert, was zweifellos das radikalste, aber auch am schwersten erreichbare Ziel sein dürfte. Die Gehaltsfrage sollte gleichfalls geregelt werden. Die Debatte darüber bewegte sich zeitweise auf einem ebenso niedrigen Niveau, wie die auf unserem Güter Verbandstage. Provisorisch wurde ein Anfangsgehalt von M. 1800 festgelegt, wozu jedoch jeder Angestellte, der bisher schon im Amt war, sofort M. 200 Zulage haben soll. Eine endgültige Regelung soll der nächste Verbandstag vornehmen. Die alten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Bremen.

Der **Verband der Seeleute** hielt vom 21. bis 25. Oktober seinen fünften Verbandstag in Hamburg ab. Nach dem Vorstandsbericht war die Entwicklung des Verbandes in den Jahren 1905/06 eine günstige. Die Zahl der Mitgliedschaften und Sozialen stieg von 20 zu Beginn des Jahres 1905 auf 34 am Schluß des Jahres 1906. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder von 7233 auf 13 481 und die vollenständigen von 3189 und 6024. Die Einnahmen des Verbandes betrugen in der Berichtperiode M. 229 801,16, die Ausgaben M. 197 098,82. Von letzteren entfielen auf Auspöhrungen und Streiks usw. M. 77 778,46. Das Verbandsvermögen stieg von M. 94 843,61 am 1. Januar 1905 auf M. 127 545,95 am 31. Dezember 1906. Eine recht erfolgreiche Tätigkeit entfaltete der Verband in der Berichtperiode in Bezug auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der seemannischen Arbeiter. Namentlich das Jahr 1906 stand unter dem Zeichen des wirtschaftlichen Kampfes. Durch die vom Verbande geführten Streiks wurde für ca. 25 000 Seeleute ein Mehrlohn von ca. 2½ Millionen Mark pro Jahr erzielt, wozu noch M. 50—60 000 kommen, die durch Lohnbewegungen ohne Streik für 4—5000 Seeleute und Fischer erzielten wurden. Auch die Tarifbewegung machte Fortschritte, wodurch weitere Vorteile auf fast allen Gebieten des Arbeitsverhältnisses erzielt worden sind. Diese Erfolge sind um so höher zu veranschlagen, als die seemannischen Arbeiter mit dem kapitalträchtigsten Unternehmertum zu rechnen haben, dessen Koalitionsbestrebungen längst die nationalen Grenzen überschritten und zur Bildung internationaler Verbindungen des Reedertums geführt haben, mit dem ausgesprochenen Zweck, den wirtschaftlichen Aufstieg der seemannischen Arbeiter zu hemmen.

Der Verbandstag stimmte der schon länger angestrebten Bildung eines Industrieverbandes aller Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande im Prinzip zu, aber nur unter der Bedingung, daß sich sämtliche in Betracht kommenden Verbände daran beteiligen. In einer nach einem Referat des Vorstandsberichtes angenommenen Resolution wurde gegen die Verwendung von Chinesen und Portugiesen zu Schiffsdiensten auf deutschen Schiffen protestiert. Auch zur Reform der Seemannsordnung nahm man Stellung. Auch auf diesem Verbandstage handelte es sich darum, den Verband auf eine festere finanzielle und organisatorische Grundlage zu stellen. Der Vorstand fordert eine Erhöhung der Beiträge und dafür Einführung von Unterhaltungsbeiträgen. Angenommen wurde folgendes:

Der **Verbandsbeitrag** solle in Zukunft lauten: „Zentralverband der seemannischen Arbeiter Deutschlands“, und zwar werde dies in Rücksicht auf das Maschinenpersonal und die Fischerarbeiter empfohlen. Unterhaltung soll zukünftig auf der Maßregelungen bezahlt werden. Das Eintrittsgeld soll nach wie vor M. 1,50, der Beitrag wöchentlich 40 % betragen, Extrabeitrag darf der Vorstand ausreichen, sobald für Kämpfe mehr als M. 20 000 ausgegeben sind. Rechtschutz wird nach halbjähriger Karenzzeit gewährt, Unterhaltung bei völliger oder teilweisem Effektenverlust je nach Dauer der Mitgliedschaft in fünf Staffeln A 15 bis 125, Unterhaltung in besonderen Notfällen in zwei Staffeln A 25 bis 50. An Streikunterstützung sollen pro Woche A 12 und für jedes Kind A 1 bis zum Höchstbetrag von A 18 bezahlt werden.

Von den weiteren Verhandlungen muß noch erwähnt werden die Annahme einer Resolution, die den festen Willen des Verbandes betont, die Konflikte mit den Reedern nach Möglichkeit ohne offenen Kampf zu erledigen und besagt, daß diese Bestrebungen immer an dem unzählbaren Haß der Ballin und Skonjoren gegen jede selbständige Arbeiterorganisation gescheitert sind. Die Gehaltsfrage war auch hier zu regeln; die Gehälter wurden in Abschlüssen von M. 1800 bis 2500 festgelegt. Die alten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

*** Der Strohmänerschwindel.** Bei der Absicht, sich rechtlichen Verpflichtungen zu entziehen, indem sie einen vermögenslosen Schuldner zum Unternehmer kempelte, ist eine Firma in G e s e i m u n d e vor dem hiesigen Gewerbegericht recht brav hereingefallen.

Die Firma Baumhald & Kossel hatte in mehreren Neubauten Keller zu dichten. Sie übertrug diese Arbeiten einem Maurer Gasse gegen Zahlung eines bestimmten Aufwandes für jeden fertig gestellten Kubikmeter, mit der Angeinabe, sich etwa benötigte Hilfskräfte dazu zu beschaffen. An den Lohnzahlungen sollte er je 90 p. d. der fertigen Arbeit bezahlt haben, damit er seinerseits die Hilfskräfte befriedigen könne. Vezüglich etwaiger Hilfskräfte war ferner vereinbart worden, daß Gasse die Invalidenten der angenehmen Leute im Kontrast der Firma abgeben solle. Diese wollte dann die Invalidentenversicherungsbeiträge entrichten. Auch übernahm die Firma es, die Arbeiter auf ihren Namen zur Krankenversicherung anzumelden. Die als Beiträge verausgabten Beträge sollten jedoch dem Gasse an seinem Verdienst gutgeschrieben werden, wie er überhaupt nach dem Willen der Firma V. & K. den Arbeitern gegenüber als selbständiger Unternehmer gelten sollte. Es kam nun so, wie es in solchem Falle immer kommen muß. Der völlig mittellose Gasse konnte eines Tages seinen Hilfskräften den verdienten Lohn

nicht zahlen. Die Firma V. & K. weigerte sich ebenfalls, da nicht sie, sondern G. der Unternehmer gewesen sei. Das Gewerbegericht entschied nun folgendermaßen: „Auf Grund der Beweisaufnahme ist festgestellt worden, daß als Unternehmer der ausgeführten Arbeiten der Maurer Gasse nicht angesehen werden kann. Von einem Aktord im eigentlichen Sinne kann nicht die Rede sein. Verfügt man, daß untreulich die von Gasse angenommenen Arbeiter von der angelegten Firma zur Krankenversicherung angemeldet und auch die Beiträge für die Invalidentenversicherung von der Besagten vorausgelegt sind, so ist der zwischen Gasse und der Besagten abgeschlossene Vertrag dahin auszulagen, daß ersterer nur verpflichtet war, Arbeiten an Bauten zu einem für jedes Quadratmeter festgesetzten Preise zu leisten und sich für die Arbeiten Hilfskräfte zu verschaffen, welche diese Arbeiten zu dem mit Gasse vereinbarten Preise zu liefern hatten. Die von Gasse angenommenen Arbeiter sollten aber nicht lediglich gegen Gasse einen Anspruch haben, sondern dieser sollte hinsichtlich der Annahme der Hilfskräfte nur als Vertreter der besagten Firma fungieren. Die besagte Firma ist demnach verpflichtet, den Klägern den Lohn für die von ihnen gelieferte, aber noch nicht bezahlte Arbeit auszusahlen.“

Dem Urteil stimmen wir völlig zu. Würden sich alle Gewerbegebiete einer solchen Rechtsprechung befleißigen, so wäre dieser erbärmliche Schwindel bald überwunden. Daß er besonders im Baugewerbe blüht, ist ja bekannt.

*** Graf Josabowsky über die Altersversicherung der Arbeiter.** Nach dem „Berliner Tageblatt“ sprach sich in einer Unterredung, die er dem in Berlin lebenden englischen Publizisten J. G. W a s h f o r d gewährte, der frühere deutsche Staatssekretär des Innern, G r a f J o s a b o w s k y - W e h n e r in folgender Weise über das politische Problem der Altersversicherung der Arbeiter aus:

„Wenn die britische Regierung ernstlich die Einführung einer Maßnahme beabsichtigt, durch die für die arbeitenden Klassen in England Alterspensionen geschaffen werden sollen, kann sie nichts Besseres tun, als unsere deutschen Erfahrungen zu ihrem Vorbild nehmen. Wir in Deutschland haben die Frage gründlich von theoretischen und praktischen Gesichtspunkten in Angriff genommen, und wir haben praktische Erfahrungen hinter uns, wie sie kein anderes Land gewonnen hat. Sie können unser System mit dem Frankreichs oder irgend eines anderen Landes vergleichen, sie werden aber nicht finden, daß ein anderes System dem unsern gleich kommt. Wir haben den Arbeitern Deutschlands ein unausgeglichenes gesellschaftliches Recht verliehen, wenn sie krank werden oder das schizigste Lebensjahr erreicht haben, einen bestimmten Betrag vom Staate zu fordern, der sie der Notwendigkeit überhebt, die unsichere Unterstützung durch die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen oder der Armenunterstützung durch die Gemeinde anheimzufallen. Die vom Staate geleisteten Beträge stellen keine milde Gabe dar; sie werden vielmehr gewährt als die Gegenleistung für von den Arbeitern selbst gezahlte Zwangsbeiträge, zu denen Zwangsbeiträge in gleichem Betrage von Seiten der Arbeitgeber kommen, die noch durch einen Zuschuß vom Staate ergänzt werden. Dadurch ist der Gedanke an almsenartige Unterstützung ausgeschaltet. Die Versicherungsrenten haben nichts mit Armenunterstützung gemein; der Staat, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer wirken zur Schaffung des Versicherungsfonds zusammen, und die Versicherungsanstalten, die die ausführenden Körperlichkeiten für die Durchführung der reichsgesetzlichen Bestimmungen sind, sind aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiterkassette zusammengesetzt.“

Als die ersten Arbeiterversicherungsgesetze entworfen wurden, konnten wir nicht ahnen, daß die allgemeine Lage der deutschen Arbeiterkassette sich so rasch haben würde, wie es wirklich der Fall gewesen ist. Deshalb sind zweifellos die Altersrenten auf einen niedrigeren Betrag festgelegt worden, als sonst geschehen wäre. Wir zahlen uns den damals in Deutschland herrschenden Verhältnissen an. Aber ich glaube nicht, daß wir selbst jetzt höhere Renten gewähren könnten, außer wenn die zu dem Altersversicherungsfonds in der Form von Werten geleisteten Beiträge erheblich erhöht werden.“

In England können sie vielleicht ein System auf anderen Grundlinien entwerfen, da, wie ich weiß, eine Arbeiterkassette in großem Umfange das für sich selber tut, was bei uns für sie vom Staate getan werden muß.

Was die dem Staat durch ein System der Arbeiterversicherung erwachenden Ausgaben betrifft, so werden sie gewiß gegeben, daß es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus vorteilhafter und vom Humanitätsstandpunkt aus würdiger für die Gesellschaft ist, ihre Arbeiter frei von Krankheit und arbeitsfähig zu erhalten, als sie krank und arbeitsunfähig in Spitälern und Armenhäusern verjagen zu müssen.

Unser indirektes Ziel ist außerdem das, die Gefahr physischer Arbeitsunfähigkeit zu verdrängen. Wir beginnen daher mit Maßnahmen in dieser Richtung schon ganz im Anfang der Krankheit. Die Versicherungsanstalten senden die Kranken im ersten Stadium des Leidens in ihre Krankenhäuser, um dessen Fortschreiten zu verhindern und die Arbeiter zur Erhaltung ihrer selbst und ihrer Familien weiter arbeitsfähig zu machen, indem sie geheilt werden, ehe sie die Krankheit an der sie leiden, erwerbsunfähig macht.“

Polizei und Gerichte.

*** Hat ein Gendarm das Recht, in geschlossene Gesellschaften einzudringen?** Diese für Vereine bedeutsame Frage hat das Landgericht Nürnberg a. d. S. im vorerwähnten Sinne entschieden. Der Arbeiterabfahrerverein Krefeld bei Reij hatte im April d. J. in Dreyßig sein Stiftungsfest abgehalten. Während dessen im Saale der Vereinsmänner. Vom Vorstand befragt, ob er eine Einladungsliste habe, erklärte er, das nicht nötig zu haben, er sei vom Amtsvorsteher beauftragt, das Vergnügen zu überwachen. Er wurde dann aufgefordert, den Saal sofort zu verlassen, und als er nicht ging, brängten die Anwesenden fast alle auf den Gendarmen ein und brängten

ihn so aus dem Saal. Daselbe Schauspiel wiederholte sich nach etwa einer halben Stunde zum zweiten Mal, als der Gendarm wieder den Saal betrat. Der Gendarm rief nun telephonisch zwei Gendarmen aus benachbarten Orten zu Hilfe. Als der erste davon eingetroffen war, gingen beide Gendarmen in den Saal. Von neuem wurde Menger zum Verlassen des Saales aufgefordert und von neuem wurde er, da er nicht ging, zum Saal hinausgeschickt. Dann kam der dritte Gendarm hinzu. Nun ging es zu dreien in den Saal. Daselbe Schauspiel wie vorher spielte sich nun zum vierten Mal ab. Die Gendarmen blieben jetzt endlich außerhalb des Saales stehen. Das Vergnügen nahm nun seinen ungestörten Fortgang. Es folgte eine Anklage, nicht gegen die Gendarmen, sondern gegen drei Genossen, die nach der Anklage dem Gendarmen Menger „Widerstand“ geleistet hatten, indem sie ihn zum Verlassen des Saales aufgefordert und dabei auf ihn eingedrungen seien und mit den Händen berührt hätten. Das Schöffengericht ließ sich den „Widerstand“ gegen die Staatsgewalt auch für erwiesen an und verurteilte die Wahrer des Hausfriedens zu je einem Monat Gefängnis. In der Berufungssitzung vor dem Naumburger Landgericht sagte Menger aus, er habe das Vergnügen im Auftrage des Amtsrichters überwachen wollen; um festzustellen, ob etwa Nichtmitglieder zugelassen werden oder ob Neben gehalten würden. Das Landgericht hob das erste Urteil auf und sprach die Angeklagten frei. Bei zweitem Misse ein „Widerstand“ schon deshalb nicht vor, weil der eine durch die Menge aus den Gendarmen gedrängt worden sei, der zweite sich nur mit ausgeschütteten Ähren vor ihn hingestellt habe. Der dritte Angeklagte, der den Gendarmen beim Vorwärtsschreiten auswich und zurückgedrängt wurde, hätte allerdings mit Gewalt Widerstand geleistet. Dieser Widerstand kann aber nicht bestraft werden, da der Gendarm sich nicht in „rechtmäßiger Amtsausübung“ befunden hat. Die Staatsanwaltschaft in Naumburg hat gegen das Urteil Revision angemeldet. Aber schließlich wird die Revisionssitzung zu einem anderen Resultat kommen; nach dem Straßengesetz ist strafbar, wer das Hausrecht eines anderen stört, nicht wer sein Hausrecht schützt.

Verschiedenes.

* Eine merkwürdige Art der Bezahlung von Bauhandwerkern wird aus Königsbrunn in Oberösterreich berichtet. Dort wurde nämlich ein Zentrumsblatt unter dem Namen „Königsbrunner Volkszeitung“ gegründet, für das die Ortsgeistlichkeit lebhaft Propaganda macht. Es wurden nach Art der Anzeigenscheine an Genossenschaftsschuldscheine in Umlauf gesetzt, und weil diese nicht sehr begehrt sind, erschien eine wirksame Annahmehinterung mit ihrem Gelde zurückhaltenden Kaufleuten am Platze. Deshalb hat ein Herr den Vertrieb dieser Papiere in die Hand genommen. Er empfiehlt sie in entsprechender Art und Weise, insbesondere jedem Geschäftsmann oder Handwerker, der irgend eine Forderung an die Kirche hat. Ein Handwerker, der beim Bau der neuen St. Josephskirche mitgewirkt hatte, erhielt für M. 50 Forderung ein solches Papier mit folgendem Wortlaut:

Schuldschein

50 Mark

In Worten fünfzig haben wir für Zwecke der uns gebührenden „Königsbrunner Volkszeitung“ von Herrn (folgt Name) geliehen erhalten.

Wir verpflichten uns, diesen Betrag von 50 Mark mit 3 Prozent zu verzinsen.

Die Rückzahlung, welche in Form der Auslösung geschieht, wird der Aufsichtsrat bestimmen.

Königsbrunn, den 17. 10. 07. (Unterschrift)

Also für Forderungen an die Kirche gibt man den Bauhandwerkern Scheine für ein ultramontanes Zeitungsunternehmen. Das ist eine merkwürdige Art, die Frage der Sicherung der Bauhandwerker-Forderungen zu lösen.

Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit“, (Stuttgart, Paul Singer), Heft 6 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Das große Völkermachen. — Die Völkerei der Romanisten als soziale Erziehung. Von Dr. J. Agelrod. — Der siebte ständestaatliche Arbeiterkongress. Von Wilhelm Janssen. — Zur Regelung der gewerblichen und arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Gärtnereigewerbe. Von Otto Albrecht (Berlin). — Ueber gewerkschaftliche Agitation. Von August Wünnig (Hamburg). — Die Grundbesitzer Deutschlands. — Von J. K. — Literarische Rundschau. „Die Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Herausgeber Dr. J. Bloch) werden mit Beginn des neuen Jahres, in dem sie in ihren 14. Jahrgang eintreten, in ihrem Umfang wie in ihrer Erscheinungsweise verdoppelt: sie werden vom 1. Januar ab aller 14 Tage erscheinen. Die Erweiterung der Monatshefte ist notwendig geworden, weil der Stoffanhang die Veranlassung ihrer Aufgaben im bisherigen Maße nicht mehr gestattete. Auch wird durch das häufigere Erscheinen noch in höherem Umfang, als bisher schon, der Aktualität und den Bedürfnissen der Tagespolitik Rechnung getragen werden können.

Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung. Von Karl Kautsky. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis M. 1, Agitationsausgabe 50 Pf. Die vorstehende Broschüre verhandelt ihre Entstehung, den Verhandlungen des Stuttgarter Internationalen Kongresses über die Kolonialpolitik.

Referenten-Führer. Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationsarbeit nötigen Wissens und Könnens. Von Edward David. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis M. 1,50. Wir behalten uns eine eingehendere Besprechung des Werkes vor.

Die Mutter als Erzieherin. Kleine Beiträge zur Praxis der proletarischen Erziehung. Von Friedrich Schulz. (Verlag von J. G. W. Dietz Nachf. in Stuttgart.)

Die kleine Schrift soll als eine Art „Mutterkrebier“ zum gelegentlichen Nachschlagen und zum Herumbalieren in einer wöchentlichen Stunde dienen. Möge sie der proletarischen Mutter in ihren erzieherischen Sorgen und Nöten eine gern angenommene Freundin und Ratgeberin werden. Der Verlag hat zwei Ausgaben herstellen lassen, eine farbierte und eine Ausgabe im Geschenkbuchband. Die farbierte Ausgabe kostet 50 Pf., die Ausgabe im Geschenkbuchband 75 Pf.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefragen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Quartal M. 2,50, Porto resp. Beleggeld. Probehefte sendet auf Verlangen gratis und franco die Verlagbuchhandlung.

„Sozialdemokratische Flugschriften.“ Zwei neue Fortsetzungen dieser Sammlung sind von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Das 2. Heft behandelt: „Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Sozialdemokratie“. Im 3. Heft: „Die Sozialdemokratie in den Gemeindevorstellungen“, wird die Notwendigkeit der Beteiligung der Arbeiter an den Aufgaben der Gemeindevorstellung dargelegt und die von der Sozialdemokratie erhobenen allgemeinen Forderungen erläutert. Jedes einzelne Heft der Flugschriftensammlung kostet 10 Pf. und ist von jedem Kolporteur und durch die Parteibuchhandlung zu beziehen.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 23 des 17. Jahrgangs. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beleggeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

„Zu freien Stunden.“ In Nr. 46 der illustrierten Zeitschrift: Beginn eine hochinteressante Veröffentlichung: „Romero und Julia“. Die vorzügliche Literaturtragung ins Deutsche stammt von Eduard v. Wilow. Zu beziehen ist die Zeitschrift in wöchentlich erscheinenden Heften à 10 Pf. = 12 Heller = 15 Ctm. durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 23 seines 25. Jahrgangs. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: Deutschlands neuester Sündenheiler und „Der lewte noch! Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten.

* Die Nummer 47 des „Grundstein“ muß des Vorfalles wegen schon am Dienstag früh gedruckt werden. Die Verwaltungen der Zweigvereine bzw. Zahlstellen werden daher gebeten, notwendige Bekanntmachungen so früh abzusenden, daß sie spätestens am Montag Mittag in unsere Hände gelangen.

Cuxhaven, F. S. Der Arbeitslohn ist in diesem Falle nicht anzusetzen.

Bollnow, W. J. Bei den dürftigen Angaben über das Mietverhältnis im allgemeinen läßt sich im voraus nicht sagen, wie der Spruch des Gerichts ausfallen wird. Bei einem geordneten Mietverhältnis muß Miete so lange gezahlt werden wie der Mietvertrag dauert. Ist der Mietvertrag auf ein Jahr abgeschlossen worden, so muß auch für diese Zeit die dafür festgesetzte Miete bezahlt werden, ganz gleich, ob der Mieter die gemietete Sache benutzt oder nicht.

Salzbrunn, J. S. Ja, der Unternehmer ist leider dazu berechtigt.

Vermeldungen. Der Bericht eignet sich nicht zur Veröffentlichung im „Grundstein“.

Alstedt. Wir haben angenommen, daß die Versammlung am 17. November stattfinden soll, auf der Karte war keine Angabe darüber gemacht.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Cuxhaven.

Das Verkehrslokal der fremden Maurer befindet sich bei Ph. Devant, Hotel Stadt Hannover, Reichstr. 84. [M. 1,50] Die fremden Maurer von Cuxhaven.

Leipzig.

Die Serberge der fremden Maurer befindet sich jetzt Seeburgstr. Nr. 82, „Zum kleinen Volkshaus“. [M. 1,20]

Gosslerhausen.

Der Vorkingende H. Bindein wohnt jetzt in Gosslerhausen. [M. 1,20] Der Vorkand.

Rohr i. Th.

Die Adressen des Zweigvereins lauten: Hugo Ender, Vorkingender; Friedrich Petzer, Kassierer, beide wohnhaft im Vereinslokal. Domberganstraße in Rohr i. Th. [M. 1,80]

Der Kollege Robert Leibrok aus Burbach, Verb.-Nr. 74 522, wird wegen Sterbefalles in seiner Familie von seinen Angehörigen geehrt. — Kollegen, die seinen Afschied nehmen, werden freundlichst gebeten, dies mitzuteilen an. [1,50] Josef Schroth, St. Johann, Gerbersfr. 24.

Der Maurer Karl Walter, geb. 19. Juli 1883 zu Posen, wird gebeten, seine Adresse an sein schwer krankes Mutter gelangen zu lassen. Die Kollegen, die den Aufenthalt des Walter kennen, werden gebeten, seine Adresse dem Zweigvereinsverband in Posen anzugeben. [M. 1,60]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 Pf.)

Berlin. (Sektion des Rugei.) Am 7. November starb unser Kollege Johannes Petzold im Alter von 84 Jahren an Gehirnhautentzündung.

Dresden. Am 31. Oktober starb unser Verbandsmitglied, der Kollege Emil Fischer aus Leubnitz bei Dresden, im Alter von 86 Jahren an Lungenschwindsucht. — Am 7. November starb der Kollege August Berger aus Stein-Naumburg bei Dresden im Alter von 62 Jahren an Lungenschwindsucht.

Eisenach. Am 30. Oktober starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege Karl Kessler im Alter von 28 Jahren. — Am 4. November starb nach langer, schwerer Krankheit unser treuer Kollege Jakob Lind im Alter von 32 Jahren.

Görlitz. Am 7. November starb unser treuer Verbandskollege Karl Seifert aus Lubitzdorf im Alter von 61 Jahren an Magenleiden.

Groß-Menddorf. Am 17. Oktober wurde unser Verbandsmitglied und Kassierer Franz Lorenz in der Ober tot aufgefunden. Er lebte, 20 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben.

Karlruhe. Gegenstein. Am 7. November starb unser treuer Verbandskollege Wilh. Schreiber im Alter von 31 Jahren an Mierenleiden. — Am 8. November starb unser treuer Verbandskollege Johann-Wolfzorn im Alter von 61 Jahren an Gehirnlähmung.

Kiel. Am 2. November starb unser Kollege Heinrich Prehn im Alter von 57 Jahren an Lungenerkrankung.

Lychen. Am 4. November starb nach kurzem Leiden unser treuer Kollege Karl Günther aus Alts-Tiem im Alter von 61 Jahren an Magen- und Darmblutung.

Naumburg. Am 5. November starb nach schwerem Leiden unser Verbandskollege Karl Bräutigam im Alter von 37 Jahren an Nieren-, Bauch- und Milzleiden.

Naumburg. Am 5. November ist unser Verbandskollege Heinrich Tron im Alter von 23 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden.

Weissenfels. Am 8. November starb unser treuer Verbandskollege Wilhelm Brandt im Alter von 46 Jahren an Herzschlag.

Zwickau. Am 9. November starb unser treuer Verbandsmitglied Karl Seeling im Alter von 46 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Der Maurer Friedrich Lessing, geb. in Dittichrode b. Hofa a. S., wird von seiner Mutter erbt, soort nach Hofa zu kommen, da ein Vater gestorben ist. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Zweigverein Hofa a. S., Friedrich Schmidt, Volkstr. Nr. 2, Mitteilung zu machen. [M. 1,50]

Itzehoe.

Sonntag, den 24. November, Abends 7 Uhr: Selbstvergnügen

in der „Alten Apotheke“, bestehend in Verlosung und Ball.

Die Kollegen von Itzehoe und Umgebung werden hierdurch freundlichst eingeladen. [M. 2] Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu beenden.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 17. November.

Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Verbandslokal. Mitzubringende sind mitzubringen.

Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr bei Natusch, Adlerstraße.

Lochau. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Weber in Rosnig.

Werdau. Nachm. 3½ Uhr in der „Heuerkugel“. Mitzubringende sind mitzubringen.

Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal.

Dienstag, den 19. November.

Gunnarsdorf i. Riesengeh. im Vereinslokal.

Liegnitz. Nachm. 6 Uhr im Gewerkschaftsausschuss: Vortrag.

Mittwoch, den 20. November.

Freistadt. Nachm. 3 Uhr im „Gasthof zum goldenen Schwan“. Mitzubringende sind mitzubringen.

Donnerstag, den 21. November.

Grünberg i. Schl. Nachm. 6 Uhr in Wams Hof. Referent anwesend. Mitzubringende sind mitzubringen.

Sonabend, den 23. November.

Muskau. Abends 8½ Uhr in Moritzhof Hof. Mitzubringende sind mitzubringen.

Nürnberg. (Sektion der Pilsener) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftsausschuss. Referent anwesend. Mitzubringende sind mitzubringen.

Oeynhausen. Abends 7½ Uhr bei Sandt. Der Bauvorsitzende ist anwesend.

Sonntag, den 24. November.

Würzburg. Vorm. 10 Uhr im „Hafen“. Referent anwesend.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Nier & Co. in Hamburg.